

Preußische Allgemeine

Nr. 23 · 5. Juni 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Unter Druck

Zur Überwachung der Corona-Maßnahmen ist die Polizei derzeit präsent wie selten in Deutschlands Städten. Während sich landesweit besorgte Bürger fragen, woher das massive Aufgebot an Ordnungshütern kommt, stellt in Berlin ein neues „Antidiskriminierungsgesetz“, die Beamten unter Generalverdacht **Seite 2 und 6**



Radebeul Streit um die Wahl des Kulturamtschefs Jörg Bernig **Seite 4**



Geschichte Vor 75 Jahren wurde die CDU gegründet **Seite 10**

MEINUNGSFREIHEIT

„Tichy“ siegt gegen „Correctiv“

Das Portal „Correctiv“ hat vor dem Oberlandesgericht einen wegweisenden Prozess gegen das liberal-konservative Netzmagazin „Tichys Einblick“ („TE“) verloren. „Correctiv“ agiert als angeblich neutraler Faktenprüfer bei Facebook und kennzeichnet Beiträge, die nach Auffassung des Portals ganz oder teilweise falsch sind. So geschah es auch mit einem Beitrag von „TE“, den „Correctiv“ mit dem Stempel „teils falsch“ versehen hat, der dann bei jedem Anklicken aufschien.

Das Landgericht Mannheim hatte dieses Vorgehen für statthaft erklärt. Nun hat das Oberlandesgericht Karlsruhe dieses Urteil letztinstanzlich gekippt und „TE“ recht gegeben, wonach ein solches Vorgehen nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt ist.

„Correctiv“ hüllt sich ins Gewand eines neutralen Tatsachenprüfers, verfolgt dabei aber eine stramm linke Linie. Dem Leser wird vorgemacht, dass er mit dem Portal einer höheren Instanz begegnet, der mehr Vertrauen entgegengebracht werden kann als dem Organ oder dem Autor, welcher von „Correctiv“ beurteilt worden ist. So entsteht, dies ist der Hintergrund des Karlsruher Urteils, eine Hierarchie von oben und unten. Dies entspricht jedoch nicht mehr dem Geist der Meinungsfreiheit, wo zwei Gleichrangige ihre Positionen einander gegenüberstellen. Dass das Gericht diese „klare Grenze“ gezogen hat, stärkt in den Augen von „TE“-Anwalt Joachim Steinhöfel, „die Meinungsfreiheit auch in sozialen Netzwerken“.

H.H.

EXTREMISMUS

Ein klares Signal gegen den autonomen Terror

Während die Welt fassungslos auf die Unruhen in den USA blickt, findet Präsident Donald Trump deutliche Worte für die „Antifa“

VON RENÉ NEHRING

Es waren nur wenige Worte, doch die hatten es in sich. Am Pfingstsonntag erklärte Donald Trump auf seinem Twitter-Kanal: „The United States of America will be designating ANTIFA as a Terrorist Organization“ (Deutsch: „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden die Antifa zu einer terroristischen Organisation erklären“).

Damit reagierte der Präsident auf die tagelangen Randalie in Minneapolis und anderen Städten der USA. Zuvor hatte einer von vier weißen Polizisten den Farbigen George Floyd bei dessen Festnahme so brutal mit dem Knie von hinten in den Hals zu Boden gedrückt, dass dieser später im Krankenhaus verstarb. Nach anfänglich friedlichen Protesten gegen die mutmaßlich rassistisch motivierte Polizeigewalt mischten sich zunehmend Randalierer unter die Demonstranten, die Geschäfte plünderten, Autos anzündeten und sich Straßenschlachten mit der Polizei und der zu Hilfe geholten Nationalgarde lieferten.

Während in den Medien der Fokus auf dem alltäglichen Rassismus in den USA lag und die Krawalle nur am Rande erwähnt wurden, stellte der Präsident klar, dass es für die Gewalt der Randalierer keinerlei Legitimation gibt; nicht zuletzt da die Polizisten umgehend vom Dienst suspendiert wurden und gegen den Hauptverdächtigen Mordanklage erhoben wurde.

Mit seinem Tweet verdeutlichte Trump zudem, dass die gegenwärtigen Unruhen keineswegs von einfachen Bürgern ausgehen, die aus Wut über den – in der Tat weit verbreiteten – Rassismus in den USA etwas über die Stränge schlagen. Vielmehr sind die Randalie Teil einer seit Jahren weltweit zu beobachtenden Welle von Gewalt, die von global vernetzten, aber lose verbundenen Akteuren – eben der „Antifa“ (das Wort steht für Antifaschistische Aktion) – inszeniert wird.

Gewalt gegen Andersdenkende

Auch in Deutschland und Europa ist das Phänomen hinlänglich bekannt. Die gewalttätigen Proteste gegen das Atomlager Gorleben, unzählige Hausbesetzungen, die Randalie bei den G20-Gipfeln (unter anderem in Hamburg 2018), das Abfackeln von Autos und Büros politisch Andersdenkender sowie nicht zuletzt die alljährlichen Krawalle zum 1. Mai stehen für die lange Tradition extremistischer „Antifa“-Gewalt, die schwere Straftaten gegen alles und jeden verübt, das bzw. der nicht in das eigene Weltbild passt.

Zu befürchten haben die Krawallmacher meistens nichts. Fast immer ergreifen die Kommentatoren in den Medien direkt oder indirekt Partei für die Gewalttäter. Als am vergangenen Wochenende autonome Randalierer die St. John's Church gegenüber dem Weißen Haus in Brand setzten, wurden nicht etwa die

Randalierer verurteilt, sondern der US-Präsident, weil er mit seiner scharfen Rhetorik Öl ins Feuer gießen würde. Die Frage, warum am Ende einer Demonstration vorgeblich friedlicher Bürger eine Kirche brannte, wurde nicht gestellt. Warum fällt es Journalisten – in den USA wie in Deutschland – so schwer, gleichermaßen den Rassismus und die Gewalt autonomer Randalierer zu verurteilen?

Der Gipfel der stillschweigenden Akzeptanz linksextremen Terrors hierzulande ist die Duldung von „Antifa“-Biotopen wie der „Roten Flora“ in Hamburg oder in der Rigaer Straße in Berlin. Kein Polizeipräsident, kein Journalist und kaum ein Innenpolitiker beklagt den Skandal, dass Ermittlungsbehörden genau wissen, wo sich die Rückzugsräume politischer Extremisten befinden – und dennoch nichts dagegen unternehmen. Man stelle sich vor, inmitten deutscher Großstädte würden Skinheads in eigenen „Kulturzentren“ unbehelligt Anschläge gegen Ausländerheime planen. Das ist – zu Recht – undenkbar.

Zumindest in den USA ist die Ignoranz gegenüber der Gewalt aus einer bestimmten politischen Richtung nun vorbei. Präsident Donald Trump nennt die Aktivitäten der „Antifa“ ganz einfach das, was sie sind: Terrorismus. Die Frage bleibt, wann auch hierzulande ein Sinneswandel einsetzt? Die ersten Kommentare zu Trumps Ankündigung waren jedenfalls keineswegs ermutigend.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nach dem Rauswurf von Andreas Kalbitz kommt die AfD nicht zur Ruhe **Seite 4**

Kultur

Eine Erinnerung an den vor 150 Jahren verstorbenen Erzähler Charles Dickens **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Sorge um das Geburtshaus des Impressionisten Lovis Corinth in Tapiau **Seite 18**

Lebensstil

Wie Mensch und Tier nach der Corona-Pandemie wieder zusammenfinden **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Polizei im Lockdown Die Corona-Maßnahmen stellten die Polizei vor zusätzliche Herausforderungen. Wie konnte sie diese meistern, und half ihr dabei wirklich ein Rückgang der Kriminalität, wie behauptet?

Ruppiges Auftreten als Kompensation

Corona-Maßnahmen erlaubten Polizeibeamten, aufgestauten Frust an Bürgern auszulassen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Beginn der Corona-Krise ist die Polizei hierzulande deutlich stärker in der Öffentlichkeit präsent gewesen als in den Jahren zuvor, um die von der Politik verhängten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen durchzusetzen. Und das, obwohl die Personaldecke bei den Ordnungshütern angeblich so dünn ist, dass es kaum mehr für die Verfolgung der ausufernden Clan- und Drogenkriminalität oder anderer schwerer Delikte reicht. Dies wirft die Frage auf, wie die Polizei ihre Einsätze gegen die Corona-Sünder und -Demonstranten gewährleisten konnte und immer noch kann.

250.000 Kontrollen bis zum 6. Mai

Eine Antwort hierauf lautet, dass viele der bisherigen Aufgaben der Polizei von Bund und Ländern seit März entfallen, da keine Großdemonstrationen, Fußballspiele vor Zuschauern, Staatsbesuche und ähnliche Ereignisse mehr stattfinden und viele Kriminelle aus Angst vor Ansteckung oder mangels Gelegenheit zu Straftaten zu Hause bleiben. Andererseits mussten die Uniformierten aber aus bisher unüblichen Gründen ausrücken, so zum Beispiel zur Absicherung der Schließung der deutschen Außen- beziehungsweise Ländergrenzen. Und dann waren da eben noch die massenhaften Corona-Einsätze: Allein die Polizei in München nahm zwischen dem 21. März und dem 6. Mai 250.000 Kontrollen vor, aus denen dann 7850 Anzeigen erwuchsen.

Möglich wurde dies vorrangig durch Überstunden, obwohl die Beamten schon seit Längerem einen „immer größeren Eisberg“ derselben vor sich herschoben, wie der Berliner Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Norbert Cioma, beklagte. Die Ordnungshüter in der Hauptstadt hatten zu Beginn der Corona-Krise bereits 1,9 Millionen Überstunden angehäuft, ihre Kollegen in Nordrhein-Westfalen 5,6 Millionen und die Angehörigen der Bundespolizei fast zwei Millionen. Wie viele seitdem neu hinzugekommen sind, wurde bislang noch nicht offenbart.

7850 Anzeigen bis zum 6. Mai

Des Weiteren bildete die Polizeiführung Personalreserven zur Kompensation infektionsbedingter Ausfälle. Das geschah nicht zuletzt dadurch, dass man Beamte nach



Die Polizei zeigt ungewohnte Präsenz: Polizisten ermahnen Passanten am Spreeufer

Foto: Mauritius

Hause schickte, welche Büroarbeiten erledigen und im Notfall für ihre erkrankten oder in Quarantäne befindlichen Kollegen einspringen sollten. Hamburg verteilte zudem 800 Polizeischüler auf die Dienststellen der Hansestadt. Dazu kam ein umfang-

reicher Einsatz von Technik zur Überwachung der Corona-Regeln aus der Luft.

Auffällig war und ist dabei das autoritäre Auftreten der Ordnungshüter gegenüber den Bürgern seit Beginn des Lockdowns. Dies scheint aber keineswegs die

Folge vorher ausgearbeiteter polizeilicher Pandemie-Einsatzkonzepte zu sein. Denn solche gab es laut dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt überhaupt nicht. Und tatsächlich fehlte den Beamten anfangs ja sogar jegliche Anti-Viren-Schutzausrüstung. Das sorgte ebenso für Frustrationen bei den Einsatzkräften wie der galoppierende Autoritätsverlust in den Jahren zuvor. Dieser Unmut wurde in den letzten Wochen oft durch betont ruppiges Auftreten kompensiert. Eine wichtige Rolle spielten dabei die ganz bewusst schwammig formulierten Vorgaben vonseiten der Politik. Sie vergrößerten den Ermessensspielraum der Ordnungshüter immens. Das nutzte so mancher mit sichtlicher Süffisanz aus. Dies alles dürfte die Haltung der Bürger gegenüber der Polizei hierzulande nachhaltig verändern. Im Herbst 2019 vertrauten noch 80 bis 85 Prozent der Deutschen den Beamten in Uniform. Wie hoch dieser Wert Ende 2020 liegen wird, lässt sich nur erraten.

Kurzporträts



Laut dem Berliner Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, **Norbert Cioma**, führt die Corona-Krise zu einer weiteren Überforderung seiner Kollegen

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, **Rainer Wendt**, kritisierte das Fehlen von Planungen für die Pandemie-Einsätze der Polizei

Im Gegensatz zur aktuellen Praxis in Corona-Zeiten erteilte 2015 der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière keinen Befehl zur Abriegelung der Grenzen

JAHRESVERGLEICH

Ist Deutschland in der Corona-Krise sicherer geworden?

Die Kriminalitätsentwicklung ab März 2020 – Landesinnenministerien legen vorläufige Statistiken vor

Als die Polizeiführungen während des Lockdowns massenhaft Beamte auf die Straße schickten, die sich um nichts anderes als die Durchsetzung der Corona-Regeln zu kümmern brauchten, begründeten sie dies unter anderem mit dem Rückgang der Kriminalität hierzulande. Über deren genaues Ausmaß geben nun vorläufige Statistiken der Innenministerien der Länder Auskunft. Darin wird die Kriminalitätsentwicklung ab März 2020 mit der im gleichen Zeitraum des Vorjahres verglichen. Dabei zeigen sich folgende Unterschiede:

Weniger schwere Straftaten

Aufgrund der flächendeckenden Schließung vieler Geschäfte und des 1,5-Meter-

Abstandsgebotes sank die Zahl der Laden- und Taschendiebstähle um bis zu 90 Prozent. Ebenso fanden nur noch halb so viele Wohnungseinbrüche statt, weil viele Menschen in den häuslichen vier Wänden ausharren mussten. Durch die Schließung von Bars, Kneipen und Diskotheken nahm zudem auch die Zahl der Körperverletzungen um bis zu 45 Prozent ab. In Berlin gab es sogar weniger Fahrraddiebstähle, obwohl die Zweiräder nun häufiger genutzt wurden, um öffentliche Verkehrsmittel zu vermeiden. Dafür stieg die Zahl der angezeigten Kellereintritte, weil so mancher nach langer Zeit sein Nebengelass aufräumen wollte und dabei feststellte, dass da schon Kriminelle am Werk ge-

wesen waren. Desgleichen meldete die Hauptstadt eine Zunahme der häuslichen Gewalt. Allerdings ging der bundesweite Trend entgegen der Vorhersagen der meisten Medien hier in eine andere Richtung. So registrierten Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen und weitere Länder Rückgänge von bis zu 30 Prozent.

Mehr Online-Betrug

Schwere Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Vergewaltigung gab es ebenfalls weniger, wohingegen bei Mord keine nennenswerte Veränderung eintrat. Und zur Organisierten Kriminalität fehlen belastbare Zahlen, was gleichermaßen für den Drogenhandel gilt.

Entgegen der Vorhersagen der meisten Medien ging der bundesweite Trend in Richtung weniger häusliche Gewalt

In einigen Bereichen nahmen die angezeigten Delikte zu. So explodierten die Fälle von Online-Betrug geradezu. Oft ging es dabei um Lieferungen von Schutzmasken und Desinfektionsmitteln, die nicht erfolgten, nachdem gutgläubige Kunden die Ware im Voraus bezahlt hatten. Ebenso registrierte die Polizei mehrere neue Varianten des sogenannten Einzeltricks, bei denen sich die Täter älteren Menschen gegenüber als infizierte Angehörige ausgaben und Geld für vorgeblich notwendige Medikamente erschlichen.

Grundsätzlich sicherer geworden ist Deutschland somit auch in der Corona-Krise nicht. W.K.

RENZSCHLISSUNG

Der Beweis der Möglichkeit ist erbracht

Am 16. März um 8 Uhr wurden die deutschen Außengrenzen weitgehend geschlossen, um die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus einzudämmen. Anschließend herrschten dort Zustände, die an die Zeiten des Eisernen Vorhangs erinnerten. Die Absicherung des Ganzen einschließlich der akribischen Kontrolle der mit einem „triftigen“ Grund Passierenden übernahm die Bundespolizei. Dabei gelangen ihr mehrere tausend Fahndungstreffer. Außerdem kam es auch zu einem drastischen Rückgang der illegalen Immigrationsbewegungen. Bis zum 6. Mai wiesen die Beamten 123.000 Personen an den Bundesgrenzen ab, die in der Bundesrepublik Asyl beantragen wollten, ohne hierzu berechtigt zu sein. Der Kontrast zu den Vorgängen im Herbst 2015 ist damit mehr als augenfällig.

Damals hieß es, man könne nicht einfach die Grenzen schließen, um den Massenzustrom von „Flüchtlingen“ zu stoppen. Dabei besagte eine juristische Analyse des Bundesinnenministeriums mit dem Titel „Möglichkeit einer Zurückweisung von Schutzsuchenden an deutschen Grenzen“ das genaue Gegenteil. Ebenso war die Bundespolizei zu der Auffassung gelangt, dass sie personell und materiell in der Lage sei, alle Grenzübergänge und Brücken zu sperren sowie darüber hinaus auch im Hinterland der grünen Grenze Streifen einzusetzen. Das heißt, die Modalitäten der Grenzschießung hätten damals sogar noch radikaler ausfallen können als die während der aktuellen Corona-Pandemie, womit Deutschland die Einreise zahlreicher Krimineller und islamischer Terroristen erspart geblieben wäre.

Allerdings fehlte im Gegensatz zu 2020 der politische Mut dazu. Der damalige Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière, der „Flüchtlinge“ zunächst ab dem 13. September 2015 an der Grenze zurückweisen lassen wollte, zog seinen entsprechenden Einsatzbefehl an die Bundespolizei nach drei Telefonaten mit Kanzlerin Angela Merkel aus Angst vor der Verantwortung zurück. W.K.

Der widerspenstige Ungar

Mit seiner auf den Schutz ungarischer Interessen ausgerichteten Politik gilt Viktor Orbán vielerorts als Buhmann der Europäischen Union. Ein genauerer Blick zeigt, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos sind. Gleichwohl verfolgt der Ministerpräsident einen Politikansatz, der sich stark von dem anderer EU-Länder unterscheidet

VON REINHARD OLT

Unter dem Titel „Viktors Virus“ behauptete Matthias Krupa in der „Zeit“ Nummer 15 vom 2. April 2020 im Brustton politisch-korrektur Überzeugung, der ungarische Ministerpräsident Orbán regiere „jetzt ohne Parlament“, denn die Volksvertretung sei „vorerst geschlossen; die Notstandsgesetzgebung gilt bis auf Widerruf (durch das Parlament, das nicht mehr tagt)“. Mit derartigen Verdikten blieben Krupa und „Die Zeit“ sowie der Mainstream der deutschsprachigen Medienlandschaft und der Politik in den EU-Staaten nicht nur nicht allein; sie erwiesen sich auch von vornherein als falsch. Denn das ungarische Parlament tagte selbstverständlich weiter, ja es fasste Beschlüsse und verabschiedete sogar Gesetze. So beispielsweise jenes, das nunmehr festlegt, dass das bei der Geburt festgestellte und amtlich eingetragene Geschlecht später in Dokumenten nicht mehr verändert werden darf.

Sodann beschloss es unter anderem weitere Maßnahmen zur Steuerung und Verfeinerung der ohnedies beispielhaften kinder- und familienfreundlichen Politik, die die Regierung Orbán seit geraumer Zeit betreibt – und damit zugleich kontrapunktische Zeichen setzt wider das weithin propagierte Postulat von der Migration als ausgleichendem Gewinn für die unter Überalterung leidenden europäischen Gesellschafts- und Sozialsysteme. Man darf daher gespannt sein, ob und wer in Politik und Medien dem von Orbán erhobenen Anspruch folgt, sich nach Aufhebung seiner ihm zur höchstmöglichen Abwehr der Corona-Seuche vom Parlament im März übertragenen und im Juni endenden Vollmachten für all die gegen ihn, seine Regierung, seine Partei sowie gegen Ungarn – Staat und Bürger – gerichteten verunglimpfenden Anwürfe und Attacken zu entschuldigen.

Ungerechtfertigte Anschuldigungen

Für Politik und Medien im mittleren und westlichen Europa, vornehmlich für die veröffentlichte Meinung in Deutschland und Österreich, gilt Orbán seit Jahren als der Reibebaum schlechthin. Was wirft man ihm nicht alles vor: Er schränke Menschen- und Freiheitsrechte ein; er gängele missliebige Medien; er erweitere die Macht der Exekutive, knebele die Justiz und unterminiere die Gewaltenteilung; er nehme die Wirtschaft an die Kandare und beschneide die Rechte der Gewerkschaften; er kujoniere Andersdenkende und gesellschaftliche Gruppierungen – kurzum, er überziehe Ungarn mit einer autoritären Ordnung und schaffe schließlich die Demokratie ab.

All das grenzt für Kenner des Landes, seiner Geschichte und seiner politischen Kräfte seit dem Systemumbruch 1989/90 ans Absurde. Richtig ist vielmehr, dass Orbán Ungarn einer grundstürzenden Reform auf allen gesellschaftlichen Feldern unterzieht, die westliche Denkvorstellungen herkömmlicher Art übersteigt. Dass er allem misstraut, was in Politik wie Medien politisch korrekt als „Hauptströmung“ nicht nur propagiert und vorgegeben wird, sondern auch, wie diese Strömung in der EU „politisch korrekt“ befolgt und durchgesetzt werden soll. Und dass er eine Politik betreibt, in deren Mittelpunkt die Nation steht und die den Interessen des ungarländischen Volkes dient.

Was sich vornehmlich daran zeigt(e), dass er, um mit seiner rigorosen Ablehnung der „Flüchtlingspolitik“ seit 2015 und des sogenannten „Migrationspakts“ zwei Beispiele zu nennen, sowohl wider den EU-, als auch wider den UN-Stachel löckt. Und dass ihm die Magyaren daheim und dort, wo sie seit dem



Strebt einen eigenständigen Weg für sein Land an: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán Foto: imago images/EST&OST

unsäglichen Vertrag von Trianon (5. Juni 1920) als Minderheit zu leben gezwungen sind, aber auf Betreiben der Regierung Orbán (seit 1. Januar 2011) die Doppelstaatsbürgerschaft innehaben und damit an Urnengängen in Ungarn teilnehmen können, ausweislich aller in Wahlen und demoskopischen Erhebungen gemessenen Zustimmungswerte mit überwältigender Mehrheit folgen.

Seit 2010 ist in Ungarn eine „wahre Wende“ im Gange, nämlich die zielgerichtete und mitunter skrupellose Ablösung des postkommunistischen Systems mit all den Erscheinungsformen des ihm eigenen Eliten-Klientelismus. Bestärkt darin, ein „Bürgertum in Ungarn“ ebenso wie ein „bürgerliches Ungarn“ überhaupt zu schaffen und fest zu verzurzen, so dass dies irreversibel ist, sah sich Orbán durch die „Revolution an den Wahlurnen“ bestätigt, die sich seit 2010 noch zweimal, 2014 und 2018, wiederholte.

Die ungarische Wende

Im April 2011 war das neue Grundgesetz vom Parlament verabschiedet worden, worin Orbáns Partei Fidesz-MPSz („Bund Junger Demokraten – Ungarischer Bürgerbund“) mit dem festem Bündnispartner KDNP („Christlich-Demokratische Volkspartei“) seit 2010 über eine Zweidrittelmehrheit der Sitze verfügt. Die neue Verfassung sowie sogenannte „Kardinalgesetze“ (oder „Schwerpunktgesetze“), in denen aufeinander abgestimmte Gesetzesmaterien neu geregelt wurden, bereiteten zusammen mit der Verdrängung der postkommunistischen polit-ökonomischen Netzwerke den Boden für die politische Umgestaltung des Landes.

Die wirtschaftliche Neugestaltung ging indes nicht so einfach vor sich, denn die zweite Orbán-Regierung – erstmals regierte er von 1998 bis 2002 – hatte von den sozialistisch(-liberal)en Vorgängerregierungen unter Péter Médgyessi, Ferenc Gyúrcsany und Gordon Bajnai einen wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott geerbt. Zuerst waren im Kri-

senmanagement harte Maßnahmen zu ergreifen, um die IWF-Kredite (und damit die Fremdbestimmung) loszuwerden und den Staatshaushalt zu sanieren. In der Legislaturperiode 2010 bis 2014 gelang die wirtschaftliche Konsolidierung, und von 2014 bis 2018 ging es mit dem Lebensstandard der Ungarn deutlich bergauf.

Nun wird gewiss auch die „Coronitis“ auf Ungarns Wirtschaft bremsend wirken, doch Orbáns im Zuge seiner Sondervollmachten getroffene Notstandsmaßnahmen scheinen durchaus geeignet, die sozialen und gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen weitgehend einzuhängen.

Schutz von Grenzen und Heimat

Orbáns strikte Grenzschutzmaßnahmen, die im Übrigen sowohl den Schengen- als auch den Dublin-Vorschriften der EU entsprechen, und seine Weigerung, sich an der (hauptsächlich von Kanzlerin Merkel gewollten) Flüchtlingsverteilung „solidarisch“ zu beteiligen, die von der EU ins Werk gesetzt werden sollte, hat Orbán, der in dieser Angelegenheit die gesamte „Visegrad-Gruppe“ (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien) auf seine Seite zog, politisch-medial zum „Paria“ der Europäischen Union werden lassen. Vielen Medien ist ein oberlehrerhafter Journalismus eigen, operieren sie doch mit ideologisch grundierten Formulierungen. Dabei wird, wer die Merkel-sche Migrationspolitik infrage stellt, sofort in eine bestimmte politische Ecke geschoben.

Schon 2015/16, als die „Refugees welcome“-Welle voll im Schwange war, „wagte“ es Ungarn, zwischen Flüchtlingen und Migranten zu unterscheiden sowie seine Schengen-Außengrenze den eigentlich gültigen vertraglichen Vorgaben der EU entsprechend zu sichern. Orbán wurde dafür unverzüglich fast überall in der Europäischen Union politisch und medial verdammt.

Doch spätestens als Bundespräsident Steinmeier in einem Interview sagte, es sei nicht nur zwischen Flüchtlingen und Migran-

ten zu unterscheiden, sondern auch der zentralen Bedeutung von sicher geschützten EU-Außengrenzen das Wort redete, wurde auch in politischen Verlautbarungen und in den Medien mehr differenziert. Als Orbán sagte, der an Ungarns Südgrenze errichtete Zaun schütze auch ganz Europa, rief dies in Deutschland die übliche mediale Aufregung hervor. Die Anmerkung Kanzlerin Merkels in einem TV-Interview, der Zaun an Ungarns Südgrenze trage auch zum Schutz Deutschlands bei, änderte daran wenig.

Die „illiberale Demokratie“

Massive Kritik zog sich Orbán im Zusammenhang mit dem von ihm geprägten Begriff „illiberale Demokratie“ zu, den er zur Kennzeichnung eines von ihm für unzeitgemäß, aber für zwingend notwendig und daher für Ungarn erstrebenswert gehaltenen gesellschaftspolitischen Zustands verwendete. Der ungarische Regierungschef brachte damit zum Ausdruck, dass die Liberalität in vielen westlichen Staaten zu weit gegangen sei, dass sie nämlich den Feinden der Demokratie gestatte, Institutionen auszuhöhlen und von innen heraus zu zerstören. Damit hat er, wie nicht wenige Beispiele im Weltenrund zeigen, gewiss nicht Unrecht. Falsch verstandene Toleranz wirkt letztlich zerstörerisch. Ursache dafür ist nach Orbán die „political correctness“, eine Erscheinung, die längst den Politik- und Medienbetrieb zu beherrschen scheint.

Indes steckt in besagter Begriffsprägung die konnotative Aufforderung, wieder zu den „christdemokratischen Fundamenten“ Europas zurückzufinden, die er und seine Mitstreiter nicht nur durch linke, linksliberale und sozialistische Inhalte für verwässert halten, sondern geradezu ihres Kerns für entkleidet erachten. In diesem Sinne ist sein an die anderen in der Europäischen Volkspartei (EVP) vereinten politischen Kräfte gerichtetes Memorandum zu verstehen: sich auf die „wahre christliche Demokratie“ zu besinnen, anstatt die von ihm geprägte und geführte Partei Fidesz, deren Politik just darauf gründe, auszuschließen – wie dies nicht allein von EVP-Chef Tusk, dem vormaligen EU-Kommissionspräsidenten Juncker und belgischen sowie skandinavischen Parteienvertretern gefordert wird, sondern selbst von einigen CDU- und sogar CSU-Hinterbänklern.

Dass Orbáns Politik keineswegs „antieuropäisch“ oder gegen die Grundlagen der Christdemokratie gerichtet ist, zeigte sich 2016, als der „Ehrenbürger Europas“ Helmut Kohl seinen „alten Freund“ zu sich nach Oggersheim lud, um ihm den Rücken zu stärken. Doch anstatt innezuhalten und darüber nachzudenken, ob der Alt-Bundeskanzler mit seiner Haltung Orbán gegenüber eventuell recht haben könnte, und anstatt den eigenen Umgang mit dem ungarischen Ministerpräsidenten zu hinterfragen, suggerierten nicht wenige Stimmen vor allem in Deutschland, dass der greise Kanzler vermutlich gar nicht mehr wisse, was er tue. Was zweifellos noch schäbiger war als der Umgang mit Orbán.

Alles in allem bleibt für den langjährigen Beobachter festzuhalten: Kritik an „Orbáns Ungarn“ ist zwar wohlfeil, aber weithin unbegründet – und ohne Wirkung. Wer behauptet, es gehe „autoritär“ zu im Lande, bzw. es habe sich dort eine „Demokratie“ etabliert, zeigt damit, dass er dem ideologisch motivierten Hass von dessen zahllosen Gegnern auf den Leim gegangen ist.

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Olt

war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen und österreichischen Hochschulen inne.

Richtig ist, dass Orbán Ungarn einer grundstürzenden Reform auf allen gesellschaftlichen Feldern unterzieht, die westliche Denkvorstellungen herkömmlicher Art übersteigt

● MELDUNGEN

Druck auf
Warschau

Stettin – Landespolitiker aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und der Woiwodschaft Westpommern haben bei einem Treffen in Rostow (Uckermark) an die polnische Regierung appelliert, geschlossene Übergänge noch vor dem 12. Juni zumindest für den „kleinen Grenzverkehr“ wieder zu öffnen. An dem Treffen nahmen für Brandenburg die Staatssekretärin Jutta Jahns-Böhm, für Vorpommern Staatssekretär Patrick Dahle- mann und für die Woiwodschaft Westpommern der Marschall Olgierd Gblewicz teil. Die Regierung in Warschau hatte wegen der Corona-Pandemie Mitte März weitgehende Einreisebeschränkungen beschlossen. In der Uckermark steht seitdem nur der Übergang Pomellen an der A 11 offen. Durch Ausnahmeregelungen dürfen dort Lastkraftwagenfahrer, medizinisches Personal, Diplomaten und Personen mit Daueraufenthaltsgenehmigung passieren. In Vorpommern und in der Woiwodschaft Westpommern liegt die Zahl der registrierten Infizierungen mit dem neuen Corona-Virus auf einem verhältnismäßig sehr niedrigen Niveau. N.H.

Täglich ein
TBC-Fall

Berlin – Das Robert-Koch-Institut (RKI) registrierte im Jahr 2019 für das Gebiet der deutschen Hauptstadt einen leichten Rückgang der Tuberkulosefälle. Nach Angaben des Instituts gab es im vergangenen Jahr 361 Erkrankungen. Im Jahr 2018 hatte die Zahl der TBC-Erkrankungen in Berlin noch bei 397 gelegen. Die Zahl der registrierten Fälle ist 2019 zwar rückläufig gewesen und sogar auf einen Stand wie zuletzt 2014 gefallen, Experten sehen aber dennoch ein wichtiges Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Gefahr. Die Organisation will die Tuberkulose bis 2050 weltweit eliminieren. Dafür ist ein jährlicher Rückgang der Fälle um zehn Prozent notwendig. Für Berlin wurde vergangenes Jahr eine Quote ermittelt, die bei etwa neun Prozent liegt. Deutschlandweit war die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen im Jahr 2015 im Zuge der massenhaften Zuwanderung deutlich angestiegen. N.H.

Deutsche sind
gegen Gendern

Berlin – Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist die ARD-Moderatorin Anne Will Vorreiterin des geschlechterspezifischen Neusprechens. In ihrer sonntäglichen Talksendung spricht sie betont das Binnen-I aus, um Frauen nicht zu kurz kommen zu lassen. Als sie vom „Bund der SteuerzahlerInnen“ sprach, entfuhr ihrer Gesprächspartnerin Annalena Baerbock von den Grünen der sprachliche Lapsus: „SteuerInnen-Zahler“. Wäre sie konsequent gewesen, hätte es zusätzlich noch „ZahlerInnen“ heißen müssen. Auch aus solchen grammatikalisch fürchterlichen Gründen ist den meisten Deutschen solch ein Gendersprech suspekt. Laut Infratest Dimap halten 56 Prozent der Deutschen nichts davon. Selbst die Frauen sind mit 52 Prozent mehrheitlich gegen das Binnen-I und gegen Gendersternchen. tws

VON PETER ENTINGER

Die Alternative für Deutschland kommt nicht zur Ruhe. Der vorläufige Rauswurf des Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Miese Umfragewerte drücken auf das Gemüt. Selbst das Meinungsforschungsinstitut INSA, bei dessen Umfragen die AfD oftmals besser abschneidet als bei der Konkurrenz, sah die Partei zuletzt im einstelligen Bereich; so schwach, wie schon seit drei Jahren nicht mehr. Die permanenten Streitigkeiten zeigen Wirkung.

Schlechtester Wert seit August 2017

Ob die vom Bundesvorstand mit knapper Mehrheit beschlossene Annullierung der Kalbitz-Mitgliedschaft vor einem AfD-Schiedsgericht oder einem ordentlichen Gericht Bestand haben wird, gilt als offen. Auch wenn die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alexander Gauland und Alice Weidel, sowie Bundessprecher Tino Chrupalla rechtliche Bedenken anmeldeten – geklärt ist die Sache noch lange nicht. In der vergangenen Woche tauchte ein Dokument aus der Mitgliederdatenbank auf, das belegt, dass Kalbitz bei seinem Eintritt in die AfD im Frühjahr 2013 lediglich die CSU und die Junge Union als frühere Organisationen angegeben hat, denen er angehört hatte. Von den Republikanern und der mittlerweile verbotenen Heimat-treuen Deutschen Jugend (HDJ) ist nichts zu lesen. Auch deshalb ist der Bundessprecher Jörg Meuthen, der den Abschied von Kalbitz initiierte, siegesicher. „Er wird Bestand haben. Es ist wichtig, dass wir Brandmauern nach rechts einziehen.“

Meuthen und eine Vielzahl westdeutscher Funktionäre haben die Auflösung des sogenannten Flügels betrieben, weil sie eine bundesweite Beobachtung durch den Verfassungsschutz fürchten. In Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz, zwei Bundesländern, in denen die Gemäßigten eine Mehrheit haben, hat der Inlandsnachrichtendienst bereits angekündigt, die Strukturen des „Flügels“ beobachten zu wollen. Gerade im Westen befürchten viele Aktivisten berufliche Nachteile, sollte sie der Verfassungsschutz mit dem Stempel „extremistisch“ versehen.

Die Unruhe ist groß innerhalb der Partei. Der Bundestagsabgeordnete und bayerische Landesvize Hansjörg Müller tingelt durch die Lande, um die Basis von seinem Vorhaben zu überzeugen, künftige Parteitage nicht von Delegierten, sondern von allen Mitgliedern durchführen



Laut dem einen ist der andere „nicht mehr in der Lage oder willens ...“, die AfD in ihrer Gesamtheit zu vertreten“: die Parteifreunde Björn Höcke (links) und Jörg Meuthen
Foto: imago images/Revierfoto

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

„Derzeit ist
die Erregung groß“

Nach dem Ausschluss von Andreas Kalbitz kämpfen in Deutschlands größter Oppositionspartei die verschiedenen Lager auf allen Ebenen gegeneinander

zu lassen. Hier sind sich die Streithähne einmal einig. Gauland hält das Vorhaben für unrealistisch, und Meuthen nennt es utopisch. Björn Höcke, Wortführer der Parteirechten und Meuthen-Gegner, meint: „Wir brauchen keinen Sonderparteitag, um festzustellen, dass der bisherige Bundessprecher nicht mehr in der Lage oder willens ist, die AfD in ihrer Gesamtheit zu vertreten.“

Der Brandherde gibt es viele

Die Brandherde in der Partei sind derart zahlreich, dass man mit dem Aufzählen kaum nachkommt. In Bayern entzog eine Mehrheit der Landtagsabgeordneten der Fraktionsführung das Vertrauen, in der hessischen Fraktion machen Spitzelvorfürer die Runde. Hinzu kommen perma-

nente Unappetitlichkeiten. Der parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Enrico Komning soll 2016 in vertrauter Runde von der Abschaffung des parlamentarischen Systems geträumt haben. Komning fühlt sich missverstanden. Gegen den Sprecher seines Landesverban-

des, Hagen Brauer, wurde kürzlich Strafanzeige erstattet. Dieser soll während einer Demonstration den Hitlergruß gezeigt haben. Der Norddeutsche dementiert, die Negativschlagzeilen bleiben dennoch.

„Wahlkampf statt Machtkampf“, lautet das flehende Motto der Basis. In einem Jahr soll die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl feststehen. Kommt es zum finalen Machtkampf zwischen Weidel und Chrupalla sowie Meuthen und Beatrix von Storch? „Ich werde zum Ende des Sommers entscheiden, ob ich für den Bundestag kandidieren will. Aber noch ist das für mich offen“, sagt Meuthen. Der von den Rechten schwer angefeindete Abgeordnete des EU-Parlaments setzt auf den Faktor Zeit: „Derzeit ist die Erregung groß, aber das wird sich auch wieder legen.“

„Es ist wichtig, dass wir Brandmauern nach rechts einziehen“

Jörg Meuthen
Bundessprecher der AfD

DEMOKRATIEVERFALL

Wirbel um die Wahl des Radebeuler Kulturamtschefs

Weil Jörg Bernig als „neurechts“ gilt, versuchen Kulturschaffende, seine Wahl rückgängig zu machen

Gesetzeskonforme Wahlen haben in Deutschland nicht mehr unbedingt zur Folge, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen in demokratischer Manier als Sieger akzeptiert wird und ohne abermalige Diskussion das Amt antreten kann. Wie im Fall des thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) oder des inzwischen aus der SPD ausgetretenen Zweiten Bürgermeisters von Höchststadt, Günter Schulz, darf eine Wahl nicht mit entscheidenden Stimmen der AfD zustande kommen. Beim jüngsten Vorgang dieser Art kommt hinzu, dass der Kandidat als „Vertreter der neuen Rechten“ gilt.

Am 20. Mai wurde der Schriftsteller Jörg Bernig im sächsischen Radebeul vom Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung zum Leiter des Kulturamts gewählt. Um diese Position hatte er sich beworben, er war nicht von einer Partei nominiert worden. Stimmen erhielt er wohl vor allem aus den Reihen der CDU und der AfD. Bernig lebt seit 1995 in Radebeul, zuletzt veröffentlich-

te er den Essay-Band „An der Allerweltecke“ mit Eindrücken aus dem östlichen Mitteleuropa und vom Balkan. Er ist Träger zahlreicher Auszeichnungen und unter anderem Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste sowie der Bayerischen Akademie der Schönen Künste.

Proteste aus der Kulturszene

Gegen die – regulär abgelaufene – Wahl Bernigs, der zu den Erstunterzeichnern der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ zählte, erhob sich lautstarker und medial geförderter Protest. „Radebeuler Kunst- und Kulturschaffende“, die ihn erkennbar nicht als einen der Ihren ansehen, äußerten in einem offenen Brief „Entsetzen und Unverständnis“. Sie sorgen sich um „fatale Folgen für die Stadt, deren Bewohner und die einzigartige Kulturlandschaft“. Der künstlerische Leiter der „Karl-May-Festtage“, Helmut Raeder, klagte, er müsste mit Bernig direkt zusammenarbeiten, dieser hätte „jedoch überhaupt keine Basis“. Schau-

spieler Herbert Graedke, der auch für die SPD im Stadtrat sitzt, will aus Protest den Radebeuler Kunstpreis zurückgeben, der ihm 2006 verliehen worden war. Autor Thomas Gerlach ließ vernehmen, Bernig habe sich „von selbst in die rechte Ecke begeben“, damit wolle er nichts zu tun haben. Jazz-Musiker Günter „Baby“ Sommer, vor Jahren mit Stasi-Vorwürfen konfrontiert, befürchtet laut „Sächsischer Zeitung“ die „Einengung der freiheitlichen Ausübung von Kunst und Kultur, sollte Jörg Bernig tatsächlich Kulturamtschef werden.“

Dieselbe Zeitung war es auch, die anklagend behauptete, Bernig sei neben seiner literarischen Tätigkeit „vor allem als politischer Autor und Aktivist bekannt“. Die „Zuwanderungspolitik der Bundesregierung“ habe er als „nach Deutschland gelenkte Massenmigration“ bezeichnet. Die Schriftstellervereinigung „PEN-Zentrum Deutschland“, der auch Bernig angehört, kritisierte seine Wahl ebenso wie der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig

(SPD), der sie als „ungeheuerlich“ charakterisierte. Theologe Frank Richter, geschiedener Oberbürgermeisterkandidat in Meißen und parteilos für die Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag, schrieb, Bernigs „Vorstellungen von Kultur lassen befürchten, dass er einer rückwärtsgewandten und nationalistischen Politik zugetan“ sei. „Entsetzt“ ist Richter, dass die CDU „offenbar kein Problem“ hatte, mit der AfD zu stimmen.

Unterstützt wird Bernig hingegen vom Dresdner Schriftsteller Uwe Tellkamp, bekannt durch den Roman „Der Turm“, sowie vom Chefdirigenten der Sächsischen Staatskapelle, Christian Thielemann.

Die Reihen derjenigen, welche eine ganz persönliche Auffassung von Demokratie haben, verstärkt inzwischen auch der parteilose Radebeuler Oberbürgermeister Bert Wendsche. Er machte von seinem Vetorecht Gebrauch. Die Wahl wird wiederholt, allerdings mit denselben Kandidaten. Erik Lommatzsch

INNERE SICHERHEIT

Beamte unter Generalverdacht

Geplantes „Antidiskriminierungsgesetz“ löst Proteststurm von Polizeigewerkschaftern aus

VON NORMAN HANERT

Jedes Jahr muss sich die Polizei in Berlin um mehr als 5.000 Demonstrationen und sogenannte polizeiliche Großlagen kümmern. Bislang haben dabei auch immer wieder Polizeihundertschaften aus anderen Bundesländern geholfen. Ein politisches Projekt der rot-rot-grünen Koalition sorgt nun dafür, dass Gewerkschafter in anderen Bundesländern weitere Unterstützungseinsätze in Berlin in Frage stellen.

Bereits im Juni will die Senatskoalition im Berliner Abgeordnetenhaus über ein „Landesantidiskriminierungsgesetz“ abstimmen lassen. Offizieller Anspruch des von Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) vorangetriebenen Projekts ist es, Diskriminierung von Bürgern durch Ämter und Behörden zu bekämpfen. Inzwischen beschäftigen sich bundesweite Innenpolitiker und Berufsverbände vor allem mit der Frage, welche möglichen Auswirkungen das neue Gesetz auf die Arbeit der Polizei hat.

Insbesondere Polizeigewerkschafter warnen eindringlich, dass Beamte künftig Diskriminierungsvorwürfen ausgesetzt würden, die nicht gerechtfertigt seien. Noch relativ zurückhaltend formulierte Andreas Schuster, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) von Brandenburg, seine Bedenken vor einem kollektiven Misstrauen gegenüber den Ordnungshütern: „Unsere Kolleginnen und Kollegen der Brandenburger Polizei fühlen sich verunsichert, was bei unterstützenden Einsätzen in Berlin eintritt.“

In Sachsen-Anhalt hat die GdP den dortigen Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) hingegen bereits aufgefordert, „bis auf weiteres“ keine Landespolizisten mehr zu Einsätzen in die Hauptstadt zu entsenden. Ähnlich positionierten sich die GdP-Landesverbände von Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Beweislastumkehr geplant

Im Zentrum der Kritik steht ein Paragraph des Gesetzes, der es erleichtert, Diskriminierungsvorwürfe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu erheben. Dafür soll es künftig ausreichen, dass „Tatsachen glaubhaft gemacht werden“, ein Bürger sei von einem Mitarbeiter ei-



„Kollegen fühlen sich verunsichert“: Polizeikontrolle am Drogenumschlagplatz Görlitzer Park in Berlin Foto: imago/Christian Mang

ner Behörde diskriminiert worden. Die Behörde ist dann in der Pflicht, diesen Vorwurf zu entkräften. Während die rot-rot-grüne Koalition diesen Ansatz als „Erleichterung“ verteidigt, sieht beispielsweise Jörn Badendick vom Polizeiberufsverband „Unabhängige“ eine weitgehende Beweislastumkehr: „Eine falsche Versicherung an Eides statt reicht dann aus, um die Beweislastumkehr auszulösen. Der Polizist wird dann zum Freiwild“, so Badendick.

Obendrein etabliert Berlins Koalition in dem Gesetz auch noch ein Verbandsklagerecht. Dabei sollen Aktivisten und auch Vereine eine stellvertretende Klagemöglichkeit erhalten, sogar wenn sie selbst gar nicht von der angeblichen Diskriminierung betroffen sind. Der Berliner CDU-Fraktionschef Burkard Dregger sieht mit dieser Klagemöglichkeit auf die Verwaltungsgerichte eine neue Prozessflut zukommen.

Dregger wies zudem auf drohende Folgen für den Kampf gegen die Clan-Krimi-

nalität hin: Clan-Mitglieder könnten mit ihren Anwälten auf Diskriminierung klagen und den Ermittlern unterstellen, sie hätten sie aus fremdenfeindlichen Gründen vernommen. „Die Beamten müssen dann ihre Unschuld beweisen“, warnt Dregger.

Araberclans könnten profitieren

Der Missbrauch der Klagemöglichkeit und der Verwaltungsaufwand durch das Antidiskriminierungsgesetz könnten die ohnehin sehr personalintensiven Ermittlungen gegen kriminelle Clans tatsächlich erheblich schwieriger machen. Wie aufwendig dieser Kampf ist, macht eine Zwischenbilanz des Berliner Landeskriminalamts deutlich. Innensenator Andreas Geisel (SPD) hatte im Herbst 2018 einen „Fünf-Punkte-Plan“ vorgestellt, der die Einziehung von kriminell erwirtschafteten Vermögen der Clans und einen hohen Ermittlungsdruck vorsieht.

Nach der nun vorgelegten Bilanz für 2019 lässt sich allein ein Fünftel aller in

Berlin geführten Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität auf arabischstämmige Clans zurückzuführen. Hinzu kommen noch zahlreiche Gewalt- und Ordnungsdelikte, die ebenfalls den Clans zugerechnet werden. Die Berliner Polizei schrieb im vergangenen Jahr bei ihren Einsätzen zur Bekämpfung der Clankriminalität allein 972 Strafanzeigen, hinzu kamen 5.398 Ordnungswidrigkeiten im Verkehr und 60 vollstreckte Haftbefehle.

Die Corona-Pandemie lässt den Ermittlungsaufwand in dieser Richtung weiter ansteigen. Das Landeskriminalamt der Bundeshauptstadt überprüft derzeit Hunderte Anträge auf Corona-Soforthilfen. Dabei geht es um den Anfangsverdacht, dass sich Angehörige von arabischen Großclans Hilfszahlungen in betrügerischer Absicht erschlichen haben. Laut „Spiegel TV“ sollen bei mehr als 250 Anträgen auf Corona-Soforthilfe Adressen auftauchen, die sich Wohn- und Geschäftsadressen von mehreren Großfamilien zuordnen lassen.

KOLUMNE

Das richtige Parteibuch

VON THEO MASS

Andreas Behm heißt seit dem 1. Juni der neue Chefankläger in Brandenburg. Der 61-Jährige war von 2006 bis 2016 Chef der Berliner Staatsanwaltschaft. Während seiner Zeit in der Hauptstadt machte Behm überwiegend negative Schlagzeilen. So veranlasste er 2016 eine Razzia im Großbordell Artemis. Das Berliner Landgericht eröffnete später dennoch kein Hauptverfahren, weil die Beweislage in der Anklageschrift zu „dünn“ war.

2014 vergaß Behm, bei den Ermittlungen zu Schrottmobilien die Aufhebung der Immunität des CDU-Abgeordneten Michael Braun zu beantragen, der in den Fall verwickelt gewesen sein soll. Im gleichen Jahr ließ Behm den Rapper Bushido wegen Beleidigung des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) anklagen. Das Landgericht wies die Klage ab. Behm war dann 2016 von der Linkspartei von Berlin nach Brandenburg geholt worden, um im Justizministerium als Abteilungsleiter für Strafvollzug zu fungieren.

Und nun also Generalstaatsanwalt. Warum? Ist aus dieser Fehlbesetzung in der Mark plötzlich eine Koryphäe geworden? Die mittlerweile mitregierende CDU trägt den Personalvorschlag der SPD aus Gründen der Koalitionsraison mit. Die Grünen sagen dazu gar nichts. Der SPD-Fraktionschef im Brandenburger Landtag, Erik Stohn, lobt Behm überschwänglich: „Ich kann nur die Arbeit in den vergangenen Jahren in Brandenburg bewerten. Hier höre ich insbesondere von den Berufsverbänden nur Positives und auch, dass sie die Entscheidung begrüßen. Er genießt einen hervorragenden Ruf in der Brandenburger Justiz.“

Man traut seinen Ohren nicht angesichts von Behms Misserfolgsbilanz. In Wahrheit scheint ihn nur eines zu „qualifizieren“: sein SPD-Parteibuch. Die drei Oppositionsparteien AfD, Linkspartei und Freie Wähler kritisieren die Personalentscheidung.

MELDUNG

Verkauf wegen Mietendeckel

Berlin – Offenbar als Reaktion auf den sogenannten Mietendeckel hat das schwedische Immobilienunternehmen Aelius damit begonnen, viele seiner Wohnungen in Berlin zu verkaufen statt zu vermieten. In der Hauptstadt gehören dem Unternehmen etwa 900 Häuser mit 14.000 Wohneinheiten. Bisher hatte Aelius bei Neuvermietungen den gesetzlich möglichen Rahmen für Mieterhöhungen voll ausgeschöpft. Durch Modernisierungsmaßnahmen konnte mitunter der Preis auf 20 Euro pro Quadratmeter steigen. Zurzeit beträgt der Berliner Anteil am Gesamtbestand des Unternehmens rund 30 Prozent. Laut dem Bericht über das erste Quartal 2020 will der Konzern die Hälfte davon an Mieter und Investoren verkaufen. Bei 46 Häusern in Berlin-Neukölln wurden in den vergangenen Jahren vorsorglich Abgeschlossenheitsbescheinigungen eingeholt – dies ist die notwendige verwaltungstechnische Vorstufe zur Aufteilung eines Mietshauses in Eigentumswohnungen. F.B.

LEBENSHALTUNG

In Elbe-Elster ist die Rente besonders viel wert

Die Kaufkraft vom Altersbezug klafft im Bundesvergleich stark auseinander

Je nach Wohnort in Deutschland kann die Kaufkraft der Rente um bis zu 52 Prozent variieren. Wie aus einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos hervorgeht, haben 1000 Euro für Senioren in München eine Kaufkraft von 760 Euro. Bayerns Landeshauptstadt ist damit einer der teuersten Altersruhesitze Deutschlands. Im bundesweiten Vergleich von 401 Kreisen und kreisfreien Städten schnitt der südbrandenburgische Landkreis Elbe-Elster dagegen als besonders günstiger Wohnort für Rentner ab.

Potsdam teurer als Berlin

Hier entfalten 1000 Euro eine Kaufkraft von 1160 Euro. Generell stellte sich bei der Untersuchung der wirtschaftsstarke Süden der Bundesrepublik in puncto Lebenshaltungskosten als eher kosteninten-

siv dar: Von den 50 teuersten Regionen liegen 40 in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu finden. Auch Städte wie Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin gehören bei den Lebenshaltungskosten zur Spitzengruppe. Mittlerweile liegt auch Potsdam im Vergleich der teuersten Regionen Deutschlands auf Platz 38 und hat damit Berlin (Platz 44) hinter sich gelassen. Als insgesamt günstigstes Bundesland ermittelten die Prognos-Forscher Sachsen-Anhalt.

In dem mitteldeutschen Land liegen in allen 14 Kreisen und kreisfreien Städten die Lebenshaltungskosten unter dem Bundesdurchschnitt, in elf davon sogar um mehr als zehn Prozentpunkte. Sieht man von der Landeshauptstadt Potsdam ab, schneidet auch die Mark Brandenburg bei den Lebenshaltungskosten günstig ab.

Außer in Elbe-Elster liegt auch im Spree-Neiße-Kreis und in der Prignitz das Preisniveau deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Für die Berechnungen hat Prognos auf Daten des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen und dabei auch das regionale Preisniveau berücksichtigt. Eingeflossen sind zudem alterstypische Besonderheiten der über 65-Jährigen: Gesundheitsausgaben und Mieten haben in dieser Altersgruppe ein höheres Gewicht als bei Erwerbstätigen.

Teurer muss nicht schlechter sein

Deutlich geringer fallen dagegen die Ausgaben für Bildung aus. Für den Studienautor Heiko Burrer zeigen die ermittelten Daten, dass der Wohnort einen erheblichen Einfluss auf die Lebenshaltungskosten und damit den Wohlstand im Alter

hat. Allerdings weist der Forscher auch darauf hin, dass ein teurerer Wohnort als Ruhesitz für das Alter nicht zwangsläufig unattraktiv sein muss. Das gilt zumindest für Rentner, die vor dem Ruhestand in der betreffenden Region auch gearbeitet haben. Tendenziell sind nämlich in den Gegenden mit höherem Preisniveau auch Löhne und somit auch die Renten höher.

Einbußen beim Lebensstandard im Alter drohen laut Prognos vor allem, wenn die Lebenshaltungskosten im Verlauf des Erwerbslebens stark gestiegen sind und die gesamten Alterseinkünfte im Verhältnis zum regionalen Preisniveau sehr niedrig ausfallen. Die Prognos-Studie wurde im Auftrag des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft erstellt. Die Zahlen der Untersuchung beziehen sich auf das Jahr 2018. N.H.

● MELDUNGEN

Schweden unerwünscht

Stockholm – Schweden fühlt sich als Mobbingopfer in Europa. Dies meint jedenfalls die Reiseexpertin Lotti Knutson im schwedischen Sender TV4. Zypern und die drei baltischen Republiken hätten bereits erklärt, wegen der Gesundheitslage in Sachen Corona keine schwedischen Touristen einreisen zu lassen. „Wir sind da wohl unerwünscht“, klagt Knutson. Gesundheitsministerin Lena Hallengren sieht Ungerechtigkeit am Werk: „Schweden war vor und während der Krise eines der Länder mit offenen Grenzen für Waren und Menschen. Wir sind grundsätzlich dafür, dass alle Länder gleich behandelt werden, egal in welchem Zusammenhang.“ Genau das ist der Grund, warum die Urlaubsländer nun auf schwedische Touristen verzichten. Ulf Bernitz, Professor an der Universität Stockholm, nutzt die ausländischen Reaktionen für eine Attacke auf die eigene Regierung: „Mit Blick auf die Ansteckungsgefahr müssen wir wohl damit rechnen.“ Die Schweden richten sich nun auf Ferien im Inland ein. **F.B.**

Zankapfel Königsberg

Washington – Als „Dolch im Herzen Westeuropas“ bezeichnete Robert O’Brian, Donald Trumps nationaler Sicherheitsberater, das Königsberger Gebiet. Weil Russland dort „enorm große Mengen an Raketen und Waffen“ stationiert habe, und den Amerikanern militärische Luftüberwachungsfähigkeiten nicht genehmige, wolle die amerikanische Regierung noch dieses Jahr aus dem Open-Skies-Vertrag aussteigen. Das Dokument sichert den Unterzeichnern zu, in den Ländern der Partner Aufklärungsfähigkeiten durchzuführen, um Informationen über deren Streitkräfte und Militäraktionen zu gewinnen. Auf O’Brians Aussagen über die verpasste Chance für Handel, Tourismus und sozialen Austausch zwischen Russland und Westeuropa konterte Gouverneur Anton Alichanow, dies beweise die Oberflächlichkeit amerikanischer Berater, da O’Brian offenbar nicht wisse, dass sich der Tourismus im Königsberger Gebiet seit Jahren positiv entwickelt. Moskau will eine Änderung des Vertrags nicht akzeptieren. **MRK**

Ermittlungen gegen Biden

Kiew – Wladimir Selenskij hat angekündigt, dass die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft gegen den ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten und Präsidentschaftskandidaten im aktuellen Wahlkampf, Joe Biden, ermitteln wird. Hintergrund dafür sind Telefonmitschnitte, die Andrej Derkatsch, der als unabhängiger Abgeordneter im Kiewer Parlament sitzt, veröffentlicht hat. Die Gespräche von 2015 und 2016 sollen belegen, dass Joe Biden und der damalige US-Außenminister John Kerry sich massiv in die ukrainische Innenpolitik eingemischt haben. Um den Fall ging es auch im Amtsenthebungsverfahren gegen Trump, weil dieser versucht haben soll, Druck auf Selenskij auszuüben. US-Demokraten vermuten nun einen neuen Schachzug Trumps. **MRK**



Digitale Methoden erleichtern die Identifikation: Eriteischer Asylbewerber mit Antragsformular in Bnei Berak bei Tel Aviv

Foto: Imago/epd

ASYL

Digitale Chancen ungenutzt

Bei der Überprüfung von Immigranten und Asylsuchern bleibt Deutschland eisern rückständig

VON BODO BOST

Während in Deutschland bei Zigtausenden von Asylsuchern nur ihr iPhone „weiß“, wer sie sind und woher sie kommen, setzen einige Länder jetzt auch im Asylbereich immer mehr auf Digitalisierung, bereits vor der Antragstellung.

Schon 2015/16 war aufgefallen, dass kaum ein Asylsucher über Identitätsdokumente verfügte, dagegen fast alle iPhones hatten, die man normalerweise nur nach Vorlage von Ausweisdokumenten bekommen konnte. Selbst die besten Rechtsexperten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) haben es bis heute nicht geschafft, eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, diesen seltsamen Zustand aufzuheben und die iPhones der digitalen Auswertung im Rahmen eines digitalen Asylverfahrens zuzuführen.

Selbst die Pandemie, welche die Gefahren für die Volksgesundheit durch nicht identifizierbare oder nicht zur Identifikation bereite Asylsucher hat anwachsen lassen, führte nicht dazu, dass diese Lücke geschlossen wurde. Ab Mitte März mussten sich EU-Bürger zwar an fast allen

deutschen Grenzübergängen ausweisen, das galt aber nicht für identifizierbare Immigranten, die das Zauberwort Asyl sagten. Nur so ist es zu erklären, dass auch im Lockdown, trotz Grenzkontrollen an fast allen deutschen Grenzen im März und April, nach Bamf-Angaben 15.000 neue Asylsucher nach Deutschland kamen.

Israel war digitaler Vorreiter

Eines der ersten Länder, das versucht, die Digitalisierung jetzt auch im Asylbereich umzusetzen, ist einmal mehr Israel. Schon sehr früh hatte es „digitale Diplomatie“ durch soziale Medien für sich genutzt. Nur so konnte Israel die totale Blockade durch seine arabischen Nachbarn durchbrechen. Durch den sinnvollen Einsatz digitaler Plattformen konnte Israel auch an den Mainstream-Medien vorbei die arabische und muslimische Welt online erreichen. So konnten sich Menschen über Waffenstillstandslinien hinweg über die Hintergründe eines Konfliktes informieren, deren Regierungen mit Staatspropaganda bisher versuchten, ein Monopol in der Meinungsbildung zu beanspruchen. Das israelische Außenministerium betreibt mit Twitter-Accounts „digitale Diplomatie“ in mehr als 50 Sprachen.

Diese digitale Diplomatie macht sich das Land jetzt sogar im Asylbereich zu nutzen. Dies macht Sinn, weil im Asylverfahren ja gerade die Lageberichte der Außenämter eine zentrale Rolle spielen. Aus vielen Ländern des muslimischen Bereichs, mit denen Israel keine diplomatischen Beziehungen hat, gehen Asylanträge per Twitter ein. Vor allem die Zahl der Iraner sei in den letzten Monaten im Zuge der Coronavirus-Pandemie in die Höhe geschossen, so Yiftah Curiel, Leiter der digitalen Diplomatie im israelischen Außenministerium. Die Anfragen sind vor allem

über private Nachrichten auf den Social-Media-Konten des Ministeriums sowie über E-Mails eingegangen. Einige wurden offen gestellt, die meisten per Pseudonym, weil eine offene Kontaktaufnahme für Einwohner des Irans sehr gefährlich sein kann. Viele Anträge stammen von Asylsuchern, die sich bereits in anderen muslimischen Ländern aufhalten, wie der Türkei, aber dort keine Aufnahme erhalten, weil sie Ex-Muslime sind.

Die Pandemie hat für einen großen Schub in Richtung Digitalisierung aller Bereiche gesorgt. Dem kann sich auch das Asylwesen, der große Tabu-Bereich der Gesellschaft, nicht mehr ewig verschließen und weiterhin mit linksgrüner Hilfe auf Sonderbedingungen pochen. In Zeiten, wo in großen Asyl-Erstaufnahmeeinrichtungen die Pandemie unter Hunderten Asylsuchern und deren Betreuern ausgebrochen ist, muss der Staat allein schon aus medizinischen Gründen wissen, mit wem er es zu tun hat, aus welchem Land ein Asylsucher stammt. Die Zeiten eines Anis Amri, der über 15 Identitäten und Phantasienamen verfügte, und diese zu einem der schlimmsten Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte nutzte, sollten endgültig vorbei sein.

Fehlende Papiere:
Die Zeit eines
Anis Amri mit seinen
15 Identitäten
sollte endgültig
vorbei sein

CORONA

Ändert China seine Essgewohnheiten?

Landwirtschaftsministerium klassifiziert Hunde nicht mehr als „Nutztiere“, sondern als „Haustiere“

Dass das chinesische Landwirtschaftsministerium seit Ende April Hunde nicht mehr als „Nutztiere“, sondern als „Haustiere“ einschätzt, erfolgt aus Gründen des Tierschutzes und zur Erschwerung von Krankheitsübertragungen. Die Maßnahme könnte ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Verbot des Handels mit Hund- und Katzenfleisch sein.

Wie in Südkorea und Vietnam hat der Verzehr von Hundefleisch in China eine lange Tradition. Zusammengepfercht auf engstem Raum, werden auf den Wildtiermärkten neben Affen, Bären, Gürtel- und Schuppentieren, Marderhunden, Pfauen und anderen, teilweise vom Aussterben

bedrohten Tierarten auch lebende Hunde und Katzen angeboten, die großteils auf Farmen gezüchtet werden. Nach dem Verkauf werden die Tiere von den Händlern auf grausame Weise geschlachtet.

Wachsender internationaler Druck

Da die Corona-Pandemie vermutlich von einem Wildtiermarkt in Wuhan ausging, waren diese Märkte überall in Südostasien kurzzeitig geschlossen. Jetzt hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller eine endgültige Schließung von 50 großen Wildtiermärkten in Asien und Afrika gefordert, um die Übertragung von gefährlichen Krankheiten auf den Menschen

einzudämmen. Anlässlich des Internationalen Tages zum Erhalt der Artenvielfalt am 22. Mai kündigte der CSU-Minister die Gründung einer „Internationalen Allianz gegen Gesundheitsrisiken im Handel mit Wildtieren und Wildtierprodukten“ an. Dabei handelt es sich um eine Initiative des World Wide Fund For Nature (WWF), der Wildlife Conservation Society (WCS) und der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt. Umso mehr dürfte sich die kommunistische Führung Chinas gezwungen sehen, die Wildtiermärkte endgültig zu schließen und gegen den teilweise illegalen Handel mit Wildtieren entschlossen vorzugehen.

Doch könnte sich dies als schwierig erweisen und einen wahren Kraftakt erfordern. Denn es geht dabei nicht nur um Traditionen und Mentalitäten, sondern auch um die Schaffung von alternativen Angeboten zur Nahrungsmittelversorgung vor allem für die ärmere Bevölkerung. Auf der anderen Seite frönt eine kleine Gruppe von Wohlhabenden dem Vergnügen, sich auf den Wildtiermärkten mit vermeintlichen exotischen Delikatessen zu versorgen. Nach wie vor haben Chinesen eine grundsätzliche Abneigung gegenüber Tiefkühlkost. Es gilt als selbstverständlich, dass Fleisch und Fisch stets frisch sein müssen. **D. Jestrzowski**

VON WOLFGANG KAUFMANN

In einem Interview mit der Tageszeitung „Times of India“ sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow Mitte Januar, sein Land halte „es für eine objektive Reaktion auf die Unvorhersehbarkeit der US-Wirtschaftspolitik ..., sich nicht an den Dollar zu binden.“ Diesen Kurs der Entdollarisierung steuert Moskau bereits seit 2017 als Reaktion auf die Sanktionen Washingtons gegen die Russische Föderation. Präsident Wladimir Putin brachte das im November 2018 auf die griffige Formel: „Wir stoßen den Dollar nicht ab, der Dollar stößt uns ab.“ In den zurückliegenden drei Jahren veräußerte die russische Zentralbank fast all ihre Reserven in US-Dollar. Während diese anfangs noch bei 105 Milliarden lagen, was Russland zu einem Hauptinhaber von US-Schuldverschreibungen machte, sank der Wert bis Ende März 2020 auf magere 3,8 Milliarden. Das sind gerade noch vier Prozent des Ausgangswertes.

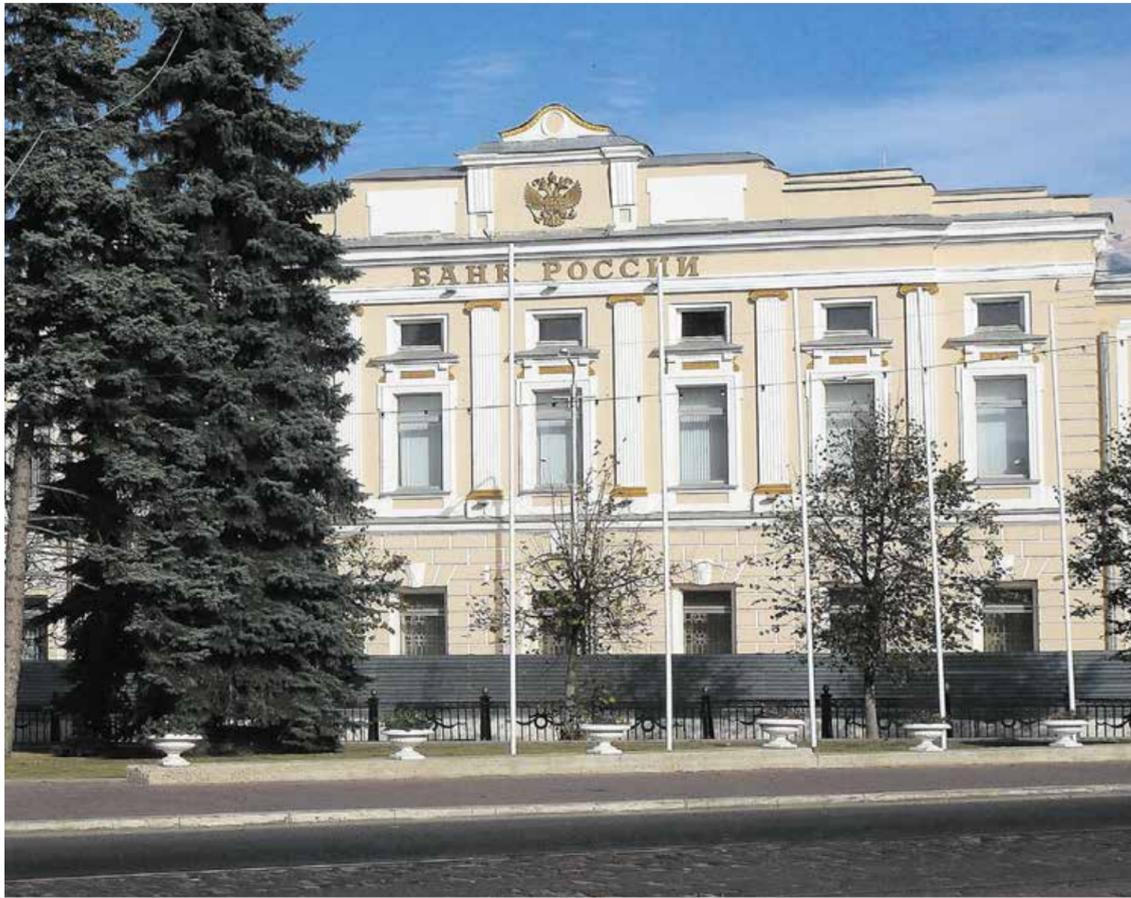
Nur noch 3,8 Milliarden US-Dollar

Parallel zur systematischen Liquidierung ihrer Dollar-Anlagen legte sich die Russische Föderation ein Finanzpolster in anderen Währungen zu. So kaufte sie beispielsweise Euro-Anleihen und chinesische Yuan-Schuldverschreibungen im Gegenwert von insgesamt 88 Milliarden US-Dollar sowie auch japanische Staatspapiere in Yen für etwa 21 Milliarden. Infolgedessen besitzt Moskau nun bereits ein Viertel der weltweit kursierenden Schuldtitel, die auf Yuan lauten. Insgesamt haben die Devisenreserven des Öl- und Gasexporteurs Russland jetzt eine Höhe von 440 Milliarden US-Dollar erreicht, wobei der Löwenanteil inzwischen aber eben in alternativen Währungen angelegt ist.

Doch damit nicht genug der Kampfansage an das US-Geld. Neben der Umschichtung seiner Anlagen zulasten des Dollars schloss Russland im Juni und Oktober 2019 bilaterale Abkommen mit China und der Türkei, die vorsehen, dass der Zahlungsverkehr zwischen den drei Ländern künftig verstärkt in deren jeweiligen Währungen statt in US-Dollar abgewickelt wird.

2299 Tonnen reales Gold

Und dann sind da noch die Goldkäufe der Bank Rossii, also der Zentralbank der Russischen Föderation, die zur Bildung beachtlicher Bestände des Edelmetalls führten. Der Erwerb ruht zwar seit April, doch haben die Bestände mittlerweile Rekordniveau. Derzeit lagern in den russischen Tresoren über 74 Millionen Feinunzen beziehungsweise 2299 Tonnen reales Gold. Das ist das Vierfache der Menge von 2010. Hierdurch steht Russland nun an fünfter



Zentralbank der Russischen Föderation: die „Bank Rossii“

Foto: Nikolaj Maksimowitsch

RUSSLANDS RESERVEN

„Wir stoßen den Dollar nicht ab, der Dollar stößt uns ab“

Statt auf die US-amerikanische Währung setzen Wladimir Putin und seine Zentralbank lieber auf Euro, Yuan und Yen sowie vor allem auf Gold

Stelle der Gold besitzenden Staaten der Welt nach den USA, Deutschland, Italien und Frankreich. 2015 erwarb das Land 208 Tonnen Gold, 2016 rund 201 Tonnen, 2017 223 Tonnen, 2018 sogar 274 Tonnen und 2019 nochmals 158 Tonnen. Dazu kamen weitere 25 Tonnen zwischen Anfang Januar und Ende März 2020. Zu dieser Strategie titelte das „Handelsblatt“ vor einiger Zeit: „Die Welt druckt Geld, Putin kauft Gold.“

Das rare Edelmetall stammt vorwiegend aus russischen Bergwerksbetrieben, die allein 2019 um die 311 Tonnen produziert haben, wie der United States Geological Survey (USGS), eine wissenschaftliche Behörde im Geschäftsbereich des US-Innenministeriums, schätzte. Damit steht die Russische Föderation faktisch an

dritter Stelle der Gold fördernden Länder auf der Welt nach China mit 420 Tonnen und Australien mit 330 Tonnen), noch vor den USA, die mit 200 Tonnen Platz 4 belegen. Der Einkauf im eigenen Land bringt den Vorteil mit sich, dass die Barren nicht gegen Zahlungen in Devisen erworben werden müssen. In den letzten fünf Jahren wurde hierfür eine Rubel-Summe aufgewendet, die 40 Milliarden US-Dollar entsprach.

Platz 3 bei der Förderung von Gold

Der Wert der russischen Goldreserven beträgt aktuell umgerechnet 126 Milliarden US-Dollar und liegt damit so hoch wie nie zuvor, was neben der Ankaufspolitik der Bank Rossii auch auf den Goldpreis-Anstieg der letzten Monate zurückzuführen

ist. Gold macht somit nun bereits 22 Prozent der gesamten Rücklagen Russlands in Edelmetallen und Devisen aus – ein ungewöhnlich hoher Anteil. Und es steht zu erwarten, dass der Kreml weiter in der Rolle des hochengagierten Käufers von physisch vorhandenem Gold verharrt, wenn die Produktion nach den pandemiebedingten Einschränkungen wieder in üblicher Weise verlaufen kann. Denn noch ist die Verwundbarkeit Russlands durch die US-amerikanische Strategie, den US-Dollar gezielt als Waffe gegen politische und wirtschaftliche Kontrahenten einzusetzen, nicht völlig gebannt. Deshalb besteht auch keine Gefahr, dass Moskau seine Goldreserven kurz- oder mittelfristig veräußert, wodurch der Goldpreis steil abstürzen würde.

ŠKODA

Volkswagens schöne tschechische Tochter

Vor 20 Jahren übernahmen die Wolfsburger die letzten 30 Prozent des einstigen Staatskonzerns

Vor 20 Jahren entschloss sich die damalige tschechoslowakische Regierung unter Milos Zeman, die verbliebenen 30 Prozent Staatsanteil am Autobauer Škoda an Volkswagen zu verkaufen. Branchenkenner rümpften damals die Nase. Vielfach wurde die Frage gestellt, was VW mit dem „Ostauto“ denn wolle. Das „Handelsblatt“ zitierte anlässlich dieses Jubiläums Frotzeleien aus dem Stammhaus. „Wie verdoppelt man den Wert eines Škodas? Man tankt ihn voll“, sei damals ein gängiger Witz in der Fabrik gewesen.

Privatisierung nach der „Wende“

Mittlerweile ist die Stimmungslage eine ganz andere. Škoda ist zu einem wichti-

gen Pfeiler des Wolfsburger Konzerns geworden. Heute gibt es eine breite Produktpalette vom Kleinwagen Fabia über den meistverkauften Octavia bis hin zum Kompakt-SUV Karoq. Längst ist Škoda von der Kleinwagen- in die Mittelklasse aufgestiegen und hat bei den Absatzzahlen bekannte Marken wie Renault, Peugeot oder Opel teilweise überholt.

Die Wolfsburger Manager stellten den Octavia technisch und von der Ausstattung her auf eine Stufe mit dem Golf, bei allerdings geringeren Preisen. „Der Octavia wird zum Helden für Praktiker und Pfennigfuchser und beginnt einen beispiellosen Aufstieg – kein anderes Importmodell verkauft sich in den Jahren und Generationen danach so gut in

Deutschland“, lobte die „Automobilwoche“ anlässlich des 20. Jubiläums.

Škoda und Volkswagen haben gleich ein dreifaches Jubiläum zu feiern. Vor 20 Jahren übernahm der deutsche Konzern die oben erwähnten verbliebenen 30 Prozent am tschechischen Autobauer. Vor 30 Jahren wurde der vormalige Staatsbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, damit die tschechoslowakische Regierung Volkswagen einen Minderheitsanteil am Unternehmen verkaufen konnte. Vor 60 Jahren lief der erste Octavia vom Band, kürzlich wurde die siebte Generation vorgestellt. Mit dem will Škoda zum „König der Kompaktklasse“ werden. Die Verzahnung zwischen den beiden Häusern ist gut ge-

laufen. Škoda gilt mittlerweile als Sprungbrett für Führungskräfte innerhalb von VW.

Vor 60 Jahren kam der erste Octavia

Der heutige Škoda-Chef Bernhard Maier verdiente sich zuvor bei Porsche seine Sporen als Marketing-Vorstand. Er spricht heute von einem „absoluten Erfolgsmodell“, betont aber auch, dass sich seine Marke fit machen müsse für den Wettbewerb im Bereich der Elektromobilität. Auch machte die Corona-Pandemie vor Škoda nicht halt. Doch Maier sieht sein Unternehmen besser gerüstet als andere: „Positiv ist, dass wir solide gewirtschaftet haben und aktuell über ausreichend Liquidität verfügen.“ Peter Entinger

MELDUNGEN

Klage gegen Mietendeckel

Berlin – Rund drei Wochen, nachdem bereits Abgeordnete der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den Berliner Mietendeckel eingereicht haben, liegt nun auch eine Klage auf Landesebene vor. Die Abgeordnetenhausfraktionen von CDU und FDP haben am 25. Mai beim Verfassungsgericht des Landes Berlin eine abstrakte Normenkontrollklage gegen das Gesetz zur Mietpreisbegrenzung eingereicht. Nach Angaben der beiden Fraktionen ist die eingereichte Klage beim Berliner Verfassungsgerichtshof weitergehend als die vor dem Bundesverfassungsgericht. Die klagenden Berliner Abgeordneten zweifeln einerseits, ob das Land Berlin überhaupt die Kompetenz hat, ein solches Gesetz zu erlassen. Zudem wollen die Kläger vom Landesverfassungsgericht prüfen lassen, ob das Gesetz der rot-rot-grünen Koalition Vermieter und Mieter in ihren Grundrechten verletzt. N.H.

Grundrente „ungerecht“

Berlin – Bei einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales am 25. Mai haben mehrere Sachverständige Kritik an den Plänen für eine sogenannte Grundrente vorgebracht. Professor Eckart Bomsdorf wies darauf hin, dass die Grundrente auf eine sehr komplexe, für die einzelnen Personen kaum nachvollziehbare Weise berechnet werde. Der Wissenschaftler von der Universität Köln warnte zudem, die Rente werde für viele, auch für bisherige Grundsicherungsbezieher, eine Enttäuschung sein. Aus Sicht von Professor Georg Cremer (Merzhausen) birgt die Grundrente ein Gerechtigkeitsproblem. Der frühere Generalsekretär des Caritasverbandes sagte, wer in einer Halbtagsstätigkeit 35 Jahre Grundrentenzeiten aufbringe, erhalte die volle Grundrente. Wer in einer Vollzeitstätigkeit weniger als 33 Jahre erreiche, gehe völlig leer aus, auch wenn er weit höhere Beiträge geleistet habe. N.H.

Sozialpolitisch ein „Desaster“

Berlin – Die Vizevorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Jana Schimke MdB (CDU), fordert, den 2018 stillschweigend ausgesetzten „Nachholfaktor“ bei der Rente schnell wieder einzuführen. Hintergrund: Nach der Krise 2009 wurde festgelegt, dass die gesetzliche Altersrente auch dann nicht sinkt, wenn die Lohnentwicklung dies eigentlich erforderte. Im „Nachholfaktor“ ist jedoch verankert worden, dass dies durch dann folgende Nullrunden ausgeglichen wird, sobald die Löhne wieder steigen. Da dieser Faktor ausgesetzt wurde, könnten die Rentenkosten nach Auslaufen der Lockdown-Krise auf mehrere Jahre deutlich stärker steigen als die Nettolohnsumme der Beitragszahler. Schimke nennt das im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“ ein „sozialpolitisches Desaster“, und fügt zur Unterstreichung dieser Einschätzung an: „Und das ist noch vornehm ausgedrückt.“ H.H.

KOMMENTARE

Grünes Reifezeugnis

ERIK LOMMATZSCH

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde Robert Habeck von vielen Medien eine große Zukunft als erster grüner Bundeskanzler prophezeit. Im Zuge der thematischen Verengung der letzten Wochen auf „Corona“, die seltenerweise stark steigende Umfragewerte für die gegenwärtige Regierung zur Folge hatte, ist der Co-Vorsitzende der Partei, die sich immer mehr als Restriktionsverein geriert, arg in Vergessenheit geraten.

Folglich verspürt Habeck das dringende Bedürfnis nach öffentlicher Aufmerksamkeit und meldet sich mit einer Forderung zu Wort. Anders als gewohnt geht es dieses Mal nicht um ein weiteres Verbot, sondern um die Ausweitung von Rechten, und zwar die Absenkung des Wahlalters auf 16 „schon für die nächste Bundestagswahl“.

Neu ist das Ansinnen der Grünen nicht. Der Berliner Volksmund würde hier sicher nicht sagen, „Nachtigall ich hör dir trapsen“; er würde eher von „trampeln“ sprechen. Der Grund ist of-

fensichtlich, es geht um Stimmenzuwachs. Dass der Grünenwähler-Anteil bei jüngeren Menschen vergleichsweise groß ist, ist kein Geheimnis.

Zur Begründung erklärt Habeck, es sei „absolut vorbildlich, wie sich die junge Generation seit inzwischen mehr als zwei Monaten verhält, wie sehr sie sich um die Älteren sorgt und welche Solidarität sie ihnen entgegenbringt“. Die während der „Corona-Pandemie“ gezeigte „politische Reife“ müsse man anerkennen. Selbst dem geneigten Betrachter erschließen sich diese Zusammenhänge wohl nur schwer.

Nach einer Verfassungsänderung war die Altersgrenze für die Bundestagswahl zuletzt 1972 abgesenkt worden. Abstimmen durfte seitdem jeder Deutsche ab 18 Jahren, von 1975 an konnte auch jeder ab 18 kandidieren. Damals hieß es etwa, dass man in diesem Alter verantwortlich im Berufsleben stehen und Männer Wehrdienst zu leisten hätten, insofern sei auch das Wahlrecht zuzugestehen. Das klingt etwas handfester als das von Habeck ausgestellte Politikzeugnis für heutige 16-Jährige.

Neues Deutsch-Land

RENÉ NEHRING

Sprache ist mächtiger als den meisten bewusst ist. Sie ist nicht nur Mittel zur Verständigung zwischen den Menschen, sondern sie prägt und formt auch das Denken – und gestaltet somit die gesellschaftliche Wirklichkeit mit.

Einer der massivsten Versuche der jüngeren Zeit, via Sprache das Denken neu zu auszurichten, ist das sogenannte „Gendern“ möglichst vieler Worte. Mittels einer „geschlechtergerechten“ Sprache sollen angebliche Ungerechtigkeiten im bisherigen Sprachgebrauch verhindert werden. In der Kritik stehen insbesondere die Mehrzahlwörter, die im Deutschen gemeinhin in der männlichen Form gebildet werden. Damit, so der Vorwurf, würden Frauen und Diversgeschlechtliche zurückgesetzt und indirekt unterdrückt.

Alternativ gebrauchen die Anhänger der Gleichberechtigung die weibliche Pluralform plus „Gendersternchen“, werden: Statt „liebe Leser“ heißt es dann nicht „Liebe Leser und Leserinnen“, sondern „liebe Leser*innen“.

Ihren Kritikern halten die Verfechter dieses „gendergerechten“ Neusprech entgegen, dass sich Sprache schon immer gewandelt habe und insofern die derzeitigen Veränderungen doch eigentlich etwas ganz Natürliches seien. Richtig daran ist, dass sich kaum etwas so rapide verändert wie die Worte in unserem Alltag. Begriffe wie Computer, E-Mail oder Soziale Medien existierten noch vor wenigen Jahrzehnten nicht.

Allerdings waren die Sprachveränderungen der Vergangenheit stets das Ergebnis evolutionärer Prozesse, etwa durch die Erfindung neuer Produkte oder auch durch Migration. Nur die Diktaturen haben es bislang gewagt, den Menschen vorzuschreiben, was sie zu sagen haben und was nicht.

Insofern ist das „Gendern“ alles andere als eine lächerliche Angelegenheit. Wenn Frauen für ihren eigenen Sprachgebrauch auf die Verwendung der „innen“-Form bestehen, ist das ihr gutes Recht. Wenn Feministen jedoch anfangen, diese Ausdrucksweise zur Norm zu erklären, ist nicht nur die Freiheit der Grammatik bedroht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Nordstream 2 ist den USA ein Dorn im Auge: Rohre für das deutsch-russische Projekt liegen in Mukran zum Verlegen bereit

KOLUMNE

Koch und Kellner

FLORIAN STUMFALL

Während der letzten Tage schickte die Islamische Republik Iran fünf Tanker in Richtung Venezuela, als ersten die „Forest“. Die Schiffe liefern Treibstoff in ein Land, das mit die meisten Erdölvorräte weltweit besitzt, und das wirft natürlich die Frage auf, wie es zu einem solchen Handel kommt. Die Misswirtschaft der sozialistischen Regierung in Bogotá hatte schon seit Längerem die Infrastruktur der Erdölindustrie verkommen lassen, sodass sich immer wieder Engpässe in der Versorgung ergaben. Dazu kamen die Sanktionen, die von den USA gegen Venezuela verhängt worden sind. Deshalb herrscht in einem der ölreichsten Länder der Welt Mangel an Treibstoff.

Was aber hat der Iran mit der Lage Venezuelas zu tun? Teheran leidet ebenso wie Bogotá unter Sanktionen, die von Washington verhängt wurden, und die USA treiben so ihre Feinde einander in die Arme.

Die beiden Partner wissen natürlich, dass sie durch ihre Zusammenarbeit den Zorn Washingtons hervorrufen, und so begleiteten Kampfflotten der venezolanischen Luftwaffe, Suchoi Su-30 und F-16 „Fighting Falcon“, die „Forest“ als Sicherheitsgarde über die letzte Strecke bis zum Zielhafen. Zudem hatte Samuel Moncada, der Botschafter Venezuelas bei den Vereinten Nationen, den UN-Generalsekretär Guterres wissen lassen, dass sein Land im Zusammenhang mit der Treibstofflieferung „militärische Gewalt durch die Vereinigten Staaten“ befürchte. Diese allerdings belassen es vorerst bei weiteren Sanktionen.

Ortswechsel. Die Gasleitung durch die Ostsee zwischen Russland und Deutschland mit der Bezeichnung „Nordstream 2“ ist fast fertiggestellt, obwohl die USA und ebenso die EU alles tun, um das Projekt zu verhindern. So hat Brüssel eine rückwirkende Bestimmung erlassen, dass die Pipeline unter EU-Recht zu stehen habe, obwohl einer der beiden Häfen außerhalb dieses Rechtsraumes liegt. Rückwirkend – das widerspricht allen Rechtsnormen. Die Bestimmung kam auf Grund des Drucks aus den USA zustande.

Sanktionen mit der EU

Was ist diesen beiden Vorgängen gemeinsam? Im Wesentlichen ist es der Umstand, dass die USA massiv in den Handel zwi-

schen anderen Ländern eingreifen, mit militärischem Eingreifen drohen, dazu Sanktionen verhängen und schließlich die EU dazu drängen, diesen Kurs zu unterstützen. Die beiden Vorgänge sind exemplarisch dafür, dass sowohl die USA als auch die EU auf breiter Front dazu übergegangen sind, ohne Umschweife zu Drohung und Sanktion überzugehen. Das erstaunt umso mehr, als beide Mächte ihre politischen wie militärischen Eingriffe in allen Teilen der Welt damit rechtfertigen, dass sie aufgerufen seien, nicht nur Freiheit und Demokratie, sondern auch den freien Welthandel allüberall zu garantieren.

Besteht Einigkeit, läuft die Sache, bei unterschiedlichen Interessen gibt die EU nach

Dabei gibt die EU an, ihre wichtigsten Ziele bei der Verhängung von Sanktionen seien unter anderem „Festigung und Förderung von Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundsätze des Völkerrechts“. Glaubhafter ist indes, dass die Sanktionen unter anderem gegen „Regierungen von Nicht-EU-Mitgliedsstaaten aufgrund ihrer Politik“ ergehen, wie es der Europäische Rat und der Rat der EU selbst formulieren. Mit anderen Worten: Wer eine Politik treibt, die Brüssel nicht passt, hat mit Sanktionen zu rechnen, im Namen des Völkerrechts.

Sanktionen gegen EU-Firmen

Derzeit sind es 28 Staaten weltweit, die davon betroffen sind, darunter so verschiedene Staaten wie Burundi, Ägypten, Moldau, der EU-Beitrittskandidat Türkei, Montenegro und Nicaragua. Delikat ist der Umstand, dass sich unter den betroffenen Ländern auch solche finden, die ungeachtet des Verdikts aus Brüssel von Deutschland gleichzeitig Entwicklungshilfe beziehen, so der Kongo, Bosnien-Herzegowina, Libyen, der Südsudan und auch Simbabwe. Gleichzeitig Sanktionen zu verhängen und Entwicklungshilfe zu leisten – das beruht auf einer Logik, die sich nur den Weisinnen und Weisen erschließt, so die Welt regieren. Die USA und in ihrem Gefolge die EU

gebrauchen Sanktionen als Mittel, einen umfassenden, globalen Machtanspruch durchzusetzen. Die Methode beruht auf der einfachen Einsicht, dass wirtschaftliche und politische Macht austauschbar sind und eine der anderen dienlich sein kann. Dabei wird sowohl auf Staaten als auch auf Unternehmen und auch Einzelpersonen Druck ausgeübt.

„Extraterritoriale US-Jurisdiktion“

Im Falle von Nordstream 2 hat sich eine Firma, die maßgeblich bei der Verlegung der Rohre in der Ostsee beteiligt war, der Drohung gebeugt, dass sie von allen Aufträgen aus den USA ausgeschlossen würde, wenn sie sich nicht aus dem deutsch-russischen Abkommen zurückzieht. In diesem Fall handelte es sich um ein Unternehmen aus der Schweiz. Doch auch solche, die in der EU ansässig sind, wurden vielfach Objekt US-amerikanischer Repression. Brüssel ist es bislang nicht gelungen, europäische Unternehmen in dem Falle vor US-Sanktionen zu bewahren, in denen die Interessen divergieren. So zeigt sich auch hier, wer Kellner ist und wer Koch. Die USA geben die Linie vor, besteht Einigkeit, dann läuft die Sache, bei unterschiedlichen Interessen gibt die EU nach. Das trifft auch für europäische Unternehmen zu, und das wird so bleiben, solange der US-Markt für die meisten von ihnen unverzichtbar ist.

Grundlage und vorgebliche Rechtfertigung für die US-Politik der Ausdehnung eigener Rechtsvorschriften auf andere Länder ist die Überzeugung, das Land sei zur Führung der Welt ausersehen und verpflichtet. Das wirtschaftliche Potential der USA macht es möglich, den eigenen Führungsanspruch durchzusetzen, zumindest vorerst noch. Die sogenannte extraterritoriale US-Jurisdiktion wird gestützt durch Gesetze des Kongresses, Verordnungen der Exekutive und Urteile der rechtsprechenden Gewalt, also von allen drei Gewalten der USA. Dem steht allerdings entgegen, dass Washington – und im Gefolge die EU – durch eine derartige Politik mehr als jede andere Kraft auf diesem Globus den freien Handel behindern. Dabei begründen die USA ihren weltweiten Anspruch ethisch durch die Behauptung, sie seien die Garanten nicht nur von Demokratie und Freiheit, sondern auch des freien Handels weltweit.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Der Dichter Londons

Vor 150 Jahren starb Charles Dickens – Er gilt als Englands Shakespeare der Romanliteratur

VON HARALD TEWS

Von Alexandre Dumas, dem Autor der „Drei Musketiere“, stammt der Satz: „Nach Gott hat Shakespeare am meisten geschaffen.“ Bezogen auf die englische Literatur könnte man hinzufügen: „Nach Shakespeare hat Dickens am meisten geschaffen.“

Charles Dickens zählt zweifellos zu den bedeutendsten englischen Romanautoren. In seinen Werken spiegelt sich nicht nur wie bei kaum einem anderen Schriftsteller seiner Epoche das viktorianische Zeitalter wider. Seine Bücher „Oliver Twist“, „David Copperfield“, „Bleak House“ oder „Große Erwartungen“ stehen auch stellvertretend für die große realistische Erzählkunst auf der Insel und sind Prototypen der Großstadtliteratur, die erst im 20. Jahrhundert mit Werken wie „Ulysses“ (Joyce), „Manhattan Transfer“ (John Dos Passos) oder „Berlin Alexanderplatz“ (Döblin) ihren großen Auftritt hatte.

Seien wir ehrlich: Einen vergleichbaren Romanautor hatte die deutschsprachige Literatur in jener Epoche nicht zu bieten. Nach Goethes Tod war Deutschland das Land der Musik, aber weniger das der Literatur. Die großen realistischen Werke entstanden in Frankreich (Balzac, Flaubert, Zola), in Russland (Turgenjew, Dostojewski, Tolstoi) oder eben in Großbritannien, wo neben Dickens noch Thackeray, die Brontë-Schwester und George Eliot literarische „Evergreens“ hinterließen.

Ein zeitgenössischer deutscher Autor, der da einigermaßen mithalten konnte, bevor Thomas Mann die Weltbühne betrat, war Theodor Fontane. Seine Romanproduktion begann aber erst acht Jahre nach Dickens Tod am 9. Juni 1870. Ähnlich wie Dickens der Poet Londons war, so war Fontane der Dichter Berlins. Doch während bei Fontane die Kutschen noch in provinzieller Gemütlichkeit durch die Hauptstadt rollten und man auf privaten Empfängen auf geschliffene Konversation achtete, so zeigt uns Dickens ein pulsierendes London, das gerade als Großstadt erwacht ist mit allen seinen Schattenseiten: Schmutz, Elend, Armut, Kriminalität.

Nützliche Teile der Gesellschaft

London war Berlin im 18. Jahrhundert um mehr als eine Nasenlänge voraus. Die Industrialisierung und der Manchester-Kapitalismus hatten mit aller Macht Einzug gehalten. Und der junge Dickens hat manches davon am eigenen Leib miterleben müssen. Denn zehn Jahre nach seiner Geburt am 7. Februar 1812 in einem süden- glichen Idyll bei Portsmouth ließ sich die Familie in London nieder. Da sein Vater, ein Schreiberling der Marine, einen eher lockeren Umgang mit Geld pflegte, landete er in einem Schuldgefängnis. Seine Ehefrau folgte ihm dorthin, was damals üblich war.

Der Sohn aber musste die Schule verlassen und drei Monate in einer Schuhwachs- fabrik schuften, um für die Familie Geld zu verdienen. Dieses traumatische Erlebnis einer sozialen Degradierung sollte zum Schlüsselmoment vieler seiner Werke werden, in denen aus kindlicher Perspektive die Hölle auf Erden erlebt wird. Die Armenhäuser, in denen seine titelgebenden Romanfiguren Oliver Twist oder Nicholas Nickleby geknechtet werden, sind nicht nur reine Fiktion. Sie waren Ergebnis eines Nützlichkeitsprinzips, dem von den Wirtschaftsphilosophen Je-



Begnadeter Erzähler und Vorleser: Dickens liest aus einem eigenen Werk Foto: pa

remy Bentham und John Stuart Mill propagierten Utilitarismus, wonach jeder Staatsbürger seinen nützlichen Teil zur Gesellschaft beitragen sollte.

Diese Ideen mündeten in einer Reihe von Reformen, die auf Dickens' scharfe Sozialkritik stießen. 1834 regelte eine Änderung des Armutsgesetzes die Bedingungen für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen, die in Arbeitshäusern untergebracht waren. Unter dem Deckmantel der Fürsorge arbeiteten bis 1848 rund 50.000 Kinder armer Familien bis zu zehn Stunden am Tag in solchen „Wohltätigkeits- einrichtungen“, wo sie der Gewaltwillkür solch schmieriger Büttel wie Mr. Bumble

(„Oliver Twist“), Mr. Squeers („Nicholas Nickleby“) oder Mr. Creakle („David Copperfield“) ausgesetzt waren.

Da seit dem Reform Bill von 1832 die Macht vom Adel auf das Bürgertum verlagert wurde, bekam letzteres mehr Freiheiten, auch die zu schlagen und zu knechten. In seinen Romanen karikierte Dickens diese Liberalisierung, die für Kinder eine Tyrannei des Schreckens war.

Doch auf Regen folgt Sonnenschein. Als Dickens' Vater aus dem Gefängnis entlassen wurde, war für den Sohn die Fronarbeit beendet. Er konnte wieder in die Schule gehen, wurde Rechtsanwaltsgehilfe und schrieb Parlamentsberichte für

Zeitungen. Um die Politikerreden erfassen zu können, erlernte er sogar die Stenografie. Sein Fleiß wurde von Mentoren gefördert. Die Gönner schlugen sich in seinen Werken in einer Reihe ebenso sympathischer wie schrulliger Gestalten nieder wie dem exzentrischen Mr. Pickwick in Dickens schelmischem Debütroman „Die Pickwickler“, dem ewig optimistischen, aber immer kurz vor der Pleite stehenden Mr. Micawber („David Copperfield“) oder William Dorrit, einem in dem Roman „Little Dorrit“ im Schuldgefängnis einsitzenden rührigen Ebenbild von Dickens' Vater.

Auf der anderen Seite bevölkern die Romane unvergessliche Schurken, Hehler, Diebe und Erbschaftsbetrüger wie Fagin („Oliver Twist“), Quilp („Der Raritätenladen“) oder Uriah Heep („David Copperfield“). Nach Letzterem hat sich sogar eine bekannte Rockband benannt. Um das gesamte soziale Panorama unterhalb der Aristokratie – diese tritt in seinen Werken ebenso wenig in Erscheinung wie die seit 1837 als Regentin amtierende Queen Victoria – abzubilden, griff Dickens auch zu literarischen Kolportagemitteln. Neben dem abschreckenden Realismus einer ausgebeuteten Arbeiterklasse in „Harte Zeiten“ setzte er als Kontrast auch Schauerromantik, Melodramatik sowie auch das neue Genre Krimi ein. In „Bleak House“ ermittelt im Nebel von London der erste Polizeidetektiv der Weltliteratur.

Der „Erfinder von Weihnachten“

Auf gespenstig-triviale Weise führte Dickens kauzige Figuren wie die alte Miss Havisham ein, die in „Große Erwartungen“ seit ihrer geplatzen Hochzeit in einem abgetragenen weißen Hochzeitskleid in ihrem Haus herumgeistert. Und der Tod der Little Nell im „Raritätenladen“, mit dem Dickens an eine in seinen Armen gestorbene junge Schwägerin erinnert, rührt noch heute zu Tränen. Nur den Zyniker Oscar Wilde nicht, der dazu bemerkte: „Man muss schon ein Herz von Stein haben, um Klein Nells Sterbeszene lesen zu können, ohne zu lachen.“

15 Romane schuf Dickens, die zuerst als Fortsetzungsromane in Zeitungen erschienen waren. Sein auflagenstärkstes Buch ist aber in Deutschland so gut wie unbekannt: „Eine Geschichte zweier Städte“, das mit „Barnaby Rudge“ einer der einzigen beiden historischen Romane des Autors ist. Es spielt zur Zeit der Französischen Revolution in Paris und London und gehört in England als eine Art Geschichtsbuch der 1789er Revolution zur festen Schullektüre.

Ähnlich populär ist in den angelsächsischen Ländern seine „Weihnachtsgeschichte“ mit dem Geizhals Scrooge, der später wieder in Disneys „Donald Duck“-Geschichten auftauchen sollte und darin in Deutschland besser als Onkel Dagobert bekannt ist. Mit dieser Geschichte wird Dickens auf der Insel auch als der „Erfinder von Weihnachten“ bezeichnet. Geschrieben hat er die kurze Geschichte in wenigen Wochen aus Geldnot. Da sich sein Roman „Martin Chuzzlewit“, in dem er seine Erfahrungen aus einer Lesereise nach Nordamerika verarbeitete, schlecht verkaufte, brauchte der auf großem Fuß lebende Autor dringend Geld. Es kam zum Happy End, wie es auch in allen seinen Werken der Fall ist.

Andererseits kam der Tod für Dickens relativ früh im Alter von 58 Jahren. Auf einer Lesereise erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr erholen sollte.

Charles Dickens: „Oliver Twist“.

Die Szene, als Oliver im Armenhaus am Essenstisch um etwas mehr Brei bittet und mit der sein Autor schlagartig berühmt wurde:

„Ich bitte um Verzeihung, Sir, ich möchte noch um ein wenig bitten.“

Der Koch, ein feister rotbackiger Mann, wurde blaß wie der Kalk an der Wand. In maßlosem Staunen starrte er einige Sekunden den kleinen Rebellen an und mußte sich am Kessel festhalten, um nicht umzufallen. Die beiden Frauenzimmer waren geradezu gelähmt vor Entsetzen, und auch die Jungen konnten vor Furcht kein Wort hervorbringen.

„Was?“, fragte der Koch endlich mit schwacher Stimme. „Ich bitte, Herr“, wiederholte Oliver, „ich möchte noch etwas haben.“

Der Koch gab ihm eins mit dem Löffel über den Kopf, faßte ihn dann am Arm und schrie laut nach dem Kirchspieldiener.

Die Herren Vorstände saßen gerade zusammen bei einer Beratung, als Mr. Bumble in höchster Erregung ins Zimmer stürzte und dem Herren auf dem hohen Stuhl meldete:

„Mr. Limbkins, ich bitte um Verzeihung, Sir, Oliver Twist hat mehr zu essen verlangt.“

Alles fuhr auf. Entsetzen malte sich auf allen Gesichtern.

„Mehr?“, rief Mr. Limbkins. „Kommen Sie zu

sich, Bumble! Antworten Sie mir klar und deutlich. Verstehe ich recht? Er hat mehr gefordert als die ihm von der Vorstandschaft festgesetzte Ration?“

„Jawohl, Sir.“

„Der Bursche kommt noch an den Galgen“, ächzte der Gentleman mit der weißen Weste. „Denken Sie an mich, der Bursche kommt noch an den Galgen.“

Niemand widersprach, und es entspann sich eine lebhaft Diskussion. Auf Befehl der Vorstandschaft wurde Oliver augenblicklich eingesperrt.

(Übersetzt von Gustav Meyrink im Jahr 1914)

VÖLKERKUNDE

Die Venus von Ozeanien

Unter dem Titel „Im Schatten von Venus: Lisa Reihana & Kunst aus dem Pazifik“ zeigt das Hamburger Museum am Rothenbaum Kulturen und Künste der Welt (MARKK, ehemals Völkerkundemuseum) als Sonderausstellung bis zum 4. Oktober eine großflächige Videoinstallation der neuseeländischen Künstlerin Lisa Reihana.

Das digitale Panorama wurde 2017 auf der Biennale in Venedig als einer der Höhepunkte gefeiert und ist nun erstmals in Deutschland zu sehen. Die Arbeit korrespondiert thematisch mit herausragenden historischen Kunstwerken aus der Ozeanien-Sammlung des Hauses. Sie bilden in dieser Schau mit ihrer ungebrochenen Ausstrahlung einen Gegenpol zu dem spielerischen Blickwinkel der Künstlerin, die vor allem die europäische Sicht auf die Kultur der indigenen Bevölkerung des pazifischen Raums kritisch reflektiert. Die Ozeanien-Sammlung des Museums wurde im Rahmen der Handelskontakte Hamburger Kaufleute während der kolonialen Jahrzehnte bis um 1900 zusammengetragen.

Lisa Reihana (geboren 1964) wird als eine der bedeutendsten Künstlerinnen der Gegenwart aus dem pazifischen Raum gehandelt. Sie hat selbst Maori-Vorfahren und verarbeitet in ihrem Schaffen Motive aus der neuseeländischen Geschichte wie die frü-



Südsee-Maske vor Bild-Installation

hen Kontakte zwischen Europäern und den Ureinwohnern Neuseelands sowie der polynesischen Inseln. Für das Panorama ihrer aktuellen Videoinstallation inszenierte sie frühneuzeitliche Begegnungen zwischen Europäern und der indigenen Bevölkerung des pazifischen Raums vor der Kulisse einer französischen Wandtapede aus dem 18. Jahrhundert. Anders als auf der Tapete wird hier jedoch die Rezeption der Pazifikinsulaner nachempfunden, während die Sicht der europäischen Entdecker, Eroberer und Kolonialherren auf eine fremdartige Kultur von „edlen Wilden“ teilweise drastisch ironisierend ins Bild gesetzt wird.

Man achte auf die Doppeldeutigkeit des englischen Originaltitels „In Pursuit of Venus“ (Auf der Suche nach Venus), der auf die ausufernden amou- rösen Eskapaden der Schiffsmannschaften (nicht nur) während der Expeditionsreisen von James Cook anspielt. Ein sehenswertes Zusammentreffen von Traditionen und Überlieferungen mit den künstlerischen Mitteln der Gegenwart. D. Jestrzowski

● Rothenbaumchausee 64, 20148 Hamburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt: 8,50 Euro. Internet: www.markk.de

ZWEITER WELTKRIEG

Italien betätigt sich als „Erntehelfer“

Am 5. Juni 1940 eröffnete die deutsche Wehrmacht die „Schlacht um Frankreich“ und durchbrach dabei auf Antrieb die gegnerische Verteidigungslinie. Damit stand fest, dass die Niederlage der Grande Nation nur noch eine Sache von Tagen war. In dieser Situation beschloss der italienische Diktator Benito Mussolini, sein Land am Krieg zwischen dem Dritten Reich auf



Benito Mussolini Foto: unbekannt

der einen und Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite zu beteiligen. Die entsprechende Erklärung wurde am späten Nachmittag des 10. Juni zunächst ganz konventionell den Botschaftern der beiden Westmächte übergeben. Dem folgte dann am Abend noch eine bombastische Rede Mussolinis vor unzähligen Menschen auf der Piazza Venezia in Rom. Darin kündigte er das Ende des Zustandes der „non belligeranza“, also der „Nichtkriegführung“, an.

Einige Monate zuvor hatte Mussolini Adolf Hitler noch zur Verständigung mit Paris und London bewegen wollen, da er den deutschen Machtzuwachs in Europa fürchtete. Nun aber schien der ideale Moment gekommen zu sein, im Windschatten der siegreichen Wehrmacht Gebietsgewinne zu erzielen. Das führte dazu, dass man in Berlin spöttisch von den italienischen „Erntehelfern“ sprach.

Dabei blieben die 59 Divisionen des italienischen Heeres zunächst aber trotz der Kriegserklärung passiv, während am 14. Juni 1940 deutsche Truppen in Paris einrückten. Italien startete seine Offensive an der Alpenfront erst am 21. Juni – und die blieb sofort stecken. Kurz darauf waren die Kampfhandlungen vorbei. Trotzdem wagte Mussolini es nun, gewaltige Forderungen an Hitler und Frankreich zu stellen. Er verlangte Nizza, Savoyen, Korsika, Tunis, Dschibuti, Syrien und diverse Stützpunkte in Marokko und Algerien sowie die Auslieferung der französischen Mittelmeerflotte mit ihren weit über 100 Einheiten.

Damit biss Mussolini bei Hitler aber auf Granit, denn der wollte den Franzosen keine zu harten Bedingungen auferlegen, um nicht ein Wiederaufflammen des Widerstandes und eine Gefährdung des Waffenstillstandes im Westen zu riskieren. Aufgrund des blamablen Kriegseintrittes von Italien blieb Mussolini nichts weiter übrig, als zurückzustecken und sich mit ganz minimalen territorialen Zugewinnen zufriedenzugeben. Das änderte aber nichts an seinen Großmachtambitionen.

Wolfgang Kaufmann

GRÜNDUNG DER CDU

Konrad Adenauer wurde Kanzler, noch bevor die Bundespartei entstand

Vor 75 Jahren wurde in Berlin die Christliche Demokratische Union gegründet. Erst fünf Jahre später fand in Goslar der erste Bundesparteitag statt

VON KLAUS J. GROTH

Widmet man sich der Gründungsgeschichte der CDU, muss man zwischen der Ost-CDU, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in der Ostzone, und der West-CDU, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den Westzonen unterscheiden. Vor 75 Jahren traten in Berlin Männer wie Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Walther Schreiber und Andreas Hermes mit einem Gründungsauftrag „Deutsches Volk!“ an die Öffentlichkeit. Dieses war die Geburtsstunde der Ost-CDU. Und auch die heutige, gesamtdeutsche CDU sieht sich in dieser Tradition. Auf ihrer eigenen Internetseite heißt es: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) wurde 1945 gegründet.“

Gründungsauftrag vom 26. Juni 1945

Die CDU-Bundespartei entstand hingegen erst auf dem ersten Bundesparteitag vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar. Da lag die Wahl des ersten Bundestages bereits mehr als ein Jahr zurück. Die hatte die als Bundespartei noch nicht gegründete CDU knapp mit 31 Prozent für sich entschieden, Konrad Adenauer war Kanzler geworden.

In Westdeutschland hatten sich schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf lokaler Ebene politische Gruppen gebildet, deren Weltbild sich an

das der katholisch geprägten Zentrums-partei anlehnte. Die katholische Soziallehre und eine konservative Grundhaltung bildeten die Kernmarke. Allerdings öffneten sich diese Gruppen auch evangelischen Christen, wenn auch die Katholiken überwogen. Nicht umsonst gelten die Christdemokraten als die Schwarzen. Bis zum Bundesparteitag 1950 gab es in der Bundesrepublik selbständige Landesverbände. Adenauer kritisierte dieses heftig. Es gelang ihm, die Landesvorsitzenden von einer Vereinigung zu überzeugen. Im Mai 1950 fiel die Entscheidung zur Gründung der Bundespartei, allerdings ohne die bayrische CSU. Vorsitzender der CDU wurde Adenauer.

Adenauer hatte sich für den Tagungsort Goslar stark gemacht, mit der Stadt an der Zonengrenze wollte er ein Zeichen in die DDR senden. Als Leitspruch prangte in goldener Fraktur „Einigkeit und Recht und Freiheit“ auf der Theaterbühne. Adenauer steckte das Feld ab. Gerade jetzt entscheide sich der Kampf zwischen Freiheit und Menschenwürde auf der einen Seite und der Finsternis, der Sklaverei auf der anderen Seite. Dabei stehe Deutschland in vorderster Linie. Die deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee könne einen Beitrag leisten.

Mehrere Redner wiesen im Verlauf des Parteitags auf die Situation der Vertriebenen hin. Dabei wurde betont, nicht Hass oder Rache treibe die Vertriebenen an, sondern ein freies und vereintes Eu-

ropa, in dem sie ihre Heimatgebiete zurückerhielten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen immer noch wachse. Der Staat allein sei mit der Eingliederung überfordert, es bedürfe der Unterstützung durch die eingesessene Bevölkerung.

Worte aus einer anderen Zeit

Die Abschlusskundgebung stellte die neue Partei unter das Motto „Deutschland und der deutsche Osten“. Dabei zeigte sich Kaiser, inzwischen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, überzeugt, die Menschen in der Zone wollten sich von der kommunistischen Herrschaft befreien. Zudem dürften auch die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht vergessen werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auf das ganze Deutschland angewendet werden. In den deutschen Ostgebieten biete sich zwar ein trostloses Bild, aber das werde nicht so bleiben. Die Bundesrepublik müsse die Rückkehr in die alte Heimat vorbereiten.

Heute scheinen dies Positionen aus einer anderen Welt. Aber parteipolitisch begann mit diesem Parteitag eine absolute Erfolgsgeschichte. Keine Partei ist seit Gründung der Bundesrepublik länger in der Regierungsverantwortung als die CDU. Adenauer regierte 14 Jahre, Helmut Kohl 16 Jahre und Angela Merkel ist nunmehr 15 Jahre im Amt. Helmut Schmidt, der Sozialdemokrat mit der

längsten Amtszeit, kam gerade einmal auf acht Jahre. Nur bei der Zahl der Mitglieder wird die CDU auf den zweiten Platz verwiesen.

Für dauerhafte Erfolge mutet sich die Partei seit Adenauers Zeiten einiges zu. Sie bekam das Etikett „Kanzlerwahlverein“ aufgeklebt. Das sitzt fest, damit muss sie leben. Schon der Patriarch Adenauer führte die Partei straff. Tagten Gremien, so berief er zuvor Konferenzen ein, in denen der spätere Ablauf festgelegt wurde. Da blieb dann im Gremium nicht viel außer Abnicken. Das System erwies sich als ausbaufähig. Konservative sind keine Revoluzzer. Wenn Anpassung oder die Aufgabe von Idealen zur Sicherung der persönlichen Zukunft, des Postens, des Mandats oder der Macht dienlich ist, dann gehen die Ideale flugs über Bord. Als Angela Merkel 2015 die Arme weit öffnete, um eine unbegrenzte Zahl von Zuwanderern willkommen zu heißen, da fühlten sich viele in der CDU überrumpelt. Eine heftige Diskussion auf dem Parteitag im Dezember des Jahres wäre zu erwarten gewesen. Irrtum. Es gab stehenden Beifall für die Vorsitzende, neun Minuten lang. Und nach neun Minuten war nur Schluss, weil die so Gefeierte energisch nach Ende der Ovationen verlangt hatte. Die Wähler bewerteten das anders, in den nachfolgenden Wahlen brach die CDU schmerzlich ein. Die Mitglieder der CDU aber blieben auf Kurs. Das ist notwendig, wenn man Partei-Dividende einfahren möchte.



Am Gründungshaus der CDU, Platanenallee 11, in Berlin-Westend: Gedenktafel mit den ersten Sätzen des Gründungsauftrags

Foto: OTFW, Berlin

VON ERIK LOMMATZSCH

VOR 100 JAHREN STARB MAX WEBER

„Politik wird mit dem Kopf gemacht“

Der Soziologe setzte bis heute geltende Maßstäbe. Mit seinem Namen ist der „Idealtypus“ ebenso verbunden wie die These des Zusammenhangs von Protestantismus und kapitalistischer Entwicklung

Als Max Weber am 14. Juni 1920 im Beisein seiner Geliebten Else Jaffé sowie seiner Ehefrau Marianne im Alter von 56 Jahren an einer zu spät erkannten Lungenentzündung starb, hinterließ er ein umfangreiches, vielfach unvollendet oder fragmentarisch gebliebenes Werk, das sich mit Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Herrschaft befasst. Er gilt bis heute als einer der einflussreichsten Soziologen. Über die Grenzen des Faches hinaus werden seine Thesen auch von anderen Disziplinen aufgegriffen. In dem damals erst im Entstehen begriffenen Fach hat er vielfach Pionierarbeit geleistet.

Die Herausgabe hinterlassener Schriften besorgte zunächst seine Witwe. Die kinderlos geliebene Ehe zwischen dem Soziologen und Nationalökonom sowie der Frauenrechtlerin und Publizistin lässt sich wohl am ehesten als enge Freundschaft und Arbeitsbeziehung charakterisieren. 1926 veröffentlichte Marianne Weber eine umfangreiche biografische Arbeit über ihren Mann. Die maßgebliche wissenschaftliche Edition, die „Max Weber-Gesamtausgabe“, die nahezu 50 Bände umfassen wird, soll in diesem Jahr, zum 100. Todestag des Gelehrten, abgeschlossen werden.

Geboren wurde Weber am 21. April 1864 in Erfurt. Großbürgerlichen Handelsfamilien entstammten beide Elternteile. Die Mutter war hugenottischer Herkunft, der Vater wirkte später als Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Deutschen Reichstags für die Nationalliberalen. Max Weber studierte Jura. In Berlin wurde er 1889 über Handelsgesellschaften im Mittelalter promoviert, 1892 habilitierte er sich für Römisches Staats- und Privatrecht sowie Handelsrecht. 1894 wurde er in Freiburg Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, 1897 wechselte er nach Heidelberg. Nachdem seine Lehrtätigkeit krankheitsbedingt bereits reduziert worden war, gab er diese 1903 vollständig auf.

Erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges unterrichtete er wieder, aus finanziellen Gründen. Das tat er zunächst in Wien. 1919 erfolgte der Ruf als Nachfolger von Lujo Brentano nach München. Weber übernahm den Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie. In der bayerischen Hauptstadt ist er auch gestorben.

Gegen billige Arbeiter aus dem Osten

1892 hatte er die Studie „Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland“ veröffentlicht. Die Arbeit gilt als Abkehr Webers von der Rechtswissenschaft und als Hinwendung zur Nationalökonomie. Ausgewertet wurden Ergebnisse der Landarbeiter-Enquête des „Vereins für Socialpolitik“, dem Weber angehörte. Er stellte fest, dass der Agrarkapitalismus die patriarchalischen Strukturen verdrängte. Folge sei die Abwanderung der Landarbeiter in die Industriebezirke in Richtung Westen oder sogar die Auswanderung. Im Interesse der Gutsherren liege es nun, billige Arbeiter anzuerwerben, dies waren oftmals polnische Kräfte.

Weber plädierte in den 1890er Jahren für staatliche Gegenmaßnahmen, die zur Ansiedlung von deutschen Bauern und Landarbeitern führen sollten. Seine Apelle im Sinne des starken deutschen Nationalstaates waren allerdings auch mit der Forderung nach inneren Reformen des Kaiserreichs verbunden. Die traditionellen Eliten seien durch das Bürgertum abzulösen, die Arbeiterschaft als Partner zu betrachten und die Parlamentarisierung voranzutreiben.

Der Kapitalismus sollte zentrales Thema seiner Studien werden. 1904 hatte Weber gemeinsam mit Werner Sombart und Edgar Jaffé – dem Ehemann der Geliebten, die später an seinem Sterbebett zugegen sein sollte – die Redaktion



1917 auf einer der beiden Kulturtagungen auf der oberfränkischen Burg Lauenstein, die der Verleger Eugen Diederichs zur geistigen Neuorientierung nach dem Krieg organisiert hatte: Max Weber
Foto: akg images

des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ übernommen. Dieser Zeitpunkt gilt als Beginn von Webers Beschäftigung mit den Grundlagen seines Faches und seiner disziplinübergreifenden Untersuchungen.

Methodisch wird mit Weber der „Idealtypus“ verbunden. Um zu Erkenntnissen zu gelangen, werden dabei bestimmte Merkmale eines Phänomens mittels eines theoretischen Modells „idealtypisch“ übersteigert. Herrschaft unterteilte er in drei Formen: „traditionale“, „charismatische“ und „legale“. Im Zuge seiner Begriffsdefinitionen wies Weber auf den Unterschied von Macht und Herrschaft hin: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht. Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.“

Weber, der selbst zu politischen Fragen Stellung bezog und damit persönliche Urteile äußerte, betonte die Notwendigkeit der Werturteilsfreiheit einer nach Erkenntnis strebenden Wissenschaft. Für ihn galt: „Der Politiker muß Kompro-

misse machen – der Gelehrte darf sie nicht decken.“

Abseits der abstrakten methodischen Überlegungen und Postulate wird vor allem der von Weber hergestellte Zusammenhang von Protestantismus und kapitalistischer Entwicklung als Meilenstein angesehen. Herausgearbeitet hat er die Gründe für den „okzidentalen Rationalismus“, das heißt die Entwicklung des Westens mit seinen Differenzierungen und dem Aufbau bürokratischer Strukturen im Unterschied zu anderen Teilen der Welt.

Weber blieb stets am nationalen Machtstaat orientiert, das „persönliche Regiment“ Kaiser Wilhelms II. lehnte er

„Entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß“

Max Weber

ab. Das Parlament betrachtete er als Ort der Auslese von geeigneten Führungspersönlichkeiten. Der Begriff des „Charisma“ spielte bei ihm zunehmend eine größere Rolle.

Für Bürger statt traditioneller Eliten

Nach dem Ersten Weltkrieg wirkte er an den Beratungen über die künftige Verfassung unter Hugo Preuß mit und engagierte sich für die Deutsche Demokratische Partei (DDP). Ein aus dieser Zeit stammender Versuch, in die praktische Politik zu wechseln, scheiterte. Doch hielt er im Winter 1919 in München einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema „Politik als Beruf“. So wie viele seiner Überlegungen für die Sozialwissenschaften weiterhin aktuell und richtungweisend sind, findet sich in diesem Vortrag manches, das den Vertretern der Legislative und Exekutive von heute zu denken geben könnte. Weber macht darauf aufmerksam, dass es zwei Arten von Berufspolitikern gebe. Die einen lebten „für“ die Politik, die anderen „von“ der Politik. Und er unterscheidet zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik: „Politik wird mit dem Kopf gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.“

ALEXANDER KERENSKIJ

„Der Mann, der Russland ruiniert hat“

Der von russischen Emigranten in New York als „der Mann, der Russland ruiniert hat“ Gescholtene, Alexander Kerenskij, war der Führer der Provisorischen Regierung in St. Petersburg, die sich nach der Februarrevolution von 1917 gebildet hatte. Er war jemand, der Gutes wollte und Böses schuf.

Alexander Kerenskij, am 4. Mai 1881 als Sohn eines Gymnasialdirektors in Simbirsk geboren, war einer, dem scheinbar alles gelang. Es fiel ihm leicht, Menschen für sich zu gewinnen, wobei ihm Redegewandtheit und sein schauspielerisches Talent halfen.

Schon früh zog es Kerenskij in die Politik. Nach dem Jura-Studium in Petrograd verteidigte er im Sommer 1906 als 25-jähriger Anwalt Gegner des Zaren. 1912 schaffte er den Sprung in die vierte Staatsduma als Vertreter der Arbeiterpartei Trudowikow. In der Duma stach er durch seine Rhetorik und diplomatisches Geschick hervor. Nach der Februarrevolution 1917 wurde Kerenskij erst Justizminister der Provisorischen Regierung und nach einer Neuorganisation derselben am 21. Juli Ministerpräsident. Die Regierung, der Kerenskij angehörte, war eine liberal-sozialistische Koalition unter Ausschluss der Bolschewiken.

An der Macht war dem erfolgsverwöhnten Kerenskij wenig Glück beschieden. Es gelang ihm weder, die fortschreitende Revolution unter Kontrolle zu bringen, noch, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Brot, der Bauern nach Land oder die der ermüdeten Soldaten nach Frieden zu befriedigen. Stattdessen gab er sich der Illusion hin, dass das Volk nach einer Liberalisierung der Regierung aus nationalem Ehrgefühl einen siegreichen Krieg fortsetzen wolle.

Er unterschätzte völlig, welche Gefahr ihm seitens der Bolschewiki drohte. Am 1. September erklärte Kerenskij Russland zur Republik, und schon am 7. November 1917 musste er vor seinen Gegnern fliehen. Ab 1918 lebte er in London. 1940 wanderte Kerenskij in die USA aus. Von New York aus betrieb er antisowjetische Propaganda. Er lehrte an verschiedenen Universitäten, schrieb Bücher über die Russische Revolution, historische Abhandlungen und seine Memoiren. Er starb dort vor 50 Jahren am 11. Juni 1970.

Zuweilen wird Kerenskij mit Michail Gorbatschow verglichen. Beide Juristen konnten ihre politischen Ziele nicht verwirklichen. Beide gelten als Zerstörer ihres Landes. Kerenskij wurde vorgeworfen, nach dem Putschversuch des von ihm zum Obersten Befehlshaber der Armee ernannten Generals Lawr Kornilow nach links abgetrieben zu sein und so Russland wieder in den Ruin getrieben zu haben.

Manuela Rosenthal-Kappi



Vor 50 Jahren gestorben: Der charismatische Alexander Kerenskij

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer grün ist, der ist auch links. Und natürlich alles andere als ein Nazi. So lautet zumindest die Selbstwahrnehmung der Grünen. Doch der Blick auf die Traditionslinien ihrer Ideologie und das Gründungspersonal der Öko-Partei offenbart ein etwas differenzierteres Bild.

In der grünen Weltanschauung finden sich auffällig viele Überschneidungen mit dem Denken der Nationalsozialisten: Unbehagen an der Moderne beziehungsweise Fortschritts- und Technikfeindlichkeit, Lobpreisung, ja Mystifizierung der „unberührten“ Natur, ein Faible für Vegetarismus oder zumindest „gesunde“ Ernährung, der Kult um regionale Produkte und Biolandwirtschaft sowie das Interesse an nachwachsenden Rohstoffen und alternativen Energien.

Der erste große Windkraftanlagenhersteller Deutschlands war die Ventimotor GmbH in Weimar. Diese Firma wurde 1939 gegründet – und zwar von keinem Geringeren als dem Thüringer NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel, dem Walther Schieber, ein Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler, zur Seite stand. Das Unternehmen produzierte Anlagen, die auch deutschen „Wehrbauern“ in den eroberten Ostgebieten Strom liefern sollten. „Reichskrafttürme“ hießen die Windräder damals. Über die durch Wind erzeugte Energie schrieb das offizielle Parteiorgan der NSDAP „Völkischer Beobachter“, sie werde „eine völlige Umwälzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen“.

Sauckel und Schieber waren nicht die einzigen NS-Exponenten mit Öko-Hang. Innerhalb der nationalsozialistischen Partei gab es sogar einen regelrechten „grünen Flügel“, zu dem auch der SS-Chef und Herr über die Konzentrations- und Vernichtungslager, Himmler, der Reichsbauernführer und Ernährungsminister Walther Darré, der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß sowie der Minister für Bewaffnung und Munition Fritz Todt gehörten.

Himmler war besonders „grün“

Des Weiteren zeugen die vielfältigen Verbots- und Reglementierungsphantasien der Grünen, welche streckenweise wahrhaft totalitärer Natur sind, von einer autoritären Grundhaltung: Wenn das Volk nicht so will, wie es soll, dann wird im Interesse der „guten Sache“ Zwang ausgeübt. Man denke an die Rufe nach Sanktionen wegen angeblich klimaschädlicher Verhaltensweisen. Oder die endlose Liste der Verbotswünsche der Grünen, welche keinen Zweifel offenlassen, welcher Geist hier weht. Das alles geht sogar noch über die umfassende Gesetzgebung des NS-Re-



Die CSU hatte ihm nach dem Krieg die Tür gewiesen: August Haufleiter (2. v. l.) im März 1980 neben der damaligen Grünen-Ikone Petra Kelly

Foto: pa

PARTEIGESCHICHTE

Die braunen Wurzeln der Grünen

Nicht nur ideell nahmen die Nationalsozialisten vieles vorweg, was die Ökopartei später übernahm. Auch personell zeigen sich verblüffende Kontinuitäten

gimes in puncto Natur- oder Umweltschutz – maßgeblich initiiert vom Reichsjäger- und Reichsforstmeister Hermann Göring – hinaus.

Ebenso wie 1945 jedwede ernsthafte Zäsur ausblieb, was die Kernsubstanz des grünen Denkens betraf, so gab es auch personelle Kontinuitäten. Hierfür drei besonders prägnante Beispiele.

Werner Vogel kandidierte 1980, also noch im Gründungsjahr der Partei, sowohl bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als auch bei der Bundestagswahl für die Grünen. Dabei war der Jurist, welcher sich später vehement für die Legalisierung von Sex mit Kindern einsetzte, in der NS-Zeit Sturmführer in der SA und hatte 1933 die Aufnahme in die NSDAP beantragt, welche 1938 vollzogen wurde. Der grün-alternative Altnazi mit einem fatalen Hang zur Pädophilie flog erst 1983 auf – formell aus der Partei ausgeschlossen wurde er jedoch nie.

August Haufleiter alias Karl Konstantin gehörte nach 1945 zuerst der CSU und dann den rechtsextremen Parteien Deutsche Union sowie Deutsche Gemeinschaft an, bevor er ins Lager der Grünen wechselte und 1980 zu deren Vorstandssprecher avancierte, wonach 1986 der Einzug in den bayerischen Landtag folgte.

Seine Karriere als Kriegsberichterstatter war hierbei ebenso wenig ein Hindernis wie die im Rahmen dieser Tätigkeit erworbene pathetische Rhetorik, welche sich vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches unter anderem in propagandistischen Tiraden im Geiste des Nationalsozialismus geäußert hatte. Kein Vergleich also mit dem Vorgehen der CSU, die Haufleiter 1947 das Landtagsmandat entzog, nachdem der Inhalt seines Buches „An der mittleren Ostfront. Ein deutsches Korps im Kampf gegen die Sowjets“ von 1942 publik geworden war. Baldur Springmann wiederum gehörte so-

gar zu den bekanntesten Gesichtern aus der Frühzeit der Grünen. Der rauschebärtige Öko-Bauer war früher ebenfalls Mitglied von SA und NSDAP sowie auch SS-Bewerber gewesen. Trotzdem reüssierte Springmann bei den Grünen: 1978 als Mitbegründer der Grünen Liste Schleswig-Holstein und 1980 als einer derjenigen, welche dann die Bundespartei Die Grünen aus der Taufe hoben. Er verließ die von ihm mitgeschaffene Partei allerdings schon wenige Monate später wegen der zunehmenden Dominanz der Linken im Vorstand und gründete die Ökologisch-Demokratische Partei. Seine Ideen kursieren aber trotzdem noch bis heute innerhalb des grünen Ideenkosmos: So geht der Ruf nach regional produzierten Bio-Produkten letztlich auf Springmann zurück.

Trittin: „Erhebliche Schnittmengen“

In Reaktion auf all dies schrieb der damalige Bundesminister für Umwelt, Natur-

schutz und Reaktorsicherheit sowie frühere Bundesvorstandssprecher der Grünen, Jürgen Trittin, 2003 in seinem Aufsatz „Naturschutz und Nationalsozialismus – Erblast für den Naturschutz“: „Es gab eine sehr erhebliche ideologische Schnittmenge“ und „zahlreiche Berührungspunkte“ zwischen den Braunen und den Grünen, wobei Trittin im Falle der Letzteren freilich nur verschämt von „Naturschützern“ spricht.

Dem folgte als Trittins Fazit: „All das mag ... unangenehm sein – aber es ist die historische Wahrheit.“ Leider wird diese Wahrheit heutzutage weitgehend ignoriert, während man sonst keine Gelegenheit auslässt, jedwede gesellschaftliche Institution der Bundesrepublik vom Apothekerverband bis zum Bund der Zollbeamten zur „Vergangenheitsbewältigung“, sprich Distanzierung von tatsächlichen oder herbeihalluzinierten „braunen Wurzeln“ zu nötigen.

GENDER-POLITIK

Männerfrei – aber mit „drittem Geschlecht“

Der Frauensport gerät in die Mühlen der Ideologie: „Transpersonen“ laufen ihren Mitspielerinnen buchstäblich davon

Bereits zum achten Mal wurden am 26. Mai in ganz Deutschland Veranstaltungen zum sogenannten Diversity-Tag durchgeführt. Trotz der Corona-Restriktionen beteiligten sich mehr als 700 Organisationen an bundesweit mehr als 1.500 Aktionen. Für den öffentlich-rechtlichen Sender rbb war der „Tag der Vielfalt und Buntheit“ Anlass, über den Berliner Fußballverein DFC Kreuzberg zu berichten.

Der 2012 gegründete Verein steht nach eigenen Angaben offen für „alle Frauen“, Lesben, Trans*- und Inter*-Personen (FLTI*-Personen), die Fußball spielen wollen“. Der DFC Kreuzberg spielt mit zwei Teams in Berlins Landes- und Bezirksliga. Als bundesweite Ausnahme erlaubt der Berliner Fußball-Verband als

Dachorganisation aller Fußballvereine in der Hauptstadt, dass pro Mannschaft auch eine Person des „dritten Geschlechts“ mitspielen darf.

Zweifel am Geschlecht

Welche Probleme mit der geschlechtlichen Vielfalt speziell im Profisport verbunden sind, zeigt der Fall Mokgadi Caster Semenya. Bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 gewann Caster Semenya den 800-Meter-Lauf der Frauen mit deutlichem Vorsprung vor der Konkurrenz. Eine Reihe von Rekorden und Siegen bei Weltmeisterschaften, bei Afrikameisterschaften, Commonwealth-Games und Olympischen Spielen folgten. Parallel zu diesen sportlichen Erfolgen zog sich über

Jahre aber auch eine Auseinandersetzung vor dem Internationalen Sportgerichtshof und anderen Gerichten hin. Bereits im Vorfeld der Berliner WM von 2009 waren in Sportlerkreisen Zweifel am Geschlecht von Semenya aufgekommen.

Bei den Gerichtsverhandlungen ging es im Kern um die Frage, ob sogenannte hyperandrogene Athletinnen einen signifikanten Leistungsvorteil gegenüber Sportlerinnen mit normalen weiblichen Testosteronwerten haben. Der Leichtathletik-Weltverband, die „International Association of Athletics Federations“ (IAAF), hat im Laufe der Jahre mehrmals versucht, Grenzwerte für körpereigenes Testosteron festzusetzen, um die Integrität der Frauen-Leichtathletik zumindest

in bestimmten Disziplinen zu bewahren. Die Tennislegende Martina Navratilova äußerte schon vor einiger Zeit ganz generelle Zweifel, ob es mit dem Gedanken der sportlichen Fairness vereinbar ist, wenn Transgender-Sportlerinnen bei Wettkämpfen im Frauensport antreten.

Navratilova: „Das ist nicht fair“

Die neunmalige Wimbledonssiegerin positionierte sich auch klar gegen das Einnehmen von Medikamenten, die den Testosteronspiegel senken sollen. Die US-Amerikanerin sagte, ein Mann könne sich dafür entscheiden, weibliche Hormone zu nehmen, wenn es von der Sportorganisation verlangt wird, alles gewinnen, ein kleines Vermögen verdienen und danach

die Entscheidung treffen, alles rückgängig zu machen und danach auch wieder Kinder zu zeugen, wenn er dies wünsche. Zudem äußerte Navratilova, sie möchte im Sport nicht gegen eine Transgender-Person antreten: „Ein Mann entwickelt von Kindesalter an mehr Muskeln, eine höhere Knochendichte und mehr sauerstofftransportierende rote Blutkörperchen. Das ist nicht fair.“

Mit dieser Meinung zog Navratilova viel Kritik aus der Transgender-Gemeinschaft auf sich. Heftige Reaktionen kamen auch von der Bahnradsport-Weltmeisterin Rachel McKinnon. Die kanadische Transgender-Aktivistin war im Jahr 2018 die erste Transfrau, die Weltmeisterin im Bahnradsport wurde. Norman Hanert



SAMLAND

Palmnicken wartet auf Urlauber

Ausgezeichnet: Die Strände der Stadt erhalten seit Jahren die begehrte Blaue Flagge

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Gestrichene Flüge, Quarantänemaßnahmen und unklare Aussichten bedrohen die diesjährige Sommersaison. Die Strände im nördlichen Ostpreußen bereiten sich dennoch auf Urlauber vor, besonders das Samland mit seinen beiden ausgezeichneten Stränden von Palmnicken. Wie in den Vorjahren haben sie auch in diesem Jahr wieder die Blaue Flagge erhalten, das begehrte internationale Zertifikat, das für die besondere Qualität eines Strandes steht. Diese Auszeichnung tragen die Ostseestrände von Palmnicken schon das fünfte Jahr in Folge. Beide Strände, einer in der Nähe des Becker-Parks und der andere in der Nähe der Grube Anna, konnten trotz der Quarantänebedingungen ihr Qualitätsniveau halten. Es kostet die Stadt umgerechnet rund 98.000 Euro, ihre Strände entsprechend der Kriterien für die Auszeichnung auszurüsten.

Neben den beiden Stränden mit einer Länge von etwa einem halben Kilometer wird an einem Süßwassersee direkt am Meer ein separater Strand für Kinder eröffnet, der ebenfalls mit allem Notwendigen ausgestattet ist: Sonnenliegen, Umkleieräume und Toiletten. Palmnicken erfreut sich Jahr für Jahr steigender Besucherzahlen. Der Strand ist einer der breitesten in der Region. Vielleicht können nur einige Strände der Kurischen Nehrung damit konkurrieren.

Die Blaue Flagge ist eine internationale Auszeichnung, die seit 1987 jährlich an Strände vergeben wird, die hohe Anforderungen an Sicherheit, Umwelt und touristische Dienstleistungen erfüllen. Erstmals wurde der Strand von Palmnicken 2016 mit der Blauen Flagge ausgezeichnet. Es war der erste Strand in der Russischen Föderation, dem dieser Status offiziell zuerkannt wurde. Als Heimatland der Blauen Flagge gilt Frankreich, wo die erste Auszeichnung 1985 verliehen wurde. Die Nominierung für die Blaue Flagge wird von der Foundation for Environmental Education (FEE), einer



Noch herrscht gähnende Leere dort, wo sich sonst Touristen sonnen: Strand in Palmnicken

Foto: J.T.

gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation, verwaltet. Die Stiftung besteht aus 65 Organisationen in 60 Ländern, die Europa, Afrika, Ozeanien, Asien, Nord- und Südamerika vertreten. Im Jahr 2009 wurde die Blaue Flagge an mehr als 3450 Strände und Anlegestellen vergeben. In der Russischen Föderation (RF) haben jedoch nur die Strände von Palmnicken diesen Status. Kein Wunder also, dass Palmnicken nicht nur bei Russen beliebt, sondern auch bei Reisenden aus anderen Teilen der Welt bekannt ist.

Die Stadt bleibt optimistisch und hofft, dass die Sommersaison Anfang Juni beginnen wird, vorausgesetzt, dass die Beschränkungen für den Verkehr zwischen den Regionen der RF aufgehoben werden und Gäste aus der russischen Hauptstadt wieder an die Ostseeküste fliegen können. Die Lage ist jedoch nach wie vor sehr unklar, und die Aussichten für den Tourismus im Königsberger Gebiet sind in dichten

Nebel gehüllt. Der regionale Tourismusminister Andrej Jermak plant, die Region ab 1. Juni für Touristen zu öffnen. Selbst nach den optimistischsten Prognosen wird der Touristenstrom allerdings nur auf die Hälfte der Zahlen des vergangenen Jahrs geschätzt: Es wird lediglich mit 900.000 Gästen gerechnet.

Die folgenden Faktoren werden darüber entscheiden, wie die Saison verlaufen wird: Erstens, wann wird die obligatorische Quarantäne für in der Region ankommende Passagiere aufgehoben? Schließlich fühlt sich niemand davon angezogen, nach seiner Ankunft zwei Wochen in Isolation verbringen zu müssen. Zweitens bleibt vorerst nur der Flugverkehr bestehen, was zu einem erheblichen Anstieg der Ticketpreise führt. Zudem sind die Seebäder selbst für die Bürger Königsbergs gesperrt. Vertreter der Tourismusbranche vermuten, dass der Tourismus tatsächlich erst im

Juli möglich sein wird. In diesem Fall werden sich die Vorlieben der Urlauber ändern. Zunächst wird die größte Nachfrage nach Einzel- und Familienreisen, Unterbringung in einzelnen Wohnungen oder Appartements bestehen, um übermäßige soziale Kontakte mit anderen Gästen von Hotels und Ferienhäusern zu vermeiden. Zudem ist das Einkommen der Russen drastisch gesunken, sodass trotz des leidenschaftlichen Wunsches, irgendwohin zu fahren, viele sparen müssen. Zusätzlich müssen die Urlauber mit Preiserhöhungen rechnen. Das hat auch etwas mit den neuen Abstandsregeln zu tun: Die Hotels werden nicht die übliche Anzahl von Gästen aufnehmen, und die Verkehrsmittel werden nur die Hälfte der Gäste befördern dürfen. Und natürlich hoffen alle sehr, dass das Königsberger Gebiet in diesem Jahr auch Touristen aus dem Ausland begrüßen kann.

MELDUNGEN

Mehr Arbeitslose

Allenstein – Ende April waren im südlichen Ostpreußen 51.483 Arbeitslose registriert, 3262 mehr als im März, das ist ein Anstieg um 6,8 Prozentpunkte. Die Woiwodschaft Ermland und Masurien hat die höchste Arbeitslosenquote der Republik Polen. Der höchste prozentuale Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde im Kreis Deutsch Eylau mit 17,2 Prozent (295 Personen) verzeichnet. In Allenstein waren es 12,7 Prozent (339 Personen), in Lötzen 9,4 Prozent (157 Personen), in Lyck 8,7 Prozent (312 Personen) und in Elbing 8,4 Prozent (230 Personen). Es gab auch weniger Stellenanzeigen. „Im April wurden 2179 Stellenangebote gemeldet. Das sind 33,4 Prozent weniger als im März“, sagte Zdzisław Szczepkowski, Direktor des Woiwodschaftsarbeitsamtes in Allenstein. „Wie die Situation auf dem Arbeitsmarkt aussehen wird, zeigt sich im Sommer, weil die Unternehmen, die jetzt den Anti-Krisen-Schutzschild nutzen, einen Mitarbeiter drei Monate lang nicht entlassen dürfen.“ Derzeit gibt es etwa 960.000 Arbeitslose im Land und die Arbeitslosenquote beträgt 5,7 Prozent. E.G.

Neuer Kajak-Weg

Guttstadt – Auf der Alle entsteht ein neuer Kajak-Weg. Es handelt sich um einen 17 Kilometer langen Abschnitt zwischen dem Leimangel-See und Guttstadt. Der Bürgermeister von Guttstadt, Jaroslaw Kowalski, möchte dort an verschiedenen Stellen Haltevorrichtungen für Kajaks einrichten. „Schaffen wir hier einen schönen Mittelpunkt, und dank der Initiative der Wassersportler erfolgt bereits der Bau eines Kajak-Weges. Wir werden hier einen guten Ort zur Erholung haben.“ Die feierliche Eröffnung der Wasserstraße hängt jedoch von der Dauer der Begrenzungen wegen der Coronapandemie ab. PAZ

KÖNIGSBERG

Auf der Dirschauer Straße rollt der Verkehr wieder

Fertigstellung nach einem Jahr Bauzeit: Eine der Hauptzufahrtstraßen wurde modernisiert und erweitert

Im Zentrum Königsbergs ist die lang erwartete Instandsetzung einer der wichtigsten Hauptstraßen, der Dirschauer Straße [Kiewskaja], abgeschlossen. Obwohl der Wiederaufbau auf einem nur 635 Meter langen Straßenabschnitt durchgeführt wurde, dauerten die Arbeiten etwa ein Jahr.

Die Grundsanierung des Abschnitts der Dirschauer Straße vom Straßenbahndepot bis zur Kreuzung Österreichische Straße [prospekt Kalinina] begann im vergangenen Sommer und hörte auch in den Wintermonaten und während der Quarantäneregeln nicht auf. Trotz der relativ geringen Länge der Straße gestaltete sich die Arbeit nicht einfach. Es war nicht unmöglich, die Straße vollständig für den Verkehr zu sperren und den größten Teil der Stadt vom Zentrum abzuschneiden, da es nur drei Straßen gibt, die

das Zentrum mit dem ehemaligen baltischen Bezirk verbinden, und die Dirschauer Straße eine davon ist.

Jetzt ist der Straßenabschnitt wieder vollständig für den Verkehr freigegeben, und die Veränderungen sind bedeutend. Zunächst einmal wurde die Straße zu einer vierspurigen ausgebaut mit einer zusätzlichen Fahrspur auf der linken Seite. Die Straßenbahnschienen wurden bündig mit der Fahrbahn abgesenkt und anstelle von Schwellen auf einen leistungsfähigen Betonsockel gelegt sowie mit porösem Gummi überzogen, um Vibrationen und Lärm zu reduzieren. Zweitens wurde eine Kopfsteinpflasterbrücke an der Kreuzung mit der Österreichischen Straße in der Nähe des zentralen Busbahnhofs entfernt. Zäune, klare Markierungen, neue Ampeln und Verkehrsschilder werden nun auf diesem stark befahrenen Straßenabschnitt instal-



Breiter, schöner, moderner: Umgebauter Abschnitt der Dirschauer Straße Foto: J.T.

liert, was die Straße für Autofahrer und Fußgänger sicherer machen soll. Während der Bauphase gab es auch Überraschungen:

Im Laufe der Arbeiten wurden Abschnitte von technischen Netzen entdeckt, die bislang auf den Plänen nirgends verzeichnet

waren. Eine Entdeckung war zum Beispiel der Regenschacht unter der Eisenbahnbrücke, der vor mehreren Jahrzehnten von der Kanalisation abgekoppelt worden und in Vergessenheit geraten war. Der Brunnen wurde erfolgreich in das neue Regenwasserableitungssystem integriert.

Entlang der erneuerten Strecke und unter der Eisenbahnbrücke wurden mehrere Dutzend Lampen ersetzt, das Stromnetz über der Straße und der Kreuzung wurde vollständig erneuert. Die Gesamfläche des neuen Asphaltbelags auf der Straße, den Bürgersteigen und der Kreuzung betrug etwa 14.000 Quadratmeter. Die Kosten belaufen sich auf umgerechnet rund 3,5 Millionen Euro. Die Eröffnung dieser Magistrale war ein freudiges Ereignis für viele tausend Königsberger, die gezwungen sind, sie jeden Tag zu benutzen. J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Wedler, Richard, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Borriß, Anna, geb. Niedzella, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni
 Gorriahn, Irmgard, geb. Stamm, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 123, am 8. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schiborr, Anne, aus Tilsit, am 10. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bertuleit, Martha, geb. Priekuln, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni
 Brzoska, Robert, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
 Klisch, Gertrud, geb. Jeschonnek, aus Treuburg, am 5. Juni
 Koos, Liesbeth, geb. Döliniski, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 11. Juni
 Scherf, Gertrud, geb. Sawetzki, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 10. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bondzio, Ilse, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 8. Juni
 Bromm, Karl-Heinz, aus Prosten, Kreis Lyck, am 9. Juni
 Franke, Waltraut, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 10. Juni

Gödeke, Edith, geb. Arminski, aus Stadt Rastenburg, am 10. Juni
 Klaproth, Else, geb. Kunzat, aus Ebenrode, am 8. Juni
 Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni
 Schiwiora, Erika, geb. Lemke, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 8. Juni
 Schmidt, Anna Elisabeth, geb. Tresp, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni
 Vosgerau, Hildegard, geb. Meya, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böttcher-Jodeit, Gerda, geb. Jodeit, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
 Czabania, Lieselotte, geb. Hasenpusch, aus Lyck, Morgenstraße 34, am 10. Juni
 Hellwaß, Martha, geb. Rattay, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
 Ilbertz, Herta, geb. Reichert, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni
 Thiede, Erika, geb. Hoffmann, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brejora, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Juni
 Gegner, Elsbeth, geb. Bobel, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 8. Juni
 Niewierr, Alfred, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 10. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartöck, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni
 Becker, Charlotte, geb. Oneßeit, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Juni

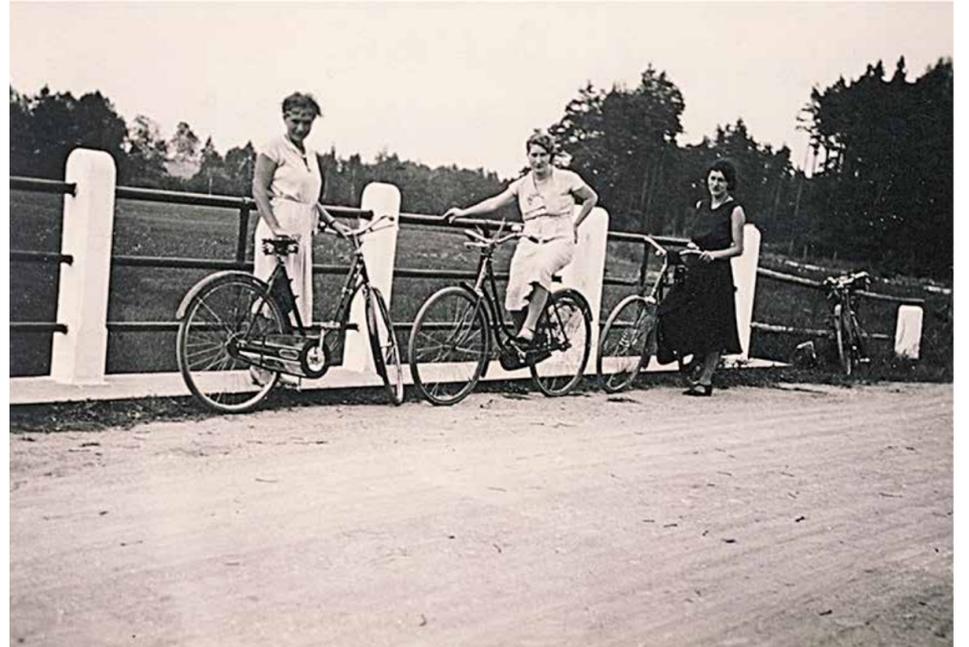
Danielzik, Edith, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 9. Juni
 Fisher, Ursel, geb. Körber, aus Lyck, am 10. Juni
 Ganser, Ruth, geb. Kecker, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
 Lapschies, Werner, aus Ebenrode, am 9. Juni
 Markert, Margarete, geb. Kutzborski, aus Neidenburg, am 7. Juni
 Nath, Horst, aus Neidenburg, am 8. Juni
 Reinoss, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni
 Ruck, Walter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
 Schwanengel, Edith, geb. Schirwa, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 9. Juni
 Sillack, Margot, geb. Mikus, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Juni
 Sperber, Erich, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 11. Juni
 Tauscher, Vera, geb. Grawitter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
 Tell, Dr. Irmhilt, geb. Wagenführ, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 6. Juni
 Wallat, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adam, Walter, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Juni
 Borawski, Gerhard, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 9. Juni
 Borchert, Herbert, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
 Dombrowski, Hildegard, geb. Henning, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Juni
 Dürr, Sofie, geb. Merk, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 6. Juni
 Ernst, Erwin, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juni
 Frigge, Siegfried, aus Wehlau, am 7. Juni
 Janke, Charlotte, geb. Moyseszik, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Juni
 Jucknat, Günther, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Juni
 Könemann, Ilse, geb. Perkuhn, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni
 Kruse, Erika, geb. Kuhn, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 11. Juni
 Näther, Brigitte, geb. Naraschewski, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Juni
 Paul, Inge, geb. Schlemminger, aus Lissau, Kreis Lyck, am 6. Juni
 Rohde, Reinhold, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
 Schäfer, Hildegard, geb. Spodeck, aus Treuburg, am 6. Juni
 Schumann, Edeltraut, geb. Grieser, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni
 Thimm, Jürgen, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
 Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bilic, Lotte, geb. Romanowski, aus Millau, Kreis Lyck, am 8. Juni
 Dunkel, Veronika, geb. Beck, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Juni
 Fabri, Gertrud, geb. Libuda, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
 Handke, Ingrid, geb. Gröbert, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
 Hansen, Jens, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode und aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 9. Juni



Rückblende Das Frühjahr und der Sommer sind die Zeit der Ausflüge ins Grüne. Auch im alten Ostpreußen zog es die Menschen an freien Tagen in die Natur. Dieses Bild aus dem Jahre 1932 zeigt die Teilnehmerinnen einer sonntäglichen Radtour nach Lentzien im Kreis Ortelsburg. Die Aufnahme zeigt vermutlich die Brücke der Reichsstraße 128 beim Ortelsburger Schützenhaus. Foto: Bildarchiv Ostpreussen

Harden, Edeltraut, geb. Soppa, aus Kielen, Kreis Lyck, am 9. Juni
 Herold, Rosemarie, aus Cojehnen, Kreis Fischhausen, am 10. Juni
 Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
 Kramer, Rosemarie, geb. Bialluch, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 9. Juni
 Krüger, Irma, geb. Räse, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 6. Juni
 Lattko, Heinz, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 8. Juni
 Liebetrud, Erika, geb. Breitmayer, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juni
 Palme, Edith, geb. Kasper, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. Juni
 Rach, Ingeborg, geb. Ortlepp, aus Allenstein und Gumbinnen, am 7. Juni
 Schwiderowski, Helene, geb. Renner, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 6. Juni
 Seigies, Edith, geb. Dübus, aus Diebahren, Kreis Treuburg, am 5. Juni
 Tautz, Elli, geb. Packhäuser, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. Juni
 Walendy, Lisa, geb. Honek, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 10. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bluhm, Siegrid, geb. Gaschk, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. Juni
 Carli, Remo, aus Lyck, am 6. Juni
 Hillbrunner, Siegfried, aus Langheide, Kreis Lyck, am 6. Juni
 Dowideit, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
 Gieseler, Gernot, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
 Götz, Hannelore, geb. Krispin, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. Juni
 Hose, Renate, geb. Skubich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 5. Juni
 Iwanowski, Erich, aus Lyck, am 6. Juni
 Kanngießner, Helga, geb. Rasokat, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 7. Juni
 Kownatzki, Erna, geb. Szislewski, aus Klein Eppingen, Kreis Neidenburg, am 11. Juni
 Lawrenz, Anneliese, geb. Gudat, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Juni
 Meding, Brigitte, geb. Riznik, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni

Müller, Maria, geb. Lorenz, aus Hohenschanz, Kreis Ebenrode, am 11. Juni
 Nikoleyzyk, Irmgard, aus Lyck, am 8. Juni
 Pipin, Dieter, aus Tilsit, am 10. Juni

Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dzugga, Reinhold, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. Juni
 Franzke, Rosemarie, geb. Truschkowski, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 7. Juni
 Herrmann, Edeltraud, geb. Statz, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 10. Juni
 Klostermeyer, Klaus, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 6. Juni
 Kramp, Johannes, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 8. Juni

Krauß, Gisela, geb. Rekat, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
 Limberg, Ilse, geb. Kretzing, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
 Neumann, Günter, aus Königsberg, am 10. Juni
 Neyenhuys, Ursula, geb. Kaffka, aus Lyck, am 9. Juni
 Pawlowski, Peter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
 Schatull, Rosemarie, geb. Rubba, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 6. Juni
 Spey-Acker, Ursula, geb. Spey, aus Treuburg, am 6. Juni
 Stober, Dieter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni
 Wolf, Eva, geb. Schulz, aus Eisewagen, Kreis Wehlau, am 6. Juni
 Ziems, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Chaberny, Klaus, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Juni

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 25/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2020 (Erstverkaufstag 19. Juni) bis spätestens Dienstag, den 9. Juni 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Ostpreußisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutsch-baltischer Abteilung in Lüneburg

Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren immerhin zeichnet sich ein erster Hoffnungsschimmer ab: Wir freuen uns, seit dem 12.05.2020 wieder unsere Türen für Sie öffnen zu können. Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:
 Heiligengeiststraße 38
 21335 Lüneburg
 Tel.: 04131 759950
info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

**Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“**

Das siebte Buch von
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“
ist 2019 im
„August von Goethe Literaturverlag“
erschienen.
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, €18,80
Der Band spricht von der Vertreibung
der Deutschen, der Abschaffung
Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen
und der organisierten Kriminalität.
Die vom Mainstream verschwiegene
Wahrheit kommt in diesem Buch
zum Erscheinen.

Bremen

Die Zusammenkünfte der Frauengruppe, die eigentlich an jedem dritten Donnerstag im Monat im „Hotel zur Post“ stattfinden, müssen wegen der aktuellen Lage im Zuge der Corona-Pandemie bis einschließlich Juli entfallen.

Unsere Geschäftsstelle ist bis zur Sommerpause nur telefonisch erreichbar. Wenn Sie ein Anliegen an uns haben, nutzen Sie dort bitte unter (0421) 3469718 unseren Anrufbeantworter.

Wir bedauern sehr, dass wir bis auf weiteres keine persönlichen Begegnungen durchführen können, und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel
Geschäftsstelle:
Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040)34 63 59, Mobiltelefon (0170)3102815

Hamburg-Harburg – Der für Sonntag, den 21. Juni 2020 angekündigte Gottesdienst ist abgesagt. Ein neuer Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Lichtbildervortrag „Eine Reise in unsere Heimat“

Wetzlar – „Eine Reise in unsere Heimat“, so ist ein Lichtbildervortrag am Montag, 14. September, um 13 Uhr in der Gaststätte „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128) überschrieben. Von ihrer Fahrt berichten Margit Sandner und Brigitte Strähler (Wetzlar) beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Wetzlar. Der Eintritt ist frei.

Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Liebe Landsleute, liebe Freunde unserer Landsmannschaft, durch das leidige Coronavirus befinden wir uns alle in einer Ausnahmesituation. Es ist und bleibt eine schwierige Zeit.

Doch nach der „Zwangspause“ werden wir wieder zusammenkommen können.

Bis dahin passen Sie bitte gut auf sich auf, bleiben Sie gesund und vergessen Sie Ihre LOW-Landsmannschaft nicht.

Im Namen des Vorstandes grüßt Sie herzlichst
Ihr Dieter Schetat

Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende:
Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:**
Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Das Vierteljahresrundschriften 2/2020 der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen ist erschienen. Leider ist ein Postversand des Rundschreibens nicht möglich; es kann nur per E-Mail verschickt werden. Wer an dem Rundschreiben Interesse hat und nicht über ein eigenes E-Mail-Konto verfügt, kann der Landesgruppe gern die E-Mail-Adresse von Kindern, Enkeln, Verwandten und Freunden, Bekannten und/oder sonstigen Personen übermitteln (Voraussetzung ist natürlich, dass diese mit einer Weitergabe ihrer E-Mail-Adresse und einem zukünftigen elektronischen Versand des Rundschreibens an sie einverstanden sind).

*Brigitte Schüller-Kreuer,
Schriftführerin der Landesgruppe
Kontakt: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de,
Telefon: (02224) 9873767*

Landesgruppe – Vom Ordenskrenz zur Elchschaufel, von der Maas bis an die Memel zur dreigeteilten Provinz. Gedenkschrift der Landesgruppe NRW, 70 Jahre Landesgruppe NRW e.V. 1949–2019, 320 Seiten, A5-Format, 5,00 Euro zuzüglich Versandkosten.

Die Gedenkschrift enthält zahlreiche Abbildungen in Farbe und schwarz-weiß. Sie stellt ein Zeit-, Geschichts- und Kulturdokument ersten Ranges dar.

Bestellungen bitte an: Brigitte Schüller-Kreuer, Schriftführerin der Landesgruppe NRW, E-Mail: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de oder telefonisch unter (02224) 9873767.

Ennepetal – Aufgrund der bekannten Corona-Krise möchte ich hiermit alle monatlichen Termine in unserer Heimatstube der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Ennepetal, bis auf weiteres absagen.

*Mit freundlichen Grüßen
Monika Wakenhut
1. Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Gruppe Ennepetal*

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Elmshorn – Nachdem das Pfingstochsenfest der Dittchenbühne dieses Jahr nicht stattfinden konnte, wurde für dieses Elmshorner Volksfest mit dem Pfingstochsen vom Spieß, dem Riesenflohmarkt und vielfältigen kulturellen und kulinarischen Attraktionen ein neuer Termin angesetzt: Pfingstsonntag 2021 nämlich.

Etwas anders sieht es bei der „Baltischen Tafelrunde“ des „Forum Baltikums – Dittchenbühne“

aus – ein Höhepunkt des gesellschaftlichen Lebens in der Krückaustadt. Hier gibt es erste Überlegungen, diese Veranstaltung vielleicht doch noch im Laufe dieses Jahres nachzuholen.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen kam Wilhelm Kreuer, ehemals Vorsitzen-

der der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, der Gedanke, zur Erinnerung an diese historische Begebenheit eine Sonderbriefmarke zu gestalten. Diese Idee teilte er mit dem BJO, und dieser entschloss sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Daraufhin hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Gestaltung der Motive beschäftigt und gern weitere Vorschläge entgegennimmt sowie auch für Interessenten, die sich auch einbringen mögen, offen ist.

Bei Interesse bitte bei Peter Harder melden. E-Mail-Adresse: harder@junge-ostpreussen.de

PAZ wirkt!



Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen

Seit Sonnabend, dem **30. Mai**, öffnet die Residenz Ellingen wieder ihre Pforten für den Besucherverkehr. Damit sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich auch hier zu beachten.

Nachdem die Sonderausstellung **„Wilhelm Voigt aus Tilsit – der Hauptmann von Köpenick“** am 7. März noch glanzvoll mit dem Besuch des „Hauptmanns“ eröffnet werden konnte, war sie nur eine Woche zu sehen, bis es zur Schließung kam. Daher freuen sich der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, und seine Mitarbeiter, nun wieder zahlreiche Besucher willkommen heißen zu dürfen. Es gibt noch eine weitere gute Nachricht hinsichtlich dieser



Ellingen Auf Besucher freuen sich: W. Freyberg, J. Schmidt, M. Kemmetter, I. Schöner (von rechts)
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

Sonderausstellung: Sie wird bis zum **22. November 2020** verlängert, um auch Interessierten aus der Ferne den Besuch ermöglichen zu können.

Die Öffnungszeiten sowohl für die Sonderausstellung als auch für alle anderen Räumlichkeiten

des Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich **Dienstag bis Sonntag 10-12 Uhr und 13-17 Uhr**, (auch an den Feiertagen).

Weitere Informationen unter **www.kulturzentrum-ostpreussen.de**

ANZEIGE

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



**Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!**

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Die Unabhängige

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
BIC: _____
Datum, Unterschrift: _____

Heimatkreisgemeinschaften

Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Sehr geehrte Mitglieder, das in Winsen/Luhe am 20. Juni 2020 geplante Ostpreuëntreffen, die Mitgliederversammlung und die Kreistagssitzung müssen wegen der Covid 19-Pandemie leider ausfallen. Ein neuer Termin für die Mitgliederversammlung kann erst bestimmt werden, wenn die Reise- und Versammlungsbeschränkungen aufgehoben werden. Bitte denken Sie daran, bestellte Zimmer zu stornieren.

Wir wünschen weiterhin gute Gesundheit.

Der Vorstand

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, GF: Barbara Daweideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

18.08.-29.08.2020 Bus- und Schiffsreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat

1. Tag: Anreise und Stettin Fahrt ab Elmshorn mit Zustiegen in Hamburg und am S-Bahnhof Bernau bei Berlin nach Osten über die deutsch-polnische Grenze bis nach Stettin. Hier werden Sie im Café in der 21. Etage zunächst zu einem kleinen Mittagsimbiss er-

wartet, mit einem einzigartigen Ausblick über die pommersche Hauptstadt. Bei der anschließenden Stadtführung in Stettin sehen Sie u.a. das Schloss der pommerschen Herzöge aus dem 14. Jahrhundert sowie die Hakenterrasse mit dem Nationalmuseum. Anschließend Weiterreise entlang der pommerschen Ostseeküste bis in den Raum Köslin zur ersten Zwischenübernachtung.

2. Tag: Danzig Nach dem Frühstück Weiterreise nach Osten. Am späten Vormittag erreichen Sie Danzig, wo Sie Ihr Stadtführer zu einem Rundgang durch die sehr schön restaurierte Altstadt erwartet. Sehenswert sind der Lange Markt mit dem Artushof und dem Rathaus, das Krantor und die Frauengasse. Die beeindruckende Marienkirche gehört zu den größten gotischen Backsteinkirchen Europas. Am Nachmittag bleibt etwas Zeit zur freien Verfügung für eigene Erkundungen in Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig.

3. Tag: Marienburg und Oberländischer Kanal An der Nogat, einem Nebenarm der Weichsel, erreichen Sie Marienburg zu einer Führung durch die gleichnamige Burganlage, die zu den größten Backsteinburgen der Welt zählt. Die Marienburg war im Mittelalter der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens und damit das Zentrum des mächtigen Ordensstaates. Im Ermland erleben Sie anschließend einen ganz besonderen Höhepunkt: eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der erst kürzlich restaurierten Strecke zwischen Buchwalde und

Hirschfelde den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Anders“ in Alt Jablonki (Stare Jablonki).

4. Tag: Allenstein und Schiffsfahrt in Masuren Erster Besichtigungsstopp ist heute Allenstein, die Hauptstadt des Ermlandes, die Sie bei einer Führung erkunden. Sie sehen u.a. die Burg des ermländischen Domkapitels. Hier residierte auch Nikolaus Kopernikus als Verwalter des Kapitels. Sehenswert sind weiterhin das Hohe Tor und die St.-Jakobus-Kirche. Anschließend geht es weiter nach Masuren, in das „Land der großen Seen“. Bei Eckertsdorf besuchen Sie das Philliponenkloster, das von den „Altgläubigen“, einer Religionsgemeinschaft, die nach ihrer Vertreibung aus Russland in Ostpreußen Aufnahme fand, gegründet wurde. In der Johanniskirche erreichen Sie Niedersee (Ruciane Nida) mit seinem besonders malerischen Naturhafen. Von hier startet Ihre Schiffsfahrt über die masurischen Seen, die untereinander durch Kanäle verbunden sind, und Sie erreichen Nikolaiken, heute einer der schönsten Ferienorte Masurens, den Sie mit Ihrem Reiseleiter vom Schiffsanleger aus zu Fuß erkunden. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

5. Tag: Masurenrundfahrt Heute geht es auf eine Rundfahrt durch Masuren. Sie beginnen den Tag mit dem Besuch von Lötzen, der „Sommerhauptstadt“ Masurens, die besonders malerisch zwischen dem Dargainen-See und dem Löwentin-See gelegen ist. Bei Steinort passieren Sie auf der Eng-

stelle zwischen dem Dargainen- und dem Mauersee eine der schönsten Stellen in Masuren und sehen das frühere Gut der Familie von Lehndorff, das sich allerdings zurzeit in einem sehr schlechten baulichen Zustand befindet. Nach einem kurzen Stopp in Rastenburg erreichen Sie Heiligelinde zu einer Besichtigung der imposanten Barockkirche. Sie erleben ein Anspiel der Orgel, die neben der guten Akustik wegen der vielen beweglichen Figuren nicht nur hörens-, sondern auch sehenswert ist. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

6. Tag: Rominter Heide und Trakehnen

Sie verlassen Masuren nach Norden und passieren bei Goldap die polnisch-russische Grenze und er-

leben die Rominter Heide – eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit romantischen Seen, kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittags-einkauf erwartet. Anschließend besuchen Sie den Wystiter See im heutigen Dreiländereck mit Litauen und Polen und kommen nach Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Am Abend erreichen Sie Gumbinnen, einst das östlichste Verwaltungszentrum Deutsch-

lands. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

7. Tag: Gumbinnen, Ragnit und Tilsit

Bei der Stadtführung in Gumbinnen sehen Sie natürlich den Gumbinner Elch, die Salzburger Kirche und das frühere Friedrichsgymnasium – eine der erfolgreichsten höheren Schulen des Vorkriegsdeutschland. Ostpreußen war bekannt für seinen Tilsiter Käse, und auch heute wird hier wieder Käse produziert. In Ragnit können Sie sich bei einer Verkostung im „Deutschen Haus“ davon überzeugen. Am Nachmittag erreichen Sie Tilsit, die „Stadt ohne gleichen“, die Sie gleich bei einer ausführlichen Stadtrundfahrt kennenlernen. Sie beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen Herrrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

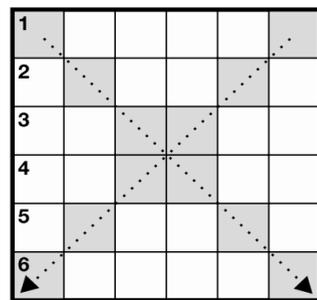
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

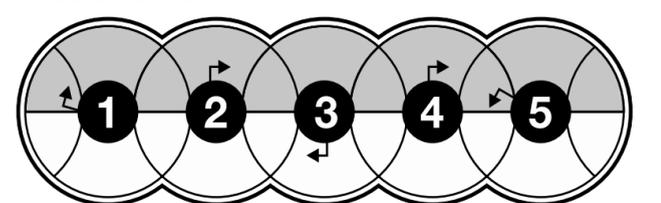
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Skulpturen.

- 1 Anführung einer Tatsache
2 Körperteil
3 Vorbild, Wunschbild (Mehrzahl)
4 europäisches Meer
5 Ergänzung, Nachtrag
6 Kirchengalerie

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Glücksbringer.

- 1 Gebirgsstock, 2 Ungetüm, 3 Gesamtschiffsbestand, 4 Landhaus, Sennhütte, 5 männliche Haushühner



Heimatkreisgemeinschaften

Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfasaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

8. Tag: Königsberg

Von Osten erreichen Sie Königsberg, das heutige Kaliningrad. Bei der Stadtrundfahrt besuchen Sie die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof sowie die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine sehr lebendige russische Großstadt voller Kontraste. Im „Fischdorf“ am Pregel werden Sie zum gemeinsamen Mittagessen erwartet. Danach erleben Sie bei einer Bootsfahrt auf dem Pregel den Königsberger Hafen, die Kneiphofinsel und die frühere Börse vom Wasser aus. Ein Höhepunkt ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Orgelkonzert. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

9. Tag: Samlandrundfahrt

Bei der heutigen Rundfahrt durch das Samland geht es zunächst vorbei an Fischhausen nach Pillau an der Ostsee. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. An

der ostpreußischen Steilküste besuchen Sie das Seebad Rauschen, auch heute wieder ein schöner Ferienort mit einer belebten Promenade, vielen Hotels und Gästehäusern, urigen Kneipen und gemütlichen Straßencafés. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

10. Tag: Kurische Nehrung

Vorbei an Cranz geht es auf die Kurische Nehrung. Die ca. 100 Kilometer lange Landzunge trennt die Ostsee vom Kurischen Haff, und ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation „Fringilla“ der 1901 gegründeten ersten Vogelwarte der Welt. Anschließend passieren Sie in der Mitte der Nehrung die Grenze nach Litauen und erreichen Nidden. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

11. Tag: Nidden, Schwarzort und Memel

Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Danach erreichen Sie den benachbarten Ferienort Schwarzort und besuchen eine der größten Kormorankolonien des Baltikums. Anschließend unternehmen Sie einen Spaziergang über den Hexenberg. Die dort ausgestellten großen Holzskulpturen stellen Figuren aus der litauischen Sagenwelt dar. Mit der Fähre geht es dann nach Memel (Klaipeda). Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die hübsch renovierte Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Anschließend Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS Seaways nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord.

12. Tag: Heimreise

Heute genießen Sie den Tag auf See, bevor Ihr Schiff am Nachmittag gegen 17.00 Uhr Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus mit Ausstiegen in Kiel, Elmsborn, Hamburg und Hannover.

Genauere Reisebeschreibung, Information und Anmeldung bei

Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Tel. (04121) 85501



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Tel.: (0212) 81 10 13, E-Mail: andreasheiser@arcor.de.

Geschäftsstelle: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Termine der Kreisgemeinschaft Insterburg 2020

Heimatgruppe Darmstadt
· jeweils Sonnabend, 11.30 Uhr, Stammtisch: 5. September, 31. Oktober
· 5. Dezember, 11.00 Uhr: Weihnachtsfeier
Ort: Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen.
Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Tel. (06103)42744.

Heimatgruppe Hamburg

· 5. August, 12.00 Uhr: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung
· 2. September, 12.00 Uhr: Videovortrag oder Autorenlesung
· 2. Oktober, 12.00 Uhr: Erntedank mit herbstlichen Liedern und Gedichten
· 4. November, 12.00 Uhr: Gedichte und Geschichten
· 2. Dezember, 12.00 Uhr: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten
Ort: Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg.

Weitere Informationen: Manfred Samel, Tel. 040/587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück

· 17. Oktober, 14.00 Uhr: Herbsttreffen, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück, jeweils Sonnabend.
Nähere Informationen: Renate Berger, Tel. (05471) 4926.

Heimatgruppe Thüringen

· 2. August, 14.00 Uhr: Egapark Erfurt, Gothaer Straße. Mitgliedertreffen auf dem Gelände der ega oder in Hohenfelden
· 5. Dezember, 14.00 Uhr im Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31: Weihnachtsfeier
Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Str. 5, 99817 Eisenach, Tel. (03691)211105 oder E-Mail: fjboehlke@gmail.com

Heimatgruppe Sachsen

· 19. September: Herbstfest mit Thüringer Roster und Musik
· 12. Dezember, 12.00 Uhr: Weihnachtsfeier mit Mittagessen, Ehrung von Mitgliedern, Weihnachtliche Lieder und Gesang
DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau, Ortsteil Marienthal.
Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Tel. (037296)17661

Heimatgruppe Schwerin

Treffen jeweils Donnerstag, um 12.00 Uhr, in der Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt in Schwerin:
· 17. September: Spielenachmittag
· 17. Dezember: Vorweihnachtliches ostpreußisches Treffen
Nähere Informationen bei: Helga Hartig, Tel. 0385/3922633, E-Mail: hehartig@web.de

68. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V.

· 24. Oktober 2020 in Krefeld

PAZ wirkt!



Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt, und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter **(040)414008-0**.



Schmuckes Accessoire in einer düsteren Zeit: die Gesichtsmaske mit Elchschaufel-Motiv



Königsberg-Land

Kreisvertreterin: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de.
Geschäftsstelle: Ralf Woitschikowski, Bergkirchener Straße 21, 32429 Minden, Telefon (0571) 5091022

Die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) in Minden ist aufgelöst worden.

Ab sofort kann das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski unter folgender Adresse bestellt werden: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna/Westf., Telefon (02303)14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de

Über weitere Bestände werden noch Informationen erfolgen.



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, wurde unsere Geschäftsstelle neu besetzt.

Geschäftsstelle und Heimatmuseum werden nun von Frau Gudrun Marlies Christians betreut. Kontakt: Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Die Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr.



Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Unterstützung für ihre Examensarbeit. Sie studiert Musik und Französisch für das gymnasiale Lehramt in Rostock. Mit ihrer Arbeit möchte sie sich Musik und Brauchtum Ostpreußens zuwenden. Ihr Interesse an der Themenwahl rührt aus der Flucht der Großmutter und deren Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis Mohrungen nach Oberfranken.

Die Forschung für die Arbeit basiert insbesondere auf Dokumenten von Vereinen, welche sich ostpreußischer Musik und dem Brauchtum widmen, aber auch privat organisierte Treffen oder ähnliches zum Erhalt dieses Kulturgutes sind von Interesse.

Gesucht werden (alte) Konzert-/Festprogramme oder Unterlagen wie Zeitungsausschnitte, die musikalische Aktivitäten, Tänze oder ähnliches im Ablauf stehen haben. Danke für Ihre Hilfe!

Kontakt: Josephina Strößner, E-Mail: josephina.stroessner@hmt-rostock.de



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der aktuellen Situation infolge der Corona-Pandemie bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

DENKMALSCHUTZ IN NORDOSTPREUSSEN

Sorge um das Geburtshaus von Lovis Corinth

Dach und Mauern stürzten bei Restaurierungsarbeiten ein – Behörden versichern, dass ein Museum entstehen wird

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Im Königsberger Gebiet gibt es mehrere historische und architektonische Denkmäler, um deren Restaurierung sich regelrechte Dramen entwickelten. Es sei nur an das Kant-Haus oder das Gebäude der Kreuz-Apotheke erinnert. Doch es gibt noch ein anderes Bauwerk, um das es zurzeit hitzige Diskussionen gibt.

Es handelt sich um das Geburtshaus des berühmten expressionistischen Künstlers Lovis Corinth in Tapiau. Das Haus wurde 1825 erbaut und Ende des 19. Jahrhunderts teilweise umgebaut. Das Gebäude gehörte den Eltern des Künstlers, Heinrich und Wilhelmine Corinth, wohlhabenden Besitzern einer Gerberei und eines großen landwirtschaftlichen Betriebes. 1858 wurde ihr Sohn geboren, den sie Franz Heinrich Louis nannten. Das Haus bestand aus Erd- und Dachgeschoss. Trotz der geringen Größe des Gebäudes beherbergte es neben den Wohnräumen der Eigentümer eine Küche mit Räucherammer im Erdgeschoss, und das Dachgeschoss wurde vom Personal bewohnt.

Bevor er nach Königsberg zog, wo Lovis Corinth am Kneiphof-Gymnasium und dann an der Kunstakademie studierte, lebte er etwa 15 Jahre lang in seinem Elternhaus. Zu Sowjetzeiten behielt die Wasserstraße, in der sich das Haus der Familie Corinth befand, im Grunde ihren Namen. Sie wurde ins Russische übersetzt in Wodna-Straße. In der Nachkriegszeit als Wohnhaus genutzt, wurde ihm im März 2007 durch ein Dekret der Regierung des Königsberger Gebiets der Status eines regionalen Kulturerbes zuerkannt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Gebäude bereits in einem schlechten Zustand, und 2015 wurden seine Mieter in eine andere Wohnung umgesiedelt. Das Haus war von einem Zaun umgeben, und die Fenster waren versiegelt. Wie es meis-



Trotz Kulturerbe-Status jahrelang vernachlässigt: Geburtshaus des Künstlers Corinth in Tapiau im Jahr 2010

Foto: artig.go

tens geschieht, verfiel das leerstehende Haus schneller als gewöhnlich. Im Laufe der folgenden Jahre stürzte das Ziegeldach ein. Feuchtigkeit drang ein, sodass die Wände einzustürzen begannen.

Wiederaufbau seit Jahren geplant

Über den Wiederaufbau des Gebäudes wurde bereits vor einigen Jahren nachgedacht, sodass die Erstellung einer Entwurfs- und Kostenvoranschlagsdokumentation in Auftrag gegeben wurde. Als die Dokumentation fertig war, gab es auch ein detailliertes Konzept für die Nutzung und Entwicklung des Corinth-Hauses als Museum und Ausstellungszentrum. Es ist geplant, eine Zweigstelle des Museums der Schönen Künste zu eröffnen, dass sich im Gebäude der ehemaligen Königsberger Börse befindet. Eine der Abteilungen der

Dauerausstellung des Kunstmuseums ist dem Werk von Lovis Corinth gewidmet. Die Sammlung des Museums umfasst mehr als 100 Drucke und Grafiken des Künstlers.

Im Jahr 2015 erschien ein Buch über den Künstler mit dem Titel „Lovis Corinth (1858–1925). Leben und Werk“, und es gab drei wissenschaftliche Konferenzen zu seinem Werk. Darüber hinaus wird die Sammlung mit Hilfe von Kollegen aus der Bundesrepublik immer wieder bereichert. Insbesondere erhielt das Königsberger Kunstmuseum im vergangenen Sommer drei Corinth-Grafiken als Geschenk des Privatmuseums Walchensee in Bayern. Diese Werke nahmen ihren Platz in der Ausstellung ein, die den Titel „Kaliningrad-Königsberg: Brücke über die Zeit“ trägt. Im Heimatmuseum von

Tapiau befindet sich übrigens eine Lithografie mit dem Selbstporträt Corinths mit der Originalunterschrift des Künstlers, die 2017 vom deutschen Professor Volker Kreyer, dessen Verwandte in Tapiau lebten, überreicht wurde.

Ausstellung in Haus und Garten

Das Konzept einer Museumsniederlassung im Corinth-Haus wurde in Zusammenarbeit mit der nach Immanuel Kant benannten Baltischen Staatlichen Universität entwickelt und beinhaltet einen detaillierten Entwurf für jede Ausstellungshalle. Da das Häuschen klein ist und eine Gesamtfläche von etwa 275 Quadratmetern hat, sollte in die Ausstellung auch die Umgebung integriert werden. Ende 2019 wurde schließlich ein Auftragnehmer in Tapiau ausgewählt, der mit

dem Wiederaufbau des Corinth-Hauses begann. Das Unternehmen „Miriam“ erhielt einen Auftrag im Volumen von umgerechnet rund 227.000 Euro. Neben der Rekonstruktion des Gebäudes sollten die Bauherren bis zum Herbst 2020 für die Beleuchtung sorgen sowie Gas- und Wasserleitungen verlegen und den Garten neu gestalten.

Die Restaurierungsarbeiten gestalteten sich abenteuerlich. Im März wurde festgestellt, dass die Wände des Hauses einstürzten, und der Bauunternehmer war dabei, die restlichen Mauern des Gebäudes abzutragen. Darauf erfolgten emotionale und empörte Reaktionen der lokalen Behörden, Bürger und Architekten, denen der Wiederaufbau nicht gleichgültig ist. Laut der Architektin Maria Sisikowa, die für die Bauaufsicht zuständig ist, hat der Auftragnehmer weder sie noch den Denkmalschutzdienst darüber informiert, dass er mit dem Abbau des Gebäudes beginnt.

Der Tourismusminister der Region, Andrej Jermak, beeilte sich jedoch, alle zu beruhigen. Seinen Angaben zufolge hat der Auftragnehmer beschlossen, Anpassungen an dem Projekt vorzunehmen. Er lehnte die Formulierung ab, dass die Mauern einfach einstürzen würden, und sagte, es handele sich um eine geplante und erzwungene Maßnahme, da die Mauern eigens demontiert würden, um sie stabiler wiederaufzubauen. Es sei geplant, dass die Mauern authentisch mit Ziegelsteinen restauriert werden.

Er fügte hinzu, dass ein Teil der Mauern erst lange, nachdem Corinth dort gelebt habe, gebaut worden sei und dass sie keinen besonderen Wert besäßen. Es ist jetzt nur noch das Fundament des Hauses übrig, auf dem das Gebäude nachgebildet werden soll unter der Maßgabe, dass das Erscheinungsbild dem des Originals so nahe wie möglich kommt. Die Arbeiten sollen im Herbst dieses Jahres abgeschlossen sein.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Schüttet uns lebendig zu“

In Corona-Zeiten sind die oberschlesischen Bergleute zu einem Objekt des Hasses geworden

Während die Corona-Pandemie polenweit auf dem Rückzug ist, steigen die Infektionszahlen in Oberschlesien rasant an. Das größte Ansteckungsrisiko gehen Bergleute ein. „Die Arbeit in Kohlegruben erfordert menschliche Nähe. Es ist eine Teamarbeit und man ist eben anfällig gegenüber Viren“, sagte Jerzy Markowski gegenüber der „Gazeta Wyborcza“, Ausgabe Kattowitz.

Markowski ist Vorsitzender des Verbandes der Bergbauingenieure und -Techniker sowie ehemaliger Wirtschaftsminister. Ihn irritierte die Hetze gegen oberschlesische Bergleute in den Medien und den sozialen Netzwerken. Immer wieder lese er, dass die polnische Kohleförderung nur für die Bergleute am Leben erhalten werde. „Bergleute können ohne Bergwerke überleben, sie sind gute Fachleute und finden anderswo Arbeit“, so der 71-jährige Hindenburger [Zabrze] Markowiak. Dass die oberschlesischen Bergleute einen schlechten Stand außerhalb Oberschlesiens haben, rührt noch aus kommunistischer Zeit und hier vor allem aus der Ära Edward Giereks. Damals wurden Bergleute von der Partei gefeiert. Während andere vor leeren Regalen in Geschäften standen, durften Bergleute in einzig für sie geschaffenen Läden Waren kaufen, die für andere unerreichbar blie-

ben. Sie durften Urlaub in den renommiertesten polnischen Urlaubsgebieten genießen, kurzum, sie waren eine privilegierte Berufsgruppe, die auch überdurchschnittlich verdiente. Völlig außer Acht gelassen wurde in der damaligen Medienberichterstattung, welche hohen Risiken sie tagtäglich ausgesetzt waren.

Schon allein die Fahrt mit dem Förderkorb ins Bergwerk ist nicht angenehm. Dicht an dicht stehen die Männer beisammen, der Druck in den Ohren steigt wie beim Fliegen und es rüttelt und knirscht. Um an die eigentliche Arbeitsstätte zu gelangen, müssen die Männer kilometerweit durch enge, niedrige Gänge und oft schlammigen Boden stapfen, der jeden Schritt bei Temperaturen von über 30 Grad noch schwerer macht. Das Atmen fällt schwer, überall liegt Staub in der dünnen Luft. Es gibt Stellen im Schacht, an denen Bergleute nur auf allen Vieren vorankommen. Ein ohrenbetäubender Lärm der Maschinen begleitet sie über den Arbeitstag. Doch wer weiß schon, außer den Betroffenen und ihren Familien, unter welchen extremen Bedingungen Bergleute ihr tägliches Brot verdienen? Als Markowiak noch Wirtschaftsminister war, hat er gerne Delegationen aus Warschau in die Gruben geführt. „Bereits



Heute Museum: Die alte Grube Ferdinand in Kattowitz

Foto: Wagner

nach wenigen Minuten wollte jeder so schnell wie möglich wieder zurück an die Oberfläche. Solch eine Exkursion hat bei einigen die Perspektive auf die Arbeit im Bergbau verändert“, so der Ingenieur.

Für die Psychologin Katarzyna Popiolek, Dekanin der Universität Kattowitz,

wird außerhalb der Region zu wenig über Oberschlesien berichtet und wenn, dann nur negativ. „Oberschlesien wird mit einem dunklen, verrosteten Loch assoziiert. Einem Ort, den man besser umfahren sollte“, so die Psychologin. Dass man die Bergleute jetzt als Sündenböcke der Corona-Epide-

mie hinstellt, wundere sie angesichts historischer Beispiele für Sündenböcke nicht. „Hasser“ übertrugen ihren Frust, Zorn und Neid auf Bergleute, die sich angesteckt haben. Doch keiner mache sich Gedanken darüber, warum es dazu kam und wie die Gegebenheiten untertage sind. „Viele von uns können in Ruhe zuhause arbeiten, sie jedoch müssen ihre Schicht verrichten“, so Popiolek.

Derzeit kursiert ein Video auf YouTube, das die Situation der oberschlesischen Bergleute wiedergibt. In Anlehnung an das Lied von Tic Tac To „Ich find dich sch ...“ rappt das Duo HorCH: „Verschüttet uns lebendig, dann entledigt ihr Euch des Problems ... Soll der Minister mit seiner Garde uns nicht weiter mit der Lombardei vergleichen“. Das fänden sie „richtig sch ...“ und nutzen dafür auch genau jene deutschen Worte.

Vor Stilllegungen der oberschlesischen Gruben muss im Grunde jeder Pole Angst haben. Bislang gibt es keine Alternative für den fossilen Brennstoff im Land. 44 Prozent der Energie wird aus Steinkohle und fast 30 Prozent aus Braunkohle gewonnen. Und das deckt nicht einmal den Bedarf. Polen muss daher sogar Kohle aus dem Ausland importieren. Chris W. Wagner

PRACHTVOLLE TRACHTEN

Deutsch-polnische Hochzeit im Pyritzer Weizacker

In den Trachtengruppen lebt das pommerische Brauchtum

Der Pyritzer Weizacker ist eine der schönsten Gegenden Pommerns. Diese Region war die Kornkammer Pommerns und die Weizenfelder haben ihre Bauern reich gemacht. Dieser Reichtum drückte sich auch in den Trachten aus. Je reicher der Bauer, je größer sein Hof, desto farbenprächtiger bestickt waren Umhang und Schürze der Bäuerin, desto mehr (bis zu 12) Unterröcke trug sie.

Ebenso reichhaltig wurde eine Hochzeit im Pyritzer Weizacker gefeiert, sie dauerte drei Tage und drei Nächte. Wer eher verschwand, den holte man zurück. Wenn er Widerstand leistete, band man ihn in einen Sack und karnte ihn mit der Schubkarre zurück ins Hochzeitshaus. Um Mitternacht erschienen Schimmel, Schnabbuk und der maskierte Führer in langem Mantel mit großem Lärm von der Straße her.

Mit Schimmel und Schnabbuk

Der Schnabbuk, ein ziegenhaftes Ungeheuer mit langer roter Schlappzunge und schrecklichen Zähnen im klappenden Unterkiefer, sorgte durch derbe Späße dafür, dass sich alle Gäste auf Stühle und Tische flüchteten. Ohne Schimmel und Schnabbuk war eine Hochzeit im Weizacker keine Hochzeit. Sie brachten Glück in die Ehe.

Solch eine Hochzeit im namensgebenden Ort Pyritz wollten nun auch im Juni 2020 das Folkloreensemble der Ihna Erlangen zusammen mit dem polnischen Zespół Pieśni i Tańca Ina feiern. Dass die beiden Gruppen quasi gleich heißen, ist kein Zufall, denn beide haben ihre Namen vom pommerischen Fluss Ihna. Früher lag er in Deutschland und heute liegt er in Polen.

Vor über 25 Jahren führte das Tanz- und Folkloreensemble Ihna das Projekt „Die Ihna an der Ihna“ durch und fuhr nach Polen, um den namensgebenden



Die polnische Ina hat dafür extra für 8 Paare die Pyritzer Weizackertracht angeschafft, somit ist die Zeit, in der die deutsche Vergangenheit der Region ausgeblendet wurde, zumindest dort längst vorbei. Die Bewahrung der Kultur der Ostgebiete erfährt dadurch eine weitere Anerkennung. Und bei dieser langjährigen Verbindung der beiden Tanzgruppen ist die Hochzeit sicherlich nur verschoben, bis man sie nach pommerischer Sitte mit großer Ausstattung und zahlreichen Gästen wieder feiern kann.

Silvia Jäger
<https://ihna.de>

Foto oben:
Die Trachtengruppe Ihna aus Erlangen zeigt, welchen Schabernack der Schnabbuk auf der Hochzeitsfeier treibt.

Foto unten:
Der Leiter der polnischen Ina Hr. Zbigniew Łukaszewski mit seiner Frau Małgosia, <http://ina-folk.pl/>
Fotos: Ihna Erlangen und Ina Gollnow

Fluss und die daran liegenden Städte kennen zu lernen und pommerische Folklore sowie das Leben dort bis 1945 zu präsentieren. Betreut wurde die Gruppe von Zbigniew Łukaszewski, einem jungen Studenten, der an der Universität in Stettin selbst in einer Folkloregruppe tanzte. Inspiriert durch diese gemeinsamen Tage, gründete er das polnische Zespół Pieśni i Tańca „Ina“, das die Folklore und das Leben an der Ihna ab 1945 bis zum heutigen Tag repräsentiert.

Seit dieser Zeit pflegen die beiden Ensembles einen sehr engen Kontakt und haben bisher 22 Begegnungen durchgeführt. Durch diese vielen gegenseitigen Besuche, bei denen die Unterbringung



stets auch in Gastfamilien erfolgte, wurden zahlreiche persönliche Kontakte und Freundschaften geschlossen, die bis heute erhalten sind.

Erbe bewahren

In gemeinsamen Begegnungen 2018 und 2019 bereiteten die beiden Gruppen das Projekt „Ina und Ihna, do you want to marry me“ vor, bei dem die Tanzfolge „Hochzeit im Pyritzer Weizacker“ von der deutschen Ihna an die polnische Ina weitergegeben wurde und eine gemeinsame Erstaufführung in Pyritz sollte nun Ende Juni 2020 stattfinden, kann aber wegen der Corona-Pandemie nun leider nicht erfolgen.

● **Info** Das Tanz- und Folkloreensemble Ihna ist eines der bekanntesten Ensembles in Deutschland. Es bietet abendfüllende Veranstaltungen mit deutscher Folklore, aufbereitet in spritzigen Tanzpotpourris und detailreichen Suiten, die kleine Geschichten erzählen, alles begleitet von Live-Musik. Seit nunmehr 60 Jahren hat das Ensemble nationale und internationale Auftritte absolviert und gilt als Botschafter der deutschen, im Besonderen pommerischen Kultur. Seit nunmehr 10 Jahren wird außerdem ein Akrobatik- und Showprogramm mit Zirkus- und Varieténummern geboten, mit dem sie ebenfalls überregional bekannt wurden.

Musikwissenschaftler Gustav Jacobsthal aus Pyritz



Er erforschte die Musik des Mittelalters. Gustav Jacobsthal entstammte einer jüdischen Familie in Pommern, wurde durch namhafte Persönlichkeiten zum Musikwissenschaftler geprägt und erlangte deutschlandweite Bekanntheit. Er fungierte lange als einziger Professor für Musikwissenschaften in ganz Deutschland und erreichte mit der systematischen Erforschung der Musik des Mittelalters eine große Nachwirkung. Sein umfangreicher Nachlass, der erhalten blieb, gehört inzwischen zum Bestand der Staatsbibliothek in Berlin und wird seit 2000 wissen-

schaftlich erschlossen. Seitdem erschienen zahlreiche Beiträge, die sich mit dem Wirken und der Bedeutung des herausragenden Musikwissenschaftlers aus Pommern beschäftigen.

Gustav Jacobsthal wurde am 14. März 1845 in Pyritz geboren. Der Ort liegt rund 50 Kilometer südlich von Stettin, wurde 1125 erstmals urkundlich erwähnt, erhielt 1263 das Magdeburger Stadtrecht übertragen und erlebte Ende des 19. Jahrhunderts mit einer jüdischen Gemeinde einen wirtschaftlichen Aufschwung. Heute trägt Pyritz den Namen Pyrzyce und ist eine kleine Kreisstadt in der polnischen Woiwodschaft Westpommern. Die Eltern Jacobsthal waren wohlhabend und schickten ihren Sohn nach der ersten Unterrichtung in Pyritz auf das Marienstiftsgymnasium in Stettin, wo seine besondere Begabung in Musik und Mathematik entdeckt und durch namhafte Lehrer wie Carl Loewe und Hermann Grassmann gefördert wurde. Mit Folgen. Ab 1863 studierte der junge Mann aus dem pommerischen Pyritz in Berlin. Im Mittelpunkt standen Musik, Philosophie und Geschichte. Die Reihe seiner namhaften Lehrer reichte von Heinrich Bellermann, der ihn in die Komposition einführte, über Eduard Grell, dem Chef der Berliner Sing-Akademie, bis zum Klavierlehrer Carl Tausig und zu Philipp Jaffé. Jaffé gehörte zu den bedeutendsten deutschen Historikern des 19.

Jahrhunderts, hatte wegen seiner ungewöhnlichen Sachkenntnis als erster Jude an der Berliner Universität eine Professur, prägte das Geschichtsbewusstsein von Jacobsthal bis hin zur Musikgeschichte maßgeblich und vermittelte ihm historische Forschungsmethoden. Das führte 1870 zur Promotion mit einer Arbeit über die Mensuralnotation des 12. und 13. Jahrhunderts.

Danach wechselte der junge Musikwissenschaftler nach Wien, wo er sich in der Obhut von Theodor von Sickinge weiter vervollkommnete, die Wiener Handschriften über die Musiktheorie des Hermann von Reichenau erschloss und auf dieser Grundlage seine Habilitationsschrift erarbeitete.

Jacobsthal wurde mit dieser Arbeit an der neuen Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg habilitiert und legte anschließend so richtig los. Er erforschte nun systematisch die Musikgeschichte des Mittelalters, lehrte zunächst als Privatdozent und wurde wegen seiner Forschungs- und Lehrerfolge in Verbindung mit seinen Veröffentlichungen erst als außerordentlicher und dann als ordentlicher Professor berufen. Das kam einem Ritterschlag gleich. Der Aufsteiger aus Pommern gründete den Akademischen Gesangsverein der Universität, entwickelte ihn zum Ausbildungsinstitut, leitete den Städtischen Gesangsverein Straßburgs und prägte sei-

nerseits einige Schüler wie Albert Schweitzer, Friedrich Ludewig und Peter Wagner, die später in seinem Sinne ebenfalls Bekanntheit erlangten. Mehr noch. Jacobsthal gab die altfranzösischen Texte des „Motettenkodex Montpellier“ heraus, entschlüsselte mit seiner Arbeit „Die chromatische Alteration im liturgischen Gesang der abendländischen Kirche“, die Problemvielfalt bei der Melodiebildung im Choral, analysierte die Vokalpolyphonie des 16. Jahrhunderts, die frühe Operngeschichte sowie die Instrumentalmusik der Wiener Klassiker und sorgte nebenbei als Ausgleich und Entspannung neben der musikwissenschaftlichen Forschung und Lehre für eigene Kompositionen. Das reichte von Chorwerken für seine Gesangsvereine über Klavierlieder bis zu einem Streichquartett. Außerdem schrieb er Artikel für die Allgemeine Musikalische Zeitung und rezensierte für die Deutsche Literaturzeitung. Jacobsthal lebte für die Musik, überanstrengte sich und hatte nach einer zusätzlichen Infektion einen Zusammenbruch, der 1905 seine vorzeitige Emeritierung zur Folge hatte.

Der Musikwissenschaftler zog sich nach Berlin zurück, erholte sich nicht wieder und starb am 9. November 1912 in der Reichshauptstadt. Seine letzte Ruhe fand Jacobsthal auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weissensee. Damit endete die Forschungsarbeit abrupt. Er hinterließ viele

begonnene Arbeitsprojekte als Fragmente, die gegenwärtig von einer neuen Generation von Musikwissenschaftlern aufgearbeitet werden.

Martin Stolzenau
(Foto: Sammlung Frankfurt)

● **Info** Mit Weizacker bezeichnete man die Landschaft südöstlich der Buchheide in den Landkreisen Greifenhagen und Pyritz. Erstmals erschien der Name in Peter Kistmachers oder „Chelopoeus“ Buch „De Pomeranorum regione et gente“ (1574). Der Weizacker ist zweigeteilt in einen größeren, hügeligeren Teil zwischen Buchheide und Madüsee und einen kleineren, flacheren östlich von Pyritz an der Grenze zur Neumark. Ein äußerst fruchtbarer Boden bildete die Grundlage des Reichtums seiner Bauern, den sie auch durch ihre aufwändigen Trachten ausdrückten. Kolbatzer Mönche begannen schon drei Jahre nach ihrer Klostergründung im Jahre 1173 den Weizacker zu erschließen und Bauern aus der Altmark anzusiedeln. 1355 gehörten dem Kloster bereits 49 Dörfer. Nach der Reformation wurde der Klosterbesitz in ein herzogliches Amt umgewandelt und 1616 mit dem Amt Pyritz vereinigt; 1724 wurde es auf die Kreise Greifenhagen und Pyritz aufgeteilt. Kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt war das „pommerische Rothenburg“, die Stadt Pyritz.

„Als stiege Zeus vom Olymp herab“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich bin zutiefst dankbar für die Leserbriefe im PAZ-Leserforum. Die Leserbriefschreiber sprechen mir aus der Seele!“

Adelheid von Puttkamer,
Glienicke/Berlin-Frohnau



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MEUTHEN WILL AFD SCHÜTZEN ZU: DAS TISCHTUCH IST ZERSCHNITTEN (NR. 21)

Vielen Dank für den lesenswerten Artikel! Sicherlich haben Sie recht, dass die innerparteiliche Auseinandersetzung in der AfD um Kalbitz und den Flügel viel Energie kostet, doch ist sie leider notwendig und unvermeidlich. Der Rauswurf von Kalbitz wegen seiner verschwiegenen Mitgliedschaft in der „Heimattreuen Deutschen Jugend“, die sich ja als eine Art HJ-Nachfolge sah, war dringend geboten.

Kalbitz hat „Mut zur Wahrheit“ vermissen lassen, als er seine langjährigen Aktivitäten bei dieser NPD-nahen Organisation verschleierte. Es war auch keine lässliche Jugendsünde, immerhin war er damals kein Jugendlicher mehr, sondern schon Mitte Dreißig. Kalbitz hat ein ganzes Netzwerk aus NPD-nahen Leuten in die AfD geschleust.

Die AfD droht in ihrer Gesamtheit vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden, damit können sich viele Bürgerliche, Konservative und Nationalliberale, vor allem alle beim Staat Angestellten wie Polizisten, Bundeswehrosoldaten oder Lehrer, dort nicht mehr engagieren, weil sie sonst schwere berufliche Nachteile zu befürchten haben.

Der Verfassungsschutz (VS) wird leider auch instrumentalisiert und missbraucht von den Altparteien, um eine unbequeme Konkurrenz, die AfD, ins Abseits zu drängen. Aber leider haben Radikale aus den Reihen des Flügels dem VS durch extremistische Entgleisungen wie auf einem Silbertablett die Munition für die Beobachtung geliefert. Jetzt muss es die Gesamtpartei ausbaden.

Parteichef Jörg Meuthen steht in der Pflicht, die 36.000 Mitglieder zu schützen, daher muss er die Extremen in die Schranken weisen. Wenn der Kalbitz-Rauswurf den radikalen Flügel schwächt, dann ist das gut, denn der Flügel hat viele gemäßigte Wähler und Mitglieder abgeschreckt. Seien wir doch ehrlich: Die etablierten Parteien bis hin zur nach links gerutschten Merkel-CDU sind doch heil-

froh, dass es den Höcke-Flügel gibt, denn eine rechtsradikalisierte AfD lässt sich viel leichter bekämpfen, stigmatisieren und ins rechte Ghetto wegdrücken als eine bürgerlich-rechtskonservative AfD, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus den Protest gegen Fehlentwicklungen in unserem Land artikuliert.

Dr. Paul Backhaus, Mannheim

NICHT DIE GEFAHR IGNORIEREN ZU: MASS HALTEN (NR. 20)

Mir liegt fern, eine Zeitung zu lesen, um meine eigenen Ansichten bestätigt zu bekommen und um mich dann scheinbar sicherer zu fühlen. Von Ihrer Zeitung erwarte ich gerade bei diesem sehr heiklen Thema (Corona, d. Red.) eine seriöse und ausgewogene Bewertung der Lage. Fakt ist – und das kann man nicht verneinen –, das Virus hat sich weltweit in kurzer Zeit verbreitet. Was wir nicht wissen, ist, wie lebensbedrohlich es tatsächlich ist.

Was mir Sorge bereitet, ist die Art und Weise, wie man Stimmung gegen die Einschränkungen macht. Niemand hat sich das gewünscht und wir alle wissen noch viel zu wenig über das Virus und seine Folgen für die Gesundheit eines Menschen und wie sich die Lage entwickeln könnte, wenn unser Gesundheitssystem nicht mehr Herr der Lage und in unserem Land ein sprunghafter Anstieg an Infizierten zu verzeichnen wäre.

Die aktuelle Lage erfordert Besonnenheit und Geduld. Natürlich werden wir mit der Zeit dazulernen und sehen, welche Entscheidungen rückgängig gemacht werden können oder schlicht unnötig waren. Die Erkenntnisse über das Virus werden mit der Erfassung neuer Studien zunehmen und das weitere Vorgehen naturgemäß an die Lage anpassen. Nicht akzeptabel ist, wenn Menschen verunsichert oder dazu gebracht werden, hinter allen diesen Maßnahmen eine Art Verschwörung oder dauerhafte Einschränkung ihrer Grundrechte zu vermuten. Es ist bekannt, dass es sich um zeitlich begrenzte Einschränkungen handelt. Leider reicht

es nun einmal nicht aus, an die Vernunft der Leute zu appellieren. Wir sehen ja, dass es immer wieder neue Fälle an infizierten Menschen gibt und wie das Virus nicht „einfach in sich zusammenfällt“. Und solange dies der Fall ist, können wir aus Verantwortung unseren Nächsten gegenüber nicht einfach die Gefahr ignorieren.

Thomas Böhme, Laufnitz

WO IST MERKEL? ZU: HAUSGEMACHTER NOTSTAND (NR. 20)

Es mag ja richtig sein, dass Frankreich noch ein größeres Problem mit Corona hat als Deutschland, aber: Ich vermisse bei der ganzen Corona-Berichterstattung die Kanzlerin.

Wo ist die Angela Merkel? Sebastian Kurz war fast täglich im österreichischen Fernsehen zu sehen, informierte und beantwortete Fragen. Bei uns wird vom Blatt abgelesen, und die Kanzlerin ist einfach nicht zu sehen. Und ist sie einmal zu sehen, wird sie angekündigt, als stiege Zeus persönlich vom Olymp herab, um zu seinem Volk zu sprechen.

Ich frage mich: Was ist da los? Durch die Presse veröffentlichte Anmerkungen Merkels reißt die Nation wohl jedes Mal zu Begeisterungstürmen hin, ohne dass sie in Erscheinung tritt. Wie gesagt: Was ist da los? Ist sie krank? Dann wird auch noch über eine weitere Amtszeit von ihr getuschelt, nach dem Motto „Wer soll es denn sonst machen?“ Ich würde sagen: jeder andere.

Alexander Schnell, Steinau

CORONA ALS AUSREDE ZU: DER ABWÄRTSTREND BEGANN SCHON FRÜHER (NR. 19)

Wir waren doch schon vor der Corona-Angelegenheit in einer wirtschaftlichen Abwärtsbewegung.

Corona ist doch nur ein Argument, um genau das zu begründen, weshalb es wirtschaftlich nicht mehr rund läuft. Ich sehe das daran, dass schon jetzt die „Warnung“

ausgegeben wird, im Herbst werde Corona wieder schlimmer. Aus meiner beruflichen Erfahrung weiß ich, dass es im Herbst auftragsmäßig immer abwärts geht. Sicherlich ist dann Corona wieder ein guter Grund für all die Firmenschließungen und Entlassungswellen. Gesundheitsminister Hubertus Heil wird dann mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier entscheiden, dass all die gesetz- und tariflichen Hindernisse wegfallen dürfen.

All diese staatlichen Zahlungen sind von mir aus gesehen quasi „Bestechungsgelder“ für die Gesellschaft zum Mundhalten und Stillhalten und „Wir tun doch das richtige!“

DREI GRÜNDE FÜR DÖNITZ ZU: „HEUTE STARB DAS DEUTSCHE REICH“ (NR. 21)

Leider wurde das sonst gewohnt hohe zeitgeschichtliche Niveau bei dem Artikel über das Ende der Regierung Dönitz verlassen. Es wird sich an den Äußerlichkeiten in ironischer Form abgearbeitet, aber der eigentliche Zweck, warum Dönitz die Regierung fortgeführt hat, vernachlässigt.

Zunächst ging es darum, den Krieg noch einige Tage fortzuführen, um möglichst viele deutsche Zivilisten und Soldaten dem Zugriff der Roten Armee zu entziehen. Anschließend war eine militärische Kommandobehörde notwendig, um den noch vorhandenen Wehrmachtsteilen die notwendigen Anweisungen im Rahmen der Kapitulation zu geben, so auch den weitverstreuten U-Booten. Das war der Hauptgrund, warum die Engländer Dönitz noch etwas gewähren ließen.

Der dritte Grund war langfristig staatsrechtlich angelegt. Dadurch, dass zumindest pro forma eine deutsche Regierung existierte, war auch der deutsche Staat nicht untergegangen. Zumindest wollte man den Siegermächten nicht das Argument in die Hand geben, dass sich der deutsche Staat doch selbst aufgelöst habe, mit dem die weitere Existenz eines deutschen Staates hätte bestritten werden können.

Arnim Zubke, Aschheim

ANZEIGE

5G, WLAN und Mobiltelefone: Versteckte Gefahren und wie Sie sich schützen können

»Elektromog« klang lange Zeit wie ein Begriff aus der Science-Fiction, doch leider wissen wir jetzt, dass die Gefahren, die von Elektrizität und Mobilfunk ausgehen, absolut real und mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G größer denn je geworden sind.

Dr. Joseph Mercola, einer der weltweit führenden Experten in Sachen Alternativmedizin, hat sich tief in die Materie eingearbeitet und eröffnet uns ein völlig neues Verständnis davon, wie sich elektromagnetische Felder auf Körper und Geist auswirken. Dieser Ratgeber ist der erste seiner Art und beantwortet Fragen wie:

- Was genau sind elektromagnetische Felder (EMF), wo im Alltag haben wir mit ihnen zu tun, und wie wirken sie sich auf uns aus?
- Stimmt es, dass EMF nachweislich medizinische Probleme wie Krebs, Herzkrankungen und neuropsychiatrische Störungen hervorrufen und negativ beeinflussen können?
- Warum hat man uns die Informationen über diese Bedrohung unserer Gesundheit bislang vorenthalten?

- Lassen sich die Schäden, die EMF auf Zellebene angerichtet haben, wieder reparieren – und wenn ja, wie?
- Wie können wir uns und unsere Lieben vor EMF in den eigenen vier Wänden, bei der Arbeit und unterwegs schützen? Welche praktischen Lösungen gibt es?

Die neue 5G-Technologie wird überall anwesend sein und sich sehr stark bemerkbar machen. Wir haben es hier mit einem der größten gesundheitlichen Experimente in der Geschichte der Menschheit zu tun, an dem teilzunehmen wir alle mehr oder weniger gezwungen sind. Deshalb ist es so wichtig, dass Sie dieses Buch – jetzt – lesen.



Dr. Joseph Mercola: EMF – Elektromagnetische Felder • gebunden • 367 Seiten • Best.-Nr. 979 800 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

TIERLEBEN NACH DEM CORONA-LOCKDOWN

Langweilig ohne Menschen

In einem wiedereröffneten Wildpark müssen sich Tiere und Besucher erst wieder aneinander gewöhnen

VON STEPHANIE SIECKMANN

Einige Tage nach der Öffnung läuft im Wildpark Schwarze Berge in Hamburgs Süden die Elchkuh aufgeregt am Zaun entlang und galoppiert über die Wiese. Ihr Kalb steht unten am Hang unter einer Baumgruppe. Ein paar hundert Meter weiter im Rotwildgehege reckt der Hirsch die Nase in den Wind, dreht den Kopf, beobachtet die Umgebung. Der gesamten Herde, die dicht beieinandersteht, ist die Anspannung anzusehen.

„Das Rotwild ist ständig in Lauerstellung. Sonst lagen sie einfach ganz entspannt rum“, bemerkt eine Besucherin. Es stimmt. Die Herde wirkt jederzeit bereit, die Flucht anzutreten. Nach der sechswöchigen Pause müssen sich die Tiere im Wildpark offensichtlich erst einmal wieder an Besucher gewöhnen.

Die Gäste des Wildparks Schwarze Berge wirken dagegen befreit. Endlich wieder raus, endlich wieder was unternehmen! Bei bestem Wetter sind die Besucher gleich in den ersten Tagen der Öffnung nach dem Corona-Lockdown in großer Zahl zu dem Naturerlebnis-Park geströmt. „Die Zahlen waren gut“, bestätigt Geschäftsführer Arne Vaubel, „aber wir haben sechs Wochen mit bestem Wetter verloren. Da können ein paar Tage mit ordentlichen Besucherzahlen den Ausfall nicht wettmachen.“ Ein Sonnabend im Mai war der beste Tag im Wildpark. An diesem Tag waren bis zu 2000 Menschen auf der Anlage. Die Fläche bietet mit 50 Hektar ausreichend Platz, um diese Anzahl an Personen gut zu verteilen.

Auf Einbahnstraßen zu den Tieren

Die Öffnung der Wildparks erfolgte unter strengen Regeln. Zu den Maßnahmen, die von Vaubel und seinem Team getroffen und umgesetzt wurden, gehört eine Maskenpflicht im Kassenbereich, in den Toiletten sowie auf dem Elbblick-Turm. Auf dem gesamten Rundgang wird das Tragen des Mundschutzes empfohlen, es ist jedoch nicht Pflicht. Damit auch niemand seinen Nasen-Mundschutz im Auto vergisst, stehen bereits auf den Parkplätzen Hinweisschilder mit dem Aufdruck: „Denken Sie an den Mundnasenschutz!“



Etwas stimmt nicht: Das Wisent im Wildpark wunderte sich, das die neugierigen Menschen plötzlich ausblieben Foto: Sieckmann

Vor der Kasse entstehen zeitweise lange Schlangen. Das Anstehen nutzen die Besucher dafür, schon mal in der Hosentasche oder Handtasche oder der Jacke nach der Maske zu suchen. Angelegt wird sie erst, kurz bevor der entscheidende Schritt an das Kassenhäuschen gemacht wird. An der Kasse ist die Maske Pflicht. Dort bekommt jeder Gast neben seinem Tagesticket auch einen gedruckten Hinweis zu den Corona-Schutzmaßnahmen.

Der Rundgang durch den Park ist vorgezeichnet – Richtungspfeile auf dem Boden geben die Richtung vor. Dabei soll der Weg nach dem Einbahnstraßen-Prinzip in eine Richtung fortgesetzt werden. Außerdem gilt das Rechtsgehbot. Aber sagen sie das einmal einem Fünfjährigen nach wochenlangem Kita-Entzug. Hüpfen und Springen, Vorlaufen und Seitenwechseln sind da so gut wie nicht zu verhindern.

Abstand soll gehalten werden. Mindestens anderthalb Meter – auch darauf weisen immer wieder Hinweisschilder

hin. Flugschauen, Fütterungen, Führungen – kurz alles, bei dem sich Menschen in normalen Zeiten dicht versammeln, um gut sehen zu können, fällt zurzeit deshalb leider aus.

Wann immer ein Durchgang passiert wird, machen Pfeile klar, wo der Eingang und wo der Ausgang ist. Während direkt hinter dem Kassenhäuschen die Maske abgelegt wird, hat so ziemlich jeder Besucher seinen Maskenschutz vorbildlich schnell zur Hand, wenn er beim Dachs vorbeischaute und die wenigen Meter durch den überdachten Bereich geht.

Füttern ist – noch – verboten

Darüber hinaus ist die Disziplin offensichtlich in den letzten Wochen aufgebraucht worden. Abstand halten? In die Armbeuge niesen? Den Arm nicht durch das Gatter stecken? Nur in eine Richtung gehen? Das fällt nicht nur den Kindern enorm schwer. Auch die öffentlichen Fütterungen der Tiere werden aktuell nicht

durchgeführt, um zu verhindern, dass zu viele Besucher an einem Ort dicht beieinanderstehen. „Deshalb wird jetzt so ziemlich alles an Grün gepflückt und abgerissen und den Tieren durch den Zaun hingehalten“, sagt Vaubel, „auch Pflanzen wie Rhododendron, von denen wir ja sehr viele im Park haben. Die sind giftig. Das weiß aber kaum jemand.“

Um das Füttern von giftigen Pflanzen oder alten Brötchen zu verhindern, die ebenfalls für viele Tiere ungesund sind, soll möglichst bald wieder das Füttern von Wildfutter erlaubt werden, das direkt im Wildpark gekauft werden kann.

Auch was die Führungen angeht, bleibt zu hoffen, dass sie bald wieder erlaubt werden. Zumindest erwecken einige der erwachsenen Besucher den Eindruck, dass Nachhilfe in Sachen Biologie dringend nötig ist. „Sag mal, ist der Wolf eigentlich eine Katze oder ein Hund? Ach, schau mal, hier auf der Tafel steht, der Hund stammt vom Wolf ab!“

HEIMARBEIT IN CORONA-ZEITEN

Moderne Büro-Flüchtlinge

Zu Hause arbeiten, wo die Kinder quengeln? Nix da: Heutige Büroarbeiter schlagen ihre Zelte im Hotel auf

Seit dem 4. April war das Betreten von Beherbergungsbetrieben „zum Zweck der Erholung und Freizeitgestaltung“ in Deutschland und andernorts aufgrund der Corona-Krise strikt untersagt. Zu den wenigen Ausnahmen von dieser Verordnung gehört die Aufnahme von Gästen aus beruflichen Gründen. Und das sind nicht nur Geschäftsreisende. Auch „Home-Office-Flüchtlinge“ durften damit temporär Quartier in einem Hotel oder einer Pension beziehen, wenn sie – insbesondere in den Städten – kein vollwertiges Arbeitszimmer hatten oder ihnen die Decke auf den Kopf fiel.

Nicht die einzigen, aber ganz vorn mit von der Partie waren die Häuser der 25hours-Hotels. In den Hotels Hafency in Hamburg, Bikini Berlin, The Circle in Köln, Das Tour in Düsseldorf, The Trip in Frankfurt, The Royal Bavarian in München, Beim Museumsquartier in Wien

und im Hotel Langstrasse in Zürich konnte man sich für 50 Euro beziehungsweise 100 Schweizer Franken pro Tag oder 200 Euro beziehungsweise 400 Franken von Montag bis Freitag einmieten. Im Preis enthalten: Hochgeschwindigkeits-WLAN, Kaffee, Tee und Yoga-Matte, also optimale Rahmenbedingungen, um produktiv und ungestört arbeiten zu können.

Anne Berger, Pressesprecherin der 25hours-Hotels, kann nicht klagen: „Wir sind mit der Nachfrage sehr zufrieden und freuen uns über die bisherigen Buchungen und das positive Feedback der Gäste vor Ort. Auch im Kontakt mit Kunden und Geschäftspartnern findet die Option großen Zuspruch. Wir freuen uns, so zur Entlastung daheim beizutragen und vor allem auch Gäste zu haben – wir sind einfach von Herzen Gastgeber.“ Wie lange das Angebot andauert, könne sie allerdings im Moment noch nicht sagen: „Bis

auf Weiteres läuft es weiter und wir beobachten die Nachfrage.“ Da Büro-Heimarbeit mit dem Lockdown in Mode ge-



Hotelbett, das zum Arbeiten einlädt

kommen ist, dürfte auch danach die Nachfrage anhalten.

Die Wiederaufnahme des normalen Hotelbetriebs, so Berger, sei abhängig von Standort, Region und Bundesland. In den deutschen Häusern war der Hotelbetrieb am 18. Mai wieder angelaufen. Das Hotel Langstrasse in Zürich war schon zuvor wieder im (neuen) Normalbetrieb gewesen. In Wien ging es seit dem 29. Mai wieder los und in Paris ab dem 1. Juni.

In den 25hours-Hotels kommt die Alternative nicht unerwartet. Sie gehören zu den innovativsten Häusern der Branche. Mit modern-kreativem Design und charmant-lockerem Service schaffen sie eine ganz eigene professionell gemanagte Wohlfühlatmosphäre mit einem Hauch von Wohngemeinschaft. Unter dem Motto „Kennst du eins, kennst du keins“ überrascht jedes Hotel mit dem ihm eigenen Stil. Helga Schnehagen

GELDMÜNZEN

Billige Doppelgänger

Es kann schneller passieren, als man denkt: Plötzlich stellt sich nach dem Einkaufen heraus, dass das vermeintliche Zwei-Euro-Stück im Wechselgeld in Wirklichkeit ein mehr oder weniger exotischer Fremdling ist. Denn rund um die Welt existieren „Doppelgänger“ der größten bimetalischen Euro-Umlaufmünze mit einem ganz ähnlichen Gewicht, Durchmesser und Design.

Dazu zählen vor allem folgende Zahlungsmittel: Die von 1982 bis 2001 geprägten 500-Lira-Geldstücke aus Italien, die polnischen Zwei-Zloty-Münzen verschiedener Jahrgänge, die bis 2019 herausgegebenen Ein-Pfund-Stücke aus Ägypten, die Zehn-Schekel-Münzen aus Israel der Jahrgänge von 1995 bis 2017, die 25 Lira beziehungsweise 25-Pfund-Stücke aus Syrien (1995 und 1996), die 50-Kurus-Münzen aus der Türkei von 2005 und 2010 sowie die Zehn-Baht-Stücke aus Thailand, welche seit 1988 in verschiedenen Varianten kursieren.

Die letztgenannten Münzen, die auf der Vorderseite den jeweiligen Throninhaber des südostasiatischen Landes und auf der Rückseite den Tempel Wat Arun in Bangkok zeigen, landen dabei besonders häufig in den deutschen Geldbörsen. Das ist insofern unvorteilhaft für den Empfänger, als zehn thailändische Baht bloß 28 Euro-Cent entsprechen.

Ähnlich verhält es sich mit den meisten anderen Zwei-Euro-„Doppelgängern“. Deren Wert liegt ebenfalls nur zwischen vier und 44 Euro-Cent – lediglich für die zehn Schekel aus Israel bekäme man rund 2,50 Euro.



Leicht zu vertauschen: Zwei Euro und zehn Baht sind größenähnlich

Die meist erhebliche Wertdifferenz machen sich Kleinkriminelle zunutze, indem sie die minderwertigen Geldstücke gezielt in Umlauf bringen. Im Internet kann man beispielsweise 50 gebrauchte Zehn-Baht-Münzen für 24 Euro plus fünf Euro Versandkosten bestellen. Wer diese dann statt Zwei-Euro-Münzen als Wechselgeld herausgibt, erzielt einen Reingewinn von 71 Euro. Dabei geht er natürlich das Risiko der Entdeckung ein. Deswegen werden die „Doppelgänger“ vorrangig Personen mit offensichtlich schlechten Augen untergejubelt. Und fliegt das Ganze dennoch auf, ist natürlich von einem „Irrtum“ die Rede.

Juristisch gesehen, kann derjenige, welcher die fremdländischen Münzen unter die Leute bringt, nicht wegen der Verbreitung von Falschgeld belangt werden, denn die Zahlungsmittel sind ja echt. Dahingegen empfiehlt sich den Betroffenen unter Umständen eine Anzeige wegen Betruges oder versuchten Betruges gemäß Paragraf 263 Strafgesetzbuch. Denn natürlich werden hier falsche Tatsachen vorge spiegelt, um Vermögensvorteile zu erlangen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die in großem Stil agieren.

Wolfgang Kaufmann

● FÜR SIE GELESEN

Ansätze zu
Orwells „1984“

Der gelernte Finanzberater Michael Grandt hat bisher 31 Bücher über politische, historische und wirtschaftliche Themen publiziert, welche über 100 Mal in den deutschen und österreichischen Bestsellerlisten standen. Sein aktuelles Werk trägt den Titel „Kommt die Klima-Diktatur?“. Darin vertritt er vor allem drei Thesen. Erstens: Der Klimawandel resultiere nur zu einem sehr geringen Teil aus dem vom Menschen zu verantwortenden Kohlendioxidaustoß. Zweitens: Von den Klimaforschern kämen vorrangig ideologisch ausgerichtete, manipulierte oder gefälschte Berichte und Daten. Drittens: Der Klimaschutz diene fanatischen links-grünen Ideologen als Trojansches Pferd, mit dessen Hilfe die freie Marktwirtschaft durch ein System des Öko-Sozialismus ersetzt werden solle. Daher drohe tatsächlich die Durchsetzung diktatorischer Strukturen analog der unfreien Gesellschaft in George Orwells Dystopie „1984“. Erste Ansätze hierzu gebe es bereits.

Seine Aussagen belegt der Autor mit einer Vielzahl von Einzelbeispielen und Zitaten sowie 1300 Verweisen auf Quellen. Allerdings sind die Klima-Hysteriker doch letztlich bloß nützliche Idioten, welche das Geschäft ihrer Hintermänner besorgen. Wo die sitzen, kommt in dem Buch leider vergleichsweise kurz. Hier müsste Grandt noch tiefer bohren – vielleicht im nächsten Band? *Wolfgang Kaufmann*



Michael Grandt: „Kommt die Klima-Diktatur? Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns“, Kopp Verlag, Rottenburg 2019, gebunden, 384 Seiten, 22,99 Euro

An Putin
festgebissen

Udo Lielischkies war von 2014 bis 2018 ARD-Studiodirektor in Moskau, also in der heißen Phase des Ukraine-Konflikts vor Ort. Der Krieg nimmt einen Großteil des Buchs ein, geschrieben in dem Sprachgebrauch der deutschen Systemmedien. Der Autor scheint sich besonders an Wladimir Putin festgebissen zu haben, dessen Rolle er vordergründig als Kriegsverursacher sieht. Bei der Beurteilung von Ukraine-Krise, MH17-Absturz oder Krim-Anschluss beruft er sich nur auf westliche Quellen wie Bellingcat und wärmt Altbekanntes auf. Wohin solche Voreingenommenheit führen kann, zeigt ein Fall, in dem der Korrespondent ein von Ukrainern begangenes Attentat vorschnell Russland in die Schuhe schob und mit dieser Falschmeldung die Lügenpresse-Vorwürfe an öffentlich-rechtliche Medien befeuerte. Von einem Journalisten, der jahrelang in einem so facettenreichen Land gelebt hat, dürfte der Leser schon mehr erwarten. *MRK*



Udo Lielischkies: „Im Schatten des Kreml. Unterwegs in Putins Russland“, Droemer Verlag, München 2019, gebunden, 464 Seiten, gebunden, 24,99 Euro

Die Heilkraft der
Emotionen

Der Herzspezialist Albrecht Hempel fand heraus, wie Gefühle unsere Gesundheit beeinflussen

FOTO: COLOURBOX



Schlechte Gefühle in gute wandeln Der Internist und Kardiologe Albrecht Hempel war jahrelang als Hochschullehrer an der Berliner Charité tätig. 2003 gründete er das Zentrum für Energie- und Umweltme-

medizin in Sachsen und verbindet schulmedizinisches Wissen mit ganzheitlichen Methoden. Als solche entdeckte er die Bedeutung von Gefühlen für Heilungsprozesse selbst schwer behandelbarer Krankheiten. *MRK*

Albrecht Hempel: „Gesundheit ist auch Gefühlsache. Wie ich als Herzmediziner die Heilkraft der Emotionen entdeckte“, ZS Verlag, München 2019, gebunden, 216 Seiten, 22,99 Euro

POLITIK

Mit Mut zum Denken und
Mut zum Aussprechen

Michael Wolffsohn nennt in seinem Buch „Tacheles“ Fakten in Politik und Geschichte ohne Umschweife

VON BERND KALLINA

Nein, „was die Welt im Innersten zusammenhält“, so das Goethe-Wort, will er und kann er natürlich nicht erklären. Das schickt der Autor Michael Wolffsohn in der Einleitung seines Buchs „Tacheles“ gleich voraus. Dennoch habe ihn der Gedanke nicht losgelassen, „dass man versuchen müsse, über den Schrebergarten des eigenen Fachwissens hinaus verwandte, vernetzte, zusammenhängende, weiterführende, sich selbst und die eigenen Studienergebnisse infrage stellende Dimensionen zu entdecken“. Mit diesem Credo läutet der Historiker und streitbare Publizist sein neuestes Werk ein.

Das Buch stellt den jüngsten Fingerzeig des produktiven Schreibers in der stattlichen Reihe vieler seiner aufschlussreichen Werke der letzten Jahrzehnte dar. Erinnerung sei zum Beispiel an seinen 1988 erschienenen Titel „Ewige Schuld. 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen“. In ihm überraschte der 1947 in Tel Aviv geborene Autor sein deutsches Nachkriegspublikum mit der mutig-gewagten These: „Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Subjekt verselbstständigt hat ... Der Antigermanismus als Instrument zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde.“ Chapeau!

Nun zu „Tacheles“: In sechs Hauptkapiteln geht Wolffsohn, der sich frühzeitig

und selbstbewusst als „deutsch-jüdischer Patriot“ positioniert hat, auf eine Fülle von historisch-politischen Problemkreisen im Land der Dichter und Denker ein. So kritisiert er pointiert den aktuellen Antisemitismus, der vor allem migrationspolitische Hintergründe habe, weniger traditionell-rechtsextreme. Hinzu kommt das selektive Israelbild in Deutschland, das sich vor allem durch ein weitgehendes Unverständnis für den ausgeprägten Selbstbehauptungswillen des jüdischen Staates auszeichnet. Die postnationalen Deutschen verstünden das national-staatlich aufgestellte Israel nicht.

Aufschlussreich thematisiert der frühere Hochschullehrer an der Bundeswehr-Universität München etwa die „Abendländische Geschichte und deutsches Gedächtnis“. Seine These: Das viel zitierte „Christliche Abendland“ sei mehr Fiktion als Fakt. Sein Bannstrahl gilt auch der vermeintlich „Christlich-jüdischen Prägung des Abendlandes“. Für Wolffsohn ist diese irreführende Begriffskomposition eher „reine Wiedergutmachungssprache“, weil offenkundig „ein Kollektiv sein schlechtes Gewissen dauerhaft beruhigen möchte“.

Und überhaupt: Wolffsohn registriert die an Taubheit grenzende religiöse Schwerhörigkeit eines Großteils der bundesdeutschen Zeitgenossen und gibt zu bedenken: „Wer nicht einmal weiß, weswegen Christen – jenseits des Geschenketerrors – Weihnachten oder Ostern und Pfingsten feiern, ist unfähig, mit Angehörigen anderer Religionen den überlebensnotwendigen Dialog zu führen.“

Über den Zusammenhang von demografischem Wandel in Deutschland und einem neuen Antisemitismus stellt Wolffsohn klar: „Bereits vor der großen Flüchtlingswelle von 2014/15 hatte bekanntlich jeder vierte Deutsche einen Migrationshintergrund, oft einen muslimisch-nahöstlichen.“ Die fatale Brisanz dieser Entwicklung berge hierzulande für die jüdischen Bürger äußerst gefährliche Konsequenzen, nämlich: „Man übersehe nicht, dass zu dieser teils nahöstlich-muslimisch geprägten neudeutschen ‚Ethik‘ auch Rufe wie ‚Juden ins Gas‘ gehören. Sie waren im Sommer 2014 mehrfach auf deutschen Straßen zu hören“, so Wolffsohn. Der Autor weiter: „Soweit ich weiß, waren solche Töne von 1949 bis 2014 auf Deutschlands Straßen nicht zu vernehmen, nicht einmal bei NPD-, AfD- oder Pegida-Demonstrationen.“

Israelische Armee und Bundeswehr

Weitere Kapitel setzen sich mit den Klischees zu Personen der Zeitgeschichte auseinander, in denen verklärte Bilder von Anne Frank oder Ex-Kanzler Willy Brandt vom Autor kenntnisreich zurechtgerückt werden.

Hervorzuheben sind des Weiteren die Einlassungen im Kapitel „Ethik und Gewalt – Militär“. Hier argumentiert Wolffsohn auch aus persönlicher Betroffenheit. Nicht nur, dass er von 1967 bis 1970 in der israelischen Armee diente, wo er nach dem Sechstagekrieg in den palästinensischen Gebieten eingesetzt war. Auch die Lehrtätigkeit und seine Forschungsschwerpunkte auf Gebieten der Interna-

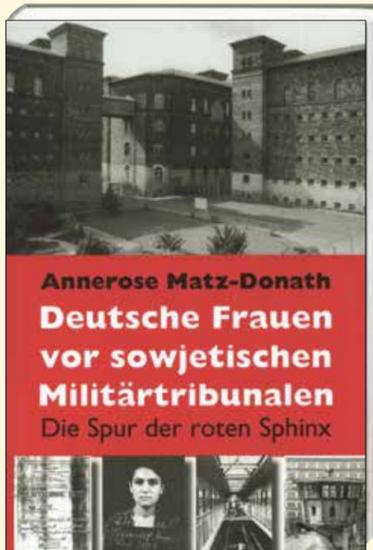
tionalen Beziehungen prädestinieren ihn für diese Themenbereiche.

So widmet er sich der Frage: „Rabbiner in der Bundeswehr?“ oder „Ethik-Kodex statt Traditionserlass!“ sowie „Widerstand und Bundeswehr“. Auch wenn ihm nicht bei den Überlegungen zum Traditionserlass in allen Gesichtspunkten zur Ausgrenzung der Deutschen Wehrmacht zuzustimmen ist, führt er Gründe an, über die sich streiten lässt. Seine im Buch wiedergegebene Rede beim Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr im Berliner Bendlerblock vom 20. Juli 2017 stellt ein herausragendes Dokument dar.

Zum Schluss spricht Wolffsohn die großen Tabus in unserer säkularen Welt an: Gewalt und Tod, die sich dann im wahrsten Sinne des Wortes als finale Betrachtungen erweisen, auf die sich der Autor tiefgschürfend auf den letzten der insgesamt über 300 Seiten einlässt. Bibliophil ist das Werk übrigens fein ausgestattet: Ein ansprechendes Cover, das ein Klapp-Bild des Autors zeigt, korrespondiert mit einer übersichtlichen Blocksatz-Gestaltung. Fazit: „Tacheles“ ist ein empfehlenswertes Buch, das der kritische Leser nachdenklich aus der Hand legen wird.



Michael Wolffsohn: „Tacheles. Im Kampf um die Fakten in Geschichte und Politik“, Herder-Verlag, Freiburg 2020, gebunden, 320 Seiten, 26 Euro



Annerose Matz-Donath
Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen
 Verschwunden, verloren, vom Schweigen verschluckt, so gingen unzählige deutsche Frauen und Mädchen durch die Hölle sowjetischer Folterkeller, die zwischen 1945 und 1949 auch auf deutschem Boden, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, bestanden – ein kaum bekannter und dennoch untillbarer Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die von den Sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Frauen kamen im Februar 1950 zur weiteren Strafverbüßung in den Gewahrsam der DDR, die für sie ein besonders strenges Zuchthausregime in einer Reihe von Sonderstrafanstalten errichtete. Annerose Matz-Donath, die selbst fast 12 Jahre Gefangenschaft erleiden musste, konnte 130 frühere Haftkameradinnen von etwa 1.300 betroffenen Frauen interviewen. 482 Seiten
 Nr. P A0831 Kartoniert 28,00 €



Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Trümmerkinder
 Zeitzeugen erzählen aus der Nachkriegszeit 1945–1952
 256 Seiten/Klappbrochure
 Nr. P A0802 10,90 €

Nachkriegszeit der Jahre 1945 bis 1952. Die Kinder erduldeten nach dem Krieg Hunger und Kälte, und es fehlte ihnen an Kleidung. Sie lernten in überfüllten Schulklassen und spielten oft zwischen Trümmern. In den zerstörten Städten herrschte große Wohnungsnot, und Lebensmittel mussten auf „Hamsverfahren“ organisiert werden. Die meisten Mütter mussten, wie schon während des Krieges, allein für die Familie sorgen. Viele Väter waren gefallen, verschollen oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Heute staunen die Menschen dieser Generation oft, wie sie ihre Kindheit trotz aller Entbehrungen letztlich überstanden haben. Dieses Buch bietet eine Sammlung von Zeitzeugenberichten von Trümmerkinder.



Burg/Fehse/Krauss
Fremde Heimat
 Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945
 Taschenbuch,
 272 Seiten
 Nr. P A0585 9,99 €

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen sie aus ganz Mittel- und Osteuropa nach Deutschland: Es waren rund zwölf Millionen Menschen, die nichts im Gepäck hatten als die Erinnerung an die verlorene Heimat und den festen Willen, sich nicht aufzugeben. Sie waren keineswegs willkommen – die Flüchtlinge mussten nicht nur ihr Leben neu organisieren, sondern auch mit Ressentiments, gar Anfeindungen fertigwerden. Wie haben sie ihre Lage gemeistert? Erst heute sind viele Betroffene bereit, über ihr Schicksal als Vertriebene im Nachkriegsdeutschland offen zu reden. Das vorliegende Buch widmet sich diesem heiklen Kapitel – ein ungewöhnlicher Blick auf die Nachgeschichte von Flucht und Vertreibung.



Hans Hellmut Kirst
08/15
Trilogie: In der Kaserne, Im Krieg, Bis zum bitteren Ende
 Null-acht-fünfzehn war ein Universalwort des deutschen Soldaten über ständig wiederkehrende Typen, Dinge und Geschehnisse seines Alltags, über Routinehandlungen, die ihren Sinn längst verloren hatten, über Schikanen und Qualen, die man hinnahm, ohne mit dem „Warum“ zu fragen. Hass und Eulenspiegelerei, Tragik und grimmiger Humor, Anklage und ein unerschütterlicher Glaube an die Würde des Menschen und den Sieg des gesunden Menschenverstandes geben diesem einmaligen Buch vom deutschen Soldaten das Gepräge. Entscheidend aber bleibt die bedingungslose Absage des Autors an den Krieg, an die Unmenschlichkeit und an die Mächte des Chaos.
 890 Seiten
 Nr. P A1528 Kartoniert 38,00 €

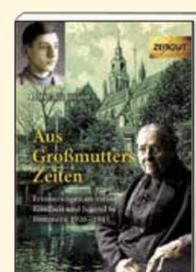


Adalbert Bieneck
Heimat deine Sterne
 Roman über eine ostpreußische Familie im Verlauf von hundert Jahren (1903–2003)
 Durch ein nicht eingelöstes Versprechen sind die Eheleute Anna und Albert Kuhn in bittere Armut geraten. Harte Arbeit und handwerkliches Geschick verhelfen der kinderreichen Familie jedoch zum Besitz eines Bauernhofes im ostpreußischen Dorf Gansen. Sohn Richard und Tochter Hedi tragen zum hohen Ansehen der Familie bei. Hedi findet im Nachbarn Franz ihre große Liebe, und die junge Familie baut auf eine gesicherte Existenz. Der Zweite Weltkrieg aber vernichtet alle Pläne, denn Franz muss als Soldat vier Jahre gegen Russland kämpfen. Als achtundzwanzigjährige Frau tritt Hedi mit ihren drei Kindern und der gehbehinderten Mutter die Flucht aus Ostpreußen an. Unter schwierigsten Umständen muss das „große Eis“ überwunden werden. Es kommt dabei zu unglaublichen Erlebnissen. Die Flüchtlinge stranden in Thüringen und finden später in Niedersachsen eine neue Heimat. 454 Seiten
 Nr. P A0484 Gebunden 24,80 €



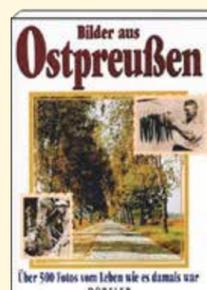
Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
 Zeugen einer vergessenen Generation
 448 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A0789 16,00 €

Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht“ zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hat zahlreiche Preise und Ehrungen erhalten.



Horst Beckmann
Aus Großmutterzeiten
 Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend in Pommern 1926–1945
 Gebunden
 128 Seiten
 Nr. P A0390 12,90 €

Ja, unsere Großmutter konnte gut erzählen, aber mehr noch gab es hernach über sie zu berichten. Denn als fromme Frau bekam sie zu der modernen Zeit nur schwer Zugang. So habe ich in diesem Büchlein einige Anekdoten über Erlebnisse gesammelt, die ich mit meiner Oma hatte. Die letzten Geschichten haben sich nach ihrem Tod zugetragen, aber bei jeder könnte ich fragen: Was hätte Großmutter dazu gesagt? Oft habe ich mit meinen Berichten aus der alten Zeit die Gesellschaft erheitert und möchte nun auch gern die Leser dieses kleinen Buches über diese Zeitspanne staunen und schmunzeln lassen.



Werner Buxa
Bilder aus Ostpreußen
 Über 500 Fotos vom Leben wie es damals war
 208 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1019 10,95 €

Dieses Buch von Werner Buxa spiegelt eindrucksvoll das Leben der Menschen in Ostpreußen bis 1945 wider. Jenem Land zwischen Memel und Weichsel, das facettenreicher in seiner Schönheit nicht sein könnte: dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 500 selten gewordene Aufnahmen aus Familienalben, Bildersammlungen, Archiven, Broschüren und alten Aufsätzen geben einen unverfälschten Eindruck vom Leben in Ostpreußen. Die Fotos wurden in liebevoller Sorgfalt und mit rührender Hingabe von ostpreußischen Landsleuten zusammengetragen und wecken so manche Erinnerungen.



Dr. Hans Herrig
Das Kaiserbuch
 Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte von Karl dem Großen bis Maximilian I.
 Achtung! Ein Schmuckstück für Ihre Bibliothek. Das Kaiserbuch. Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte, inszeniert nach der Geschichte der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, spiegeln sich in diesem aufs Prächtigste ausgestatteten Buch wieder. Kunstvolle farbige Initialen, kostbare Randleisten, prachtvolle Schmuckblätter versetzen den Leser in das prunkvolle Mittelalter. Erst entstanden ist eine wahre Kostbarkeit der Buchkunst und Buchmalerei. Es ist eine Freude, dieses grandiose Werk zur Hand zu nehmen. 520 Seiten
 Nr. P A0834 Gebunden 49,80 €

Solange der Vorrat reicht



Buchsofa
 Das Buchsofa Lesekissen eignet sich für Bücher in jeder Größe sowie für Tablets und E-Book-Reader. Es hält jedes Format fest und sicher. Ob gebundenes Buch oder Taschenbuch, Halterungen sorgen dafür, dass ihr Buch geöffnet bleibt. (Die Farbe des Stoffs kann von der Abbildung abweichen.)
 Nr. P A1359 Buchsofa 29,90 €



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
 Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: Blau
 Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 22,95 €



Leselampe Flexy Words
 (mit Batterie)
 Kleine Buchleselampe, die mit einer Klammer am Buchdeckel befestigt werden kann und damit für gutes Licht sorgt.
 Nr. P A1497 12,95 €



Leselupe mit Licht
 (ohne Batterie)
 Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
 Nr. P A0445 11,95 €



Jugendliches Bernsteinset (Bernsteinhals- und Bernsteinarmband)
 Mit verschiedenfarbigen Bernsteinstücken auf längenverstellbaren Lederbändchen.
 Nr. P A1267 19,90 €

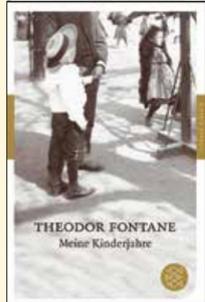


Naturbersteinohrstecker mit verziertem Goldrand
 Ein Begleiter für jeden Tag und passend zu vielen Ketten und Anhängern. Die Naturbersteinohrstecker haben einen Durchmesser von circa 1 Zentimeter.
 Nr. P A1295 Ohrstecker 25,00 €



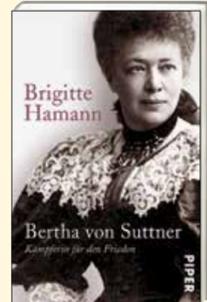
Naturbersteinfisch mit Lederhalsband
 Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberrose und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)
 Nr. P A1263 17,50 €

Sonderpreis 17,50 €



Theodor Fontane
Meine Kinderjahre
 Autobiografischer Roman
 208 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1427 12,00 €

„Damals aber, als ich in Haus und Hof umherspielte und draußen meine Schlachten schlug, damals war ich unschuldigen Herzens und geweckten Geistes gewesen, voll Anlauf und Aufschwung, ein richtiger Junge, guter Leute Kind. Alles war Poesie.“ – Wer erinnert sich nicht gern an seine Freude beim Klettern und Versteckspiel? An sommerliche Streifzüge, an die Geborgenheit des Elternhauses? An Sehnsüchte, Feste und Düfte der Kinderjahre? – Wer sich auf die Suche nach Zauber und Poesie der Kindheit begibt, wird fündig in Theodor Fontanes wunderbarem autobiographischen Roman. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Brigitte Hamann
Bertha von Suttner
 Kämpferin für den Frieden
 Taschenbuch/320 Seiten
 Nr. P A0886 12,99 €

Sie war nicht nur die prominenteste politische Journalistin ihrer Zeit und Begründerin der Friedensgesellschaft, sie kämpfte Zeit ihres Lebens leidenschaftlich gegen überholte Konventionen, gegen die Unterdrückung der Frauen und gegen den Antisemitismus. Das abenteuerliche Leben der Gräfin Kinsky, verheiratete Baronin von Suttner, die den Erfinder des Dynamits dazu bewegte, den Friedensnobelpreis zu stiften, und die selbst eine der ersten war, die ihn verdiente und bekam: Bertha von Suttner – Gouvernante, Schriftstellerin, politische Journalistin, Vorkämpferin für den Frieden. Eine Biografie, wie man sie sich wünscht: lebendig, mit vielen Zitaten, engagiert, aber mit kritischer Distanz.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovestraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|--------|-------------|-------|---------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Laut Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gingen 2019 rund 93 Prozent der Beleidigungen und Übergriffe gegen Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland auf Rechtsextremisten zurück. Experten wundern sich über diese Zahl. Schon vor gut zwei Jahren zeigte eine Studie der Soziologin Julia Bernstein, dass 80 Prozent der antisemitischen Vergehen in Deutschland Muslime als Täter hatten, wie „Tichys Einblick“ berichtet. Andere Untersuchungen stützen diese Beobachtung. Wie kommt Seehofer dann zu seinen Daten? Ganz einfach: Sobald eine antisemitische Tat nicht einem konkreten Täter zugeordnet werden kann, wird sie automatisch aufs Konto Rechtsextremismus gebucht und erscheint entsprechend in der Kriminalstatistik der Polizei. Dies ist offenbar bei der Mehrheit der Fälle so. Etwa bei Al-Kuds-Aufmärschen, auf denen abscheuliche Parolen gebrüllt wurden, ohne dass die Polizei die Täter ergriff. Die Glaubwürdigkeit in Staat und Institutionen hebt Seehofer mit solchen Statistik-Methoden jedoch kaum. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Vom Bürger zum Würstchen

Warum die Italiener so viel Geld haben, und wie wir im Lockdown für morgen lernen

VON HANS HECKEL

Das sie schon wieder für die anderen in der EU zahlen sollen, nagt am Gemüt der Deutschen. Besonders, seit wir wissen, dass viele Nationen, die nun wieder „gerettet“ werden mit unserem Geld, pro Kopf viel wohlhabender sind als die Bundesbürger.

Da fragt man sich doch: Wo haben die diesen Reichtum eigentlich her? Die kriegen genauso wie wir keine Zinsen mehr fürs Ersparnis und müssen, die Inflation abgezogen, sogar jedes Jahr draufzahlen.

So hatten wir gedacht, stimmt aber gar nicht, zumindest nicht im Falle unserer italienischen Freunde, denen es bekanntlich vom Medianvermögen her auch deutlich besser geht als uns. Aus den Medien erfahren wir nun, dass der italienische Staat sogenannte Patrioten-Anleihen ausgegeben hat. Er leiht sich bei Firmen und privaten Sparern Geld und zahlt denen sensationelle 1,4 Prozent über der Inflationsrate, egal, wo die Rate gerade liegt.

Gut 22 Milliarden Euro hat Rom sich so bei den Italienern geborgt, die nun die für unsere Zeit fürstlichen Zinsen kassieren, ganz ohne Inflationsrisiko. Am Ende kostet das den italienischen Staat wohl 1,6 Milliarden Euro. Jetzt verstehen wir, warum die Regierung am Tiber so dringend an unser Geld will, was ihr, dank dem Entgegenkommen der Regierung Merkel, auch gelingen wird.

Hoffentlich gehen die Italiener mit unserem Geld pfleglich um. Das Gleiche hoffen wir natürlich auch von der EU. Die bekommt laut Plan die verlangten 750 Milliarden Euro, von denen 500 Milliarden an die Mitgliedsländer verschenkt werden sollen – wie immer natürlich „nur unter strengen Auflagen“. Aber das kennen wir ja schon.

Ursula von der Leyens Vizekommissionschef Valdis Dombrovskis hat erklärt, wo das Geld schwerpunktmäßig hin soll. Nämlich dorthin, wo die Wirtschaftsleistung pro Kopf am geringsten und die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Vor allem jedoch soll besonders hoch verschuldeten Ländern geholfen werden. Mit anderen Worten: Wer am heftigsten mit seinen Mitteln um sich geworfen hat, soll jetzt am meisten abbekommen. Und zwar von denen, die nicht so großzügig mit sich selbst waren.

Moment mal: War nicht ursprünglich die Rede von den Schäden der Corona-Restrikti-

onen, die mit dem neuen Milliardenberg geheilt werden sollten?

Ach was, das haben wir nur für die Öffentlichkeit so gedreht. Corona war bloß die Gelegenheit, um mal einen richtigen Sprung nach vorn zu kommen mit dem Brüsseler Zentralismus: Geld ist Macht, daher wollen die EU-Oberen so viel Geld wie möglich in ihre Verfügungsgewalt kriegen, damit sie mehr Macht über die Völker und Staaten erlangen. Dafür muss man die einen erpressen, damit man die anderen schmierieren kann. Manche zahlen auch ganz freiwillig. Denen sagt man einfach, dass sie ja auch am meisten davon profitieren, wenn man ihnen das Fell über die Ohren zieht. Und es soll wirklich ein Volk in Europa geben, das hinreichend vertrottelt ist, um so etwas zu glauben. Wir sagen aber nicht, welches.

Nun stellt sich unterdessen noch ein Problem: Alle EU-Länder müssen den Plan durchwinken, einstimmig! Sie haben bestimmt vom Widerstand aus den Niederlanden, Österreich, Schweden und Dänemark gehört. Doch keine Sorge, denen winkt Ursula von der Leyens Kommission mit Sonder-Schmiergeldzahlungen, um deren Zustimmung einzukaufen, in EU-Sprache nennt man das „Rabatte“. „Wir könnten eine Fortschreibung der Beitragsrabatte akzeptieren, wenn das eine Einigung erleichtert“, lockt Valdis Dombrovskis im Interview mit der „Welt“.

Ist es nicht hinreißend, mit welcher erfrischender Offenheit hier Bestechung angekündigt wird, auf höchster EU-Ebene? „Wenn ihr zustimmt, gibt’s Geld dafür“ – nichts anderes hat der Kommissionsvize da gesagt. Und keiner sperrt ihn oder seine Chefin ein. Brüssel will darüber wachen, dass die EU mit dem Geld „grüner und digitaler“ wird. Die wirtschaftlich-technische Entwicklung soll also in den Händen einer zentralen Plankommission liegen.

In Berlin will man da nicht nachstehen. Dort knüpfen die Entscheidungsträger den Empfang der nationalen Hilfgelder daran, dass die Firmen sich dem Klimakampf und der Gender-Ideologie verschreiben.

Zentrale Planung der wirtschaftlich-technischen Entwicklung? Eine Ökonomie, in der nicht das erfolgreiche Wirtschaften, sondern die Erfüllung ideologischer Vorgaben im Mittelpunkt steht? Kennen wir das nicht irgendwoher?

Und ob wir das kennen. Wir wissen auch noch, wie das zu Ende ging. Allerdings hegen

wir Zweifel, ob die heutigen Zentralplaner mit dem Sachverstand ihrer Vorbilder in der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR mithalten können. Deren Chef, Gerhard Schürer, war mit seinen Leuten immerhin fähig, im Herbst 1989 einen schonungslosen Bericht über den wahren Zustand der DDR-Volkswirtschaft zu erarbeiten.

Ob die Gender-, Klima- und Rabatt-Genossen von Brüssel, Berlin oder Paris das später auch mal draufhätten? Schauen mer mal. Ist ja auch ein bisschen größer als die DDR, diese EU. Der Anspruch, von der Zentrale aus bis in die letzten Winkel der Union die Wirtschaft Richtung „grüner und digitaler“ steuern zu wollen, kommt uns vor diesem Hintergrund umso couragierter vor. Oder verrückter. Oder schlicht: dümmer.

Dümmer? Wenn wir uns da mal nicht täuschen: Muss doch gar nicht sein, dass ein wirtschaftliches Gelingen des Ganzen überhaupt gewollt ist. Wir hatten es bereits beim Wickel, worum es eigentlich geht: Macht. Jetzt haben sie womöglich den besten Schlüssel gefunden, um noch mehr Macht an sich zu raffen: Nimm den Leuten das Geld weg und lass die freie Wirtschaft brutal an die Wand fahren. Dann kannst du beide ganz neu nach dem Bilde formen, das du schon immer haben wolltest. Aus Bürgern werden arme Schlucker, die auf Transfers warten müssen, und aus freien Unternehmern werden gehorsame Büttel, die sich jedem Staatsprogramm willig beugen, weil man ihnen sonst das Geschäft kaputtmacht oder sie von den milden Gaben abschneidet, die sie schließlich benötigen, weil man ihnen ihre solide Grundlage zerstört hat, auf der sie (wie früher die Bürger) für sich selbst sorgen können.

Die Lockdown-Republik ist die perfekte Generalprobe für diese „neue Normalität“, und zugleich ihr Einfallstor. Dieses ständige beklommene Gefühl, dass man irgendetwas falsch macht, ist das ideale Schulungsprogramm auf dem Weg vom selbstbewussten Bürger zum kleinen Würstchen. Und alle die vielen beflissenen Musterschüler, die überall aus dem grauen Nichts auftauchen, um ihre Mitmenschen für Verstöße zu rügen oder gleich zu melden: hervorragendes Personal für den hierarchischen Duckmäuserstaat. Corona ist eine Krise, und eine Krise ist immer eine Riesenchance. Die muss man nur nutzen. Wie wir sehen, können wir befriedigt feststellen, dass diese Krise jedenfalls auf gar keinen Fall verschwendet werden soll.

Hinreißend,
mit welcher
erfrischender
Offenheit die
EU-Spitze
ankündigt,
mögliche
Abweichler zur
Not schmieren
zu wollen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Im Magazin „The European“ (28. Mai) befasst sich Rainer Zitelmann mit Aussagen der neuen mecklenburg-vorpommerschen Verfassungsrichterin Barbara Borchardt (die PAZ berichtete) gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“:

„Borchardt spricht von ‚Millionen Toten‘, die sie dem Kapitalismus zurechnet. Tatsache ist: Mehr als 100 Millionen Menschen wurden im 20. Jahrhundert Opfer des Kommunismus, nicht des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat gerade in den vergangenen 35 Jahren sehr viele Menschenleben gerettet, weil dank der kapitalistischen Globalisierung weltweit 1,25 Milliarden Menschen extremer Armut entkommen sind.“

Von dem Plan des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier (CDU), mit Kaufprämien die Autoindustrie zu unterstützen, hält Beat Balzli, Chefredakteur der „Wirtschaftswache“ (28. Mai), gar nichts:

„Altmaiers Erkenntnisproblem hängt wohl damit zusammen, dass er das Ergebnis der letzten Prämienaktion ignoriert. Damals nach der Finanzkrise zogen die Menschen geplante Autokäufe einfach vor. Zudem kauften sie vor allem günstige Kleinwagen – von ausländischen Herstellern.“

Der Direktor der Wiener Denkfabrik Scholarium, Rahim Taghizadegan, hält von dem milliardenschweren „Wiederaufbaufonds“ der EU gar nichts, wie er der „Wirtschaftswache“ (29. Mai) ohne Umschweife sagt:

„Der Fonds hat mit Wiederaufbau so viel zu tun wie die Bundeswehr mit einer einsatzfähigen Armee. Fließen werden die Mittel überwiegend an Bürokraten, Berater, politische Klientele und jene Wirtschaftstreibende, die am schlechtesten dabei waren, die Zukunft richtig einzuschätzen – also Kapitalkonsumenten.“

Die Macher des Blogs „Sciencefiles.org“ (1. Juni) erkennen eine bemerkenswerte Einseitigkeit in ARD-Berichten über jüngste Ereignisse in den USA und Deutschland:

„Es ist immer wieder erstaunlich, zu welchen Differenzierungen ARD-Redakteure in der Lage beziehungsweise nicht in der Lage sind. Wenn Rechte aufmarschieren, dann sehen sie nur Nazis. Wenn Linksextremisten eine Innenstadt in Schutt und Asche legen, dann sind sie im Stande, darunter ‚Menschen‘ ausfindig zu machen, ‚die gegen Polizeigewalt auf die Straße gehen‘.“

● WORT DER WOCHE

„Man darf die Frage stellen, ob die Antifa so etwas ist wie eine verbeamtete RAF, eine Terrorgruppe mit Geld vom Staat unter dem Deckmantel ‚Kampf gegen rechts‘.“

Bettina Röhl, Tochter von Ulrike Meinhof, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (2. Juni) zur staatlichen Finanzierung des Linksextremismus in Deutschland